

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Thomas Lang	Globalisierung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung _____	3
Thomas Betz	Globalisierung des Geldes _____	14
Jörg Gude	Globalisierung und/oder Integration ? ____	27
Ingeborg Wick	Zum Verhältnis von formeller und informeller Arbeit in der Weltwirtschaft __	34
	Berichte _____	37
	Bücher _____	41
	Veranstaltungen _____	47

Liebe Leserin und lieber Leser,

Europa soll nach dem Willen von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Wirtschaftsmacht Nr. 1 auf der Welt werden. Und in Deutschland will Schröder das Wirtschaftswachstum mit Hilfe von Computerfachleuten aus Nicht-EU-Ländern ankurbeln. Im Streit um die Greencards werden vielfach zwei Dinge übersehen:

1. Wer hat eigentlich die Kosten für die Ausbildung zum Beispiel der indischen Computerfachleute getragen und wem sollte deren Qualifikation in erster Linie zugutekommen? Anders gefragt: Kann es die Aufgabe Indiens und anderer Länder sein, für die Defizite in der deutschen Bildungspolitik aufzukommen?

2. Ist es nicht inhuman, diese jetzt angelockten Fachleute in wenigen Jahren wieder wegzuschicken und durch bis dahin besser ausgebildete Deutsche zu ersetzen? Als in den 60er Jahren die sog. 'Gastarbeiter' nach Deutschland kamen, sagte der Dichter Heinrich Böll einmal sehr treffend: "Wir wollten Arbeitskräfte und es kamen Menschen." Und Menschen – Deutsche wie Ausländer – haben eine Würde, die sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Greencards mißachten, wenn sie mit Phrasen wie "Kinder statt Inder" agieren oder wenn sie im globalen Monopoly Menschen wie Spielfiguren hin- und herschieben. Da es eben nicht nur um Arbeitskräfte, sondern um Menschen geht, bedarf es anstelle der Greencards eines gründlichen Nachdenkens über ein Einwanderungsgesetz – was im übrigen auch aufgrund der Altersstruktur der Menschen in Deutschland geboten ist. Und noch ein Wort zu den Kindern. Auch außerhalb Europas haben sie nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Bildung und Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung. Tatsächlich erhalten jedoch nach Angaben von Unicef rund 130 Millionen Kinder in Drittewelt-

ländern überhaupt keine Ausbildung. Und *terres de hommes* zufolge gibt es noch viel mehr Kinder zwischen 5 und 14 Jahren auf der Welt, die schon ganztags oder zeitweise arbeiten und dafür nur minimal entlohnt werden.

An die Stelle einer primär vom Streben nach Kapitalrentabilität geleiteten Interessenpolitik von Gruppen und Staaten sollte eine Politik treten, die Ernst Ulrich von Weizsäcker nach dem UN-Gipfel von Rio 1992 eine "Erdpolitik" nannte. Damals wurde auch das Leitbild eines "nachhaltigen" Umgangs mit natürlichen und menschlichen Ressourcen propagiert, das über den ebenfalls in Rio initiierten Prozess der "Lokalen Agenda 21" allmählich in die Politik einfließen und sie umformen soll. Noch fehlt vielfach das Bewußtsein für die wirkliche Tragweite des Begriffes "Nachhaltigkeit". Wie Ulrich Grober in der "Zeit" darlegte (Nr. 48/1999, S. 98), stammt der Begriff schon aus der Forstwirtschaft des frühen 18. Jahrhunderts. Geprägt hat ihn ein Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz in der Silberstadt Freiberg im Erzgebirge. In dessem Hauptwerk "Sylvicultura Oeconomia" wurde beklagt, dass für Zwecke des Bergbaus und des Militärs ganze Wälder kahlgeschlagen wurden – letztlich um kurzfristige Gewinne zu erzielen. Gegen dieses "Geld lösen" richtete Carlowitz die Forderung, "nachhaltig" mit der "gütigen Natur" umzugehen und nur so viel Holz zu schlagen, wie auch wieder nachwachsen kann. Um diese Idee des nachhaltigen Wirtschaftens zu verallgemeinern, bedarf es auch eines "nachhaltigen Geldes", das den Märkten als ein sowohl verteilungs-, als auch produktions- und wachstumsneutrales Tauschmittel dient und die Wirtschaft nicht länger unter einen Druck setzt, menschliche und natürliche Ressourcen über die Grenzen der Nachhaltigkeit hinaus zu vernutzen.

Ihr Werner Onken

Wäre eine nachhaltige Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang möglich ?

"Geld und Kredit sind in den Modellen der Ökonomen eigentlich nicht sehr gut integriert. Im Vordergrund der ökonomischen Betrachtungsweise stehen ja jene Aspekte, die für das Funktionieren einer physisch gedachten Tauschwirtschaft unproblematisch erscheinen, also die Funktion des Geldes als Recheneinheit, als Zahlungsmittel und als Wertaufbewahrungsmittel. Aber dass Geld tatsächlich eine eigene, von den realen Vorgängen weitgehend abgelöste Dynamik entfalten kann, das finden wir nur in irgendwelchen spezialisierten Diskussionen, etwa wenn es um die Transmission monetärer Störungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen geht. Derartige Spezialdiskussionen sind aber im Rahmen des 'mainstream' nur ganz marginale Felder.

Diese Enthaltensamkeit in monetären Fragen hat natürlich ihren Preis: Die Ökonomen überlassen das Feld dann weitgehend Außenseitern wie Silvio Gesell und seinen Anhängern. Diese Außenseiterdiskussionen sind wiederum nicht ausreichend mit der allgemeinen Theorie verknüpft und daher ebenfalls in vieler Hinsicht auch nicht gut durchdacht. Aber die Anhänger von Gesell haben einen wichtigen Umstand im Prinzip richtig erkannt, dass nämlich der Besitz von Land und – in unserem Fall – der Besitz von Geld dem Inhaber solcher 'assets' eine gewisse privilegierte Position gibt, die ja auch Keynes als wesentlichen Bestandteil seiner eigenen allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes gesehen hat. ...

Dieses 'Geldmonopol' ist noch nicht richtig theoretisch analysiert, aber der damit angesprochene Zusammenhang lässt sich nicht bestreiten. Wir sehen vor allem die praktischen Konsequenzen: Wenn es etwa in der gegenwärtigen Diskussion um eine Steuerreform darum geht, dass der Standort Deutschland im internationalen Vergleich Kapitaleinkommen bislang zu stark und Arbeitseinkommen zu wenig besteuert hat und dass daher die mobileren Kapitaleinkommen entsprechend den weltweiten Trends auch bei uns stärker geschont werden sollen – die Abschaffung der Vermögensteuer und die faktische Privilegierung von Zinseinkommen sind bereits erste Schritte auf diesem Wege –, dann wird die Mobilität gerade von Geldkapital bereits als Faktum der Diskussion genommen und zur Variablen eines internationalen Standortwettbewerbs. Mindestens insofern bestätigt die heutige finanzwissenschaftliche Diskussion indirekt das von den Gesell-Anhängern vermutete 'Geldmonopol'.

Dass allerdings die Hortung von Geld oder auch die exponentielle Dynamik einer Zinswirtschaft einen analytisch gut rekonstruierbaren 'Wachstumszwang' ergeben, dem man etwa mit einer 'Geldumlaufsicherungsgebühr' zu begegnen habe, das ist bisher noch nicht gut theoretisch begründet. Immerhin ist der vermutete Wachstumszwang, wenn auch theoretisch nicht gut begründet, so doch durchaus empirisch leicht beobachtbar. Hier besteht erheblicher Bedarf für die ökonomische Theorie und die darauf gegründete Wirtschaftspolitik."

Prof. Dr. Hans Georg Nutzinger
Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum
in: Jürgen Blazejczak (Hg.), Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?
Ergebnisse eines Workshops des DIW im Auftrag von Greenpeace Deutschland.
DIW-Diskussionspapiere Nr.168, Berlin 1998, S. 101–109, hier: S. 102–103

Thomas Lang¹:

Globalisierung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung

1 Einleitung

Ausgehend von einer zunehmend spürbaren Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen in den achtziger Jahren und der immer deutlicher wahrnehmbaren weltweiten Verflechtung vor allem in ökonomischer und medialer Hinsicht in den neunziger Jahren entwickelten sich entsprechende Diskussionen mit den dazugehörigen Schlagwörtern: Es sind dies zum einen das Leitbild der 'nachhaltigen Entwicklung' bzw. der Begriff der 'Globalisierung'. Derzeit scheint es kaum eine gesellschaftspolitische Veröffentlichung zu geben, die ohne diese Termini auskommt.

Doch bergen beide Begriffe ein großes Problem: Ihr Erklärungsgehalt bzw. ihre Präzision ist äußerst gering, eine genaue Definition gibt es für beide nicht. So wird nachhaltige Entwicklung mittlerweile auf über 60 verschiedene Arten definiert.² Bezüglich des Globalisierungsbegriffs steht es nicht viel besser: Weder ist geklärt, wann die Globalisierung eingesetzt hat, noch, was der Begriff genau ausdrücken soll. Damit besteht die Gefahr, daß zwar viel über nachhaltige Entwicklung und Globalisierung geschrieben und veröffentlicht, letztlich aber wenig ausgesagt wird.

Ein dritter Begriff, der zwar ebenso bekannt ist, in der wissenschaftlichen Literatur jedoch vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wurde, ist das wirtschaftliche Wachstum, ausgedrückt in der jährlichen Zunahme des Brutto sozialprodukts eines Landes.³ Die drei Themenkomplexe Globalisierung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung sind aufs engste miteinander verbunden, wie die folgenden Kapitel zeigen sollen. Hätte es in der Vergangenheit kein wesentliches Wirtschaftswachstum gegeben, dann gäbe es heute weder eine Globalisierungsdebatte noch eine Diskussion um nachhaltige Entwicklung.

Noch immer wird ein möglichst hohes Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel angestrebt,

um die großen gesellschaftspolitischen Probleme Arbeitslosigkeit, gerechte Verteilung und auch Umweltzerstörung in den Griff zu bekommen. Dies gilt für neoklassisch-liberale Vertreter in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ebenso wie für keynesianisch orientierte. Daß eine Abkehr von diesem Wachstumsparadigma nötig ist, soll der folgende Aufsatz zeigen.

2 Wachstum führt zu Globalisierung

Der noch relativ neue Terminus der Globalisierung⁴ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er einen Prozeß beschreibt, der schon lange stattfindet.⁵ Eine zunehmende räumliche Verflechtung wirtschaftlicher und auch anderer grenzüberschreitender Beziehungen ist bereits im Mittelalter und im Altertum festzustellen. Eine neue Dynamik erlangt dieser Prozeß mit der Industrialisierung seit dem 18. Jahrhundert, einhergehend mit einem stark zunehmendem Handel und einer forcierten Kolonialisierung der südlichen Erdhalbkugel.

Die in den letzten Jahren aufgekommene Globalisierungsdebatte zeugt lediglich von einer neuerlichen Beschleunigung dieses Prozesses, nicht aber von einer neuen Erscheinung an sich, die erst seit einigen Jahrzehnten deutlich werde, wie Herr behauptet.⁶ Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, weltweites Agieren transnationaler Unternehmen und Liberalisierung des Kapitalverkehrs finden nur in höherem Tempo statt als vorher. Als neu können diese Prozesse nicht bezeichnet werden,⁷ vielmehr ist diese Beschleunigung eine logische und zwingende Folge des exponentiellen Wirtschaftswachstums der letzten 200 Jahre der Industrialisierung. Führt man sich den Verlauf von exponentiellen Vorgängen – als Exponentialkurve – vor Augen, so leuchtet es ein, daß die sog. Globalisierung lediglich ein weiteres Stadium auf dieser

Exponentialkurve des wirtschaftlichen Wachstumspfades bedeutet.

Der hier vertretenen These, daß Wachstum zu Globalisierung führt, wird in Hübners Definition von Globalisierung Rechnung getragen, die besagt, daß sich darunter "ein im Zeitablauf verstärktes quantitatives wie qualitatives Anwachsen grenzüberschreitender Ströme von Aktivitäten verstehen" läßt.⁸ Das "quantitative Anwachsen" bedeutet eben – bezogen auf die ökonomische Sphäre – ein Wachstum des Sozialprodukts. Hübner selbst macht dies deutlich, indem er sagt, daß in "quantitativer Hinsicht [...] damit ein Prozeß angesprochen [wird], der sich durch ein schnelleres Wachstum der jeweiligen Aggregate [hier: des Sozialprodukts] eines zeitlichen Abschnitts gegenüber früheren zeitlichen Perioden auszeichnet."⁹ Aber auch die qualitative Dimension der Globalisierung in Form vertiefter Marktbeziehungen kann weitgehend auf wirtschaftliches Wachstum zurückgeführt werden.

Anhand von drei Aggregaten (im Sinne Hübners) läßt sich die ökonomische Globalisierung als Wachstumsprozeß beschreiben.¹⁰ Da ist zum ersten das Wachstum des Welthandels (Ex- und Import von Waren und Dienstleistungen) zu nennen, das im Vergleich zur Weltproduktion überproportional zunahm. So betrug das durchschnittliche Wachstum der Produktion (des Handels) zwischen 1950 und 1973 4,7 % (7,5 %) und zwischen 1973 und 1990 3,1 % (4,5 %).¹¹ Zum zweiten ist das Wachstum der Direktinvestitionen (Ex- und Import von Produktionsmaterial) zu nennen, das mit häufig zweistelligen Wachstumsraten¹² wiederum stärker ausgefallen ist als das Wachstum des Welthandels. Am schnellsten wuchsen jedoch die internationalen Finanzmärkte (Ex- und Import von Geldkapital und finanziellen Dienstleistungen).¹³ Bestes Beispiel ist der Markt für sog. Derivate. Allein zwischen 1986 und 1998 hat sich der weltweite Handel der nicht an der Börse gehandelten Derivate mehr als ver Hundertfach.¹⁴

Zusammenfassend kann gesagt werden: Globalisierung ist nichts anderes als die unmittelbare Folge eines dauerhaften weltweiten Wachstumsprozesses. Damit aber müssen die Chancen und Risiken der Globalisierung als Chancen und

Risiken des Wirtschaftswachstums betrachtet werden.

3 Wachstum und Nachhaltigkeit

Bislang dominiert das Ziel möglichst hoher Wachstumsraten den (wirtschafts-)politischen und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um nachfrage- oder angebotsorientierte Politiker bzw. Wissenschaftler handelt, denn in der Frage des Wirtschaftswachstums vertreten beide Gruppen den gleichen Standpunkt: Man benötige mehr Wachstum, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, um eine gerechtere Verteilung zu schaffen, sogar für den Umweltschutz wird oft das Argument eines möglichst hohen Wachstums bemüht.

Die bloße Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum greift jedoch zu kurz, denn weder ist es an sich eine Lösung für die großen gesellschaftspolitischen Fragen wie Arbeitslosigkeit oder soziale Gerechtigkeit, noch ist es per se für diese Probleme verantwortlich zu machen. Es sind vielmehr zusätzliche Faktoren im Zusammenspiel mit dem wirtschaftlichen Wachstum zu betrachten, um (Tendenz-)Aussagen bezüglich seiner Auswirkungen auf Mensch und Umwelt machen zu können. Diese zusätzlichen Faktoren werden im folgenden thematisiert.

3.1 Schafft Wachstum Arbeitsplätze? – Gegen das Scheingefecht zwischen Umwelt- und Beschäftigungspolitik

Eine feste Korrelation zwischen Wachstum und Beschäftigung gibt es nicht, es kann also nicht gesagt werden, daß bei einem positiven Wirtschaftswachstum neue Arbeitsplätze entstehen. Zusätzlich ist die Entwicklung der Produktivität zu betrachten. Erst im Vergleich dieser drei Größen ist eine eindeutige Aussage möglich. Die (Arbeits-)Produktivität drückt das Verhältnis von Input zu Output aus, besagt also, wie viele Einheiten eines Produktes je Arbeitseinheit hergestellt werden können. Es leuchtet ein, daß bei einer hohen Produktivität weniger Arbeitseinheiten zur Herstellung einer Produkteinheit

nötig sind als bei einer geringeren Produktivität. Produktivitätssteigerungen führen meist zu wirtschaftlichem Wachstum. Nimmt jedoch der Absatz des Produkts nicht in dem Maße zu, wie es nötig wäre, um den bisherigen Bestand an Arbeitseinheiten (Zahl der Arbeitskräfte) zu halten, so ist – betriebswirtschaftlich gesehen – das betroffene Unternehmen gezwungen, die Zahl der Arbeitskräfte zu verringern. Volkswirtschaftlich drückt sich dieser Vorgang in einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl aus. In diesem Sinne argumentiert auch Scherhorn. Er sagt, daß der "technische Fortschritt bewirkt, daß pro Arbeitsstunde mehr und bessere Güter als bisher hergestellt werden können. Die Nachfrage steigt aber nicht im gleichen Umfang, weshalb jetzt weniger Arbeitskräfte nötig sind, um die nachgefragten Güter herzustellen und zu vertreiben."¹⁵

Hier ist zu bemerken, daß nicht der technische Fortschritt an sich, sondern die Steigerung der Produktivität (als Folge einer bestimmten Art des technischen Fortschritts) zu einer Erhöhung der Output-Input-Relation führt. Scherhorn aber setzt technischen Fortschritt und Produktivitätssteigerung gleich. Diese Gleichsetzung ist jedoch nicht korrekt. Gemäß Definition kann sich der technische Fortschritt auf zweierlei Arten äußern: Zum einen in der Produktinnovation, also in der Herstellung neuartiger oder wesentlich verbesserter Produkte und Materialien, zum anderen in der Prozeßinnovation, also der Anwendung neuer güterwirtschaftlicher Verfahren, die eine rationellere Produktion erlaubt. Die Herstellung verbesserter Produkte könnte z.B. bedeuten, daß diese Produkte langlebiger sind als ihre Vorgänger. Verbesserung in diesem Sinne hätte aber nicht unbedingt eine Steigerung der Produktivität zur Folge. Denkbar wäre, daß die Herstellung des langlebigeren Produktes mehr Arbeitszeit benötigt. Somit würde die Output-Input-Relation – die Produktivität – bei gleichzeitigem technischem Fortschritt sogar abnehmen.¹⁶

Nicht bestritten wird allerdings die Tatsache, daß technischer Fortschritt in den meisten Fällen mit einer Zunahme der Produktivität korreliert. Insofern trifft Scherhorns Gleichsetzung

von technischem Fortschritt und Produktivitätssteigerung zu.

Grundsätzlich ist in der langen Frist mit einer Abnahme der Wachstumsraten zu rechnen, da gewisse Sättigungstendenzen auftreten. Hohe Wachstumsraten sind nur bei einem niedrigen Ausgangsniveau der volkswirtschaftlichen Produktion üblich. Dies zeigt sich z.B. in den hohen Wachstumsraten der Schwellenländer in Südostasien, in Brasilien, oder auch im Nachkriegsdeutschland der fünfziger und sechziger Jahre.¹⁷ Mit zunehmendem Produktionsniveau werden die Wachstumsraten geringer. Dies gilt beispielsweise für die Bundesrepublik seit den siebziger Jahren. Die Produktivitätssteigerungen gingen aber nicht im gleichen Maße zurück wie die Wachstumsraten, so daß es zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote kam.¹⁸ Ein Abbau der Arbeitslosigkeit findet laut dem 'Okunschen Gesetz' erst ab einer bestimmten Höhe der Wachstumsrate – der sog. 'Beschäftigungsschwelle' – statt.¹⁹ In einer Studie aus dem Jahre 1997 hat das Münchener Ifo-Institut eine Wachstumsrate von 2,3 % genannt, oberhalb derer es erst zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahl käme.²⁰ Die beobachtbaren Wachstumsraten liegen aber kaum darüber und werden in Zukunft eher ab- als zunehmen, so daß es zu einem wesentlichen Abbau der Arbeitslosigkeit nicht kommen wird. Wirtschaftliches Wachstum ist somit kein geeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.²¹

In Relation zu den Wachstumsraten werden die Produktivitätssteigerungen in Zukunft eher zunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Durch das Aufkommen des 'Shareholder value' steigt der Druck der Kapitalgeber auf die Unternehmen, eine möglichst hohe oder steigende Rendite des angelegten Kapitals zu erwirtschaften. Erst eine hohe (und den Investoren genügende) Rendite gewährleistet aber, daß die Kapitalgeber die Wertpapiere eines Unternehmens halten, und daß zusätzliche Wertpapiere nachgefragt werden. Dies sichert oder erhöht den Wertpapierkurs eines Unternehmens. Ist die Rendite nicht hoch genug für die Kapitalgeber, dann legen diese ihr Kapital in anderen Wertpapieren an. Der folgende Kursverlust führt zu Kapitalmangel oder gar einer Übernahme des

Unternehmens. Eine Kapitalgesellschaft wird deshalb bestrebt sein, über die Produktivität und infolgedessen über die Gewinne den Unternehmenswert zu steigern. "Weil der geforderte Kapitalzins höher ist als die Nachfragesteigerung, muß er durch größere Natursausbeutung oder/und geringere Zahlungen an die Arbeitnehmer finanziert werden, d.h. die Produktivität muß schneller steigen als die Nachfrage."²²

3.2 Wachstum und Verteilung

Als Argument für wirtschaftliches Wachstum wird vielfach die Verteilungssituation herangezogen. Bei einem Wachstum des Sozialprodukts, so das Argument, würde jeder einen Teil vom nun größeren 'Kuchen' bekommen. Anders bei Nullwachstum: In diesem Falle wäre es wahrscheinlich, daß ein Teil der Bevölkerung Einkommenseinbußen zugunsten eines anderen Teils hinnehmen müßte (der Kuchen ist gleich groß geblieben). Eine Umverteilung auf Kosten bestimmter Bevölkerungsteile sei aber politisch nur sehr schwer durchzusetzen, aus diesem Grunde bedürfe eine sinnvolle Umverteilungspolitik wirtschaftlichen Wachstums. Diese Argumentation ist sicherlich richtig.

Allerdings wird eine solche Verteilungspolitik bei abnehmenden Wachstumsraten immer schwieriger.²³ Zum einen steigen die Staatsausgaben schneller als das Sozialprodukt²⁴. Eine solche Entwicklung ist nur begrenzte Zeit tragbar. Desweiteren verschlechtert sich die Relation der Lohnneinkommen zugunsten der Gewinneinkommen, indem z.B. die Steuerbelastung der Unternehmen kontinuierlich gesenkt, die der Lohnneinkommen aber erhöht wird.²⁵ Eine dritte Ursache für die Verschlechterung der Verteilungssituation ist in der Fremdfinanzierung, also in der Gläubiger-Schuldner-Beziehung zu sehen. Eine solche Gläubiger-Schuldner-Beziehung gehen alle Wirtschaftssubjekte ein: Der Staat finanziert seine Ausgaben teilweise durch Schulden (deficit spending). Unternehmen finanzieren sich ebenfalls mittels Schulden oder durch die Emission von Anteilen. Die Haushalte schließlich nehmen Darlehen und Konsumkredite auf. Als Schuldner müssen Staat, Unternehmen

und Haushalte Zinsen an ihre Gläubiger zahlen. Während der Staat die Zinsen auf den Steuerzahler abwälzt, gehen die Zinskosten der Unternehmen in die Preise ihrer Produkte ein und werden so auf den Konsumenten überwälzt. Die Haushalte haben somit die gesamte volkswirtschaftliche Zinslast in Form höherer Steuern und Preise zu tragen. Diese Zinslast ist zu vergleichen mit den Zinseinnahmen der Gläubiger, die letztlich ebenfalls nur die Haushalte sind. Meist sind Haushalte Schuldner und Gläubiger zugleich.²⁶ Je nachdem, ob die Zinsausgaben als Schuldner (in Form von höheren Steuern bzw. Preisen und direkten Zinszahlungen) höher oder niedriger sind als die Zinseinnahmen als Gläubiger, ist der jeweilige Haushalt Gewinner bzw. Verlierer der zinsbedingten Umverteilung.²⁷ Das Einkommen eines Haushaltes vergrößert bzw. verringert sich dementsprechend.

Die zinsbedingte Umverteilung ist so lange unproblematisch, als durch ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum genügend neue Mittel für die Erfüllung der Zinsverpflichtungen entstehen. Übersteigt der Marktzins jedoch die Wachstumsrate, so können die Zinsen nicht mehr aus dem Zuwachs des Sozialprodukts allein bedient werden. Zusätzlich muß aus der Substanz bezahlt werden. Damit verschlechtert sich die Verteilungssituation der Haushalte mit überwiegendem Lohnneinkommen erheblich.

Das Argument, daß wirtschaftliches Wachstum eine gerechtere Einkommensverteilung erleichtert, gilt zwar theoretisch und für ein ausreichend hohes Wachstum, scheitert aber an der Realität der abnehmenden Wachstumsraten und an der Unmöglichkeit, dauerhaft Wachstumsraten in Höhe der Nachkriegszeit zu realisieren. Die oben genannten Ursachen führen dazu, daß sich die Verteilungssituation verschlechtert.²⁸ Wachstum ist damit – zumindest in den Industrieländern – kein geeignetes wirtschaftspolitisches Mittel mehr für eine gerechtere Verteilung.

3.3 Wachstum und nachhaltige Entwicklung

Die Vielfalt der Definitionen nachhaltiger Entwicklung wurde bereits angesprochen. Proble-

matisch dabei ist, daß sich die Definitionen auf ökologische Größen beziehen und damit aber ökonomisch nicht anwendbar sind, da ökologische Größen nicht in Marktpreisen ausgedrückt werden können. Insofern trifft Binswangers Aussage zu, daß der Begriff der nachhaltigen Entwicklung eine Leerformel sei und wenig Neues gebracht habe.²⁹

Die Ursache dafür sieht Binswanger in der Tatsache, daß "sich die ökonomische Nachhaltigkeitsdiskussion in der Ökonomie meist auf eine reine Instrumentendiskussion beschränkt und sich nicht mit der fundamentalen Frage nach der längerfristigen Dynamik der heutigen Wirtschaftssysteme beschäftigt."³⁰ Die Frage nach der ökonomischen Dynamik ist die Kernfrage, die im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung gestellt werden muß: Ist dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung überhaupt vereinbar? Ausgangspunkt sind die drei Postulate der Nachhaltigkeit:

1. Regenerierbare Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich selbst erneuern.

2. Nicht regenerierbare Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie die Erhöhung der Ressourcenproduktivität – bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum – zu einem absoluten Rückgang des Verbrauchs dieser Ressourcen führt. Dies entspräche der Theorie vom qualitativen Wachstum. Eine andere Interpretation besagt, daß erschöpfbare Ressourcen nur in dem Maße genutzt werden dürfen, als gleichzeitig regenerierbare Ressourcen geschaffen werden.

3. Emissionen dürfen nur in dem Maße in die Umwelt getragen werden, als deren Aufnahmekapazität nicht überstiegen wird.³¹

Es ist nun zu klären, ob eine Umsetzung dieser Nachhaltigkeitspostulate bei dauerhaftem quantitativen bzw. qualitativen Wachstum möglich ist, oder ob Nachhaltigkeit und Wachstum auf Dauer nicht zu vereinbaren sind. Die zentrale These dieses Aufsatzes lautet: Dauerhaftes Wachstum und Nachhaltigkeit sind miteinander unvereinbar. Dies gilt sowohl für quantitatives als auch für qualitatives Wachstum. Im folgenden soll diese These untermauert werden.

3.3.1 Die Komplementaritätsthese

Die Komplementaritätsthese geht davon aus, daß wirtschaftliches Wachstum erst die Voraussetzungen schafft für einen besseren Schutz der Umwelt. Wachstum und Nachhaltigkeit wären demnach komplementäre Größen. Dahinter steht die Vorstellung, daß das Wirtschaftswachstum zu einem Strukturwandel und dieser wiederum zu einer permanenten Erneuerung des Kapitalstocks führt. Beispielsweise werden ältere Maschinen durch neuere effizientere Maschinen ersetzt.³²

Allerdings führt struktureller Wandel nicht automatisch zu einer umwelteffizienteren Produktion. Der Wettbewerbsdruck führt meist zu einem kostensparenden Strukturwandel, wobei Kosten gegenwärtig vor allem über den Faktor Arbeit eingespart und durch den Faktor Kapital ersetzt werden. Solch ein Strukturwandel ist noch keineswegs umweltentlastend. Es bedarf gewisser Anreize zur Entwicklung von energie- und ressourcensparenden Technologien, welche jedoch erst durch ein geeignetes Preissystem entstehen. Bei den gegenwärtigen Relationen zwischen den Faktorpreisen ist der Strukturwandel vorwiegend arbeitssparend und nicht ressourcensparend.

Die Feststellung, daß wirtschaftliches Wachstum ohne Strukturwandel nicht möglich sei, ist durchaus zutreffend.³³ Andererseits ist ein struktureller Wandel nicht nur in einer wachsenden Wirtschaft möglich. Auch in einer stagnierenden oder einer schrumpfenden Wirtschaft findet struktureller Wandel statt. Die These, Strukturwandel und damit verbesserter Umweltschutz sei nur in einer wachsenden Wirtschaft möglich, ist entschieden abzulehnen, denn Forschung und Entwicklung sind wesentliche Bestandteile einer Ökonomie, auch in einer Welt ohne Wachstum.³⁴ Dasselbe gilt für die Erneuerung des Kapitalstocks, wenn auch diese langsamer vonstatten geht als in einer wachsenden Wirtschaft. Das Argument von Mohr, "ohne Wachstum verlören wir die Fähigkeit zu Innovation und Strukturwandel und damit unsere ökonomische und politische Flexibilität"³⁵, ist daher falsch.

Es existiert weder eine feste Beziehung zwischen Wachstum und Strukturwandel, noch zwi-

schen strukturellem und ökologischem Wandel. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung faßt diesen Zusammenhang etwas prägnanter mit der Aussage, es gebe keine feste Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz.³⁶

Argumentiert man über den Strukturwandel für einen besseren Umweltschutz und setzt Wirtschaftswachstum mit Strukturwandel gleich, wie dies der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung tut (Wirtschaftswachstum als Prozeß strukturellen Wandels³⁷), so wird damit implizit ausgeschlossen, daß ein Strukturwandel auch bei Null- oder Minuswachstum möglich ist. Da Strukturwandel aber auch in stagnierenden oder schrumpfenden Ökonomien möglich ist, darüberhinaus in solchen Ökonomien noch ein positiver Mengeneffekt³⁸ zu verzeichnen ist, bieten diese bessere Voraussetzungen für eine Entlastung der Umwelt als Wachstumsökonomien. Zwar ist eine Ökologisierung der Wirtschaft vorübergehend auch bei Wachstum möglich, in der langen Frist aber wird der negative Mengeneffekt den positiven Effizienzeffekt überkompensieren. Wachstum und Umweltschutz bedingen sich langfristig keineswegs, wie Wicke behauptet³⁹, vielmehr erschwert bzw. kompensiert dauerhaftes Wirtschaftswachstum einen effizienten Umweltschutz.

Die vielfach als Beispiel für einen umweltentlastenden Strukturwandel genannte Tertiärisierung, also die Veränderung der wertschöpfenden Anteile einer Volkswirtschaft zugunsten des tertiären Sektors, ist grundsätzlich keine Lösung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Dies gilt aus mehreren Gründen. Zum einen muß festgestellt werden, daß die Tertiärisierung lediglich eine relative Verschiebung zwischen den drei Sektoren Agrarwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen bedeutet, aber keine Aussagen über absolute Mengen macht. So kann der Anteil des verarbeitenden Gewerbes stetig sinken bei gleichzeitiger Zunahme des Dienstleistungssektors, ohne daß die produzierten Mengen des sekundären Sektors abnehmen. Im Gegenteil ist in den meisten Industrieländern die Produktion stetig gestiegen, obwohl der Anteil des sekundären Sektors am Sozialprodukt

dort gleichzeitig abnahm.⁴⁰ Binswanger meint, daß gerade die Ersetzung des (relativ) immer teurer werdenden Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital dazu geführt habe, daß die produzierten Mengen zugenommen hätten, denn eine Ausweitung des produktiven Kapitals führe betriebswirtschaftlich gesehen zu höheren Fixkosten. Damit bei steigenden Fixkosten aber die Stückkosten nicht steigen, müsse das Unternehmen seinen Output erhöhen.⁴¹ Ein solchermaßen stattfindender technischer Fortschritt führt über die Erhöhung der produzierten Mengen zu einem erhöhten Ressourcenverbrauch.

Hinzu kommt, daß Dienstleistungen einen hohen Anteil materieller Inputs benötigen, insofern also nicht automatisch eine 'dematerialisierte' Produktion bedeuten.⁴² Man denke z.B. an die Transport- oder die Tourismusbranche, die beide sehr ressourcenintensiv sind. Ein anderes Beispiel ist der allgemein hohe Bedarf an Computern im Dienstleistungssektor.⁴³ Der schnelle technische Fortschritt in der Computerbranche führt dabei zu einer geringen Nutzungsdauer und damit zu einem häufigen Austausch alter Geräte durch neue. Dieser Strukturwandel innerhalb des Dienstleistungssektors ist jedoch in keiner Weise umwelt-effizient, da der technische Fortschritt sich vor allem in den Kapazitäten der Rechner widerspiegelt, aber kaum zu Energie- oder Ressourceneinsparungen führt.⁴⁴

Die Tertiärisierung in hochentwickelten Industrieländern geht darüberhinaus oft einher mit der geographischen Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländer, da dort die Lohnkosten niedriger und die Umweltauflagen weniger streng sind.⁴⁵ Junkernheinrich sieht eine weitere Ursache für die Tertiärisierung in der "Auslagerung produktionsorientierter Dienstleistungen", welche aber "keine wirkliche Veränderung des Einsatzes volkswirtschaftlicher Ressourcen" darstelle.⁴⁶ Nur in wenigen Bereichen hat die Tertiärisierung eine umweltentlastende Wirkung, beispielsweise wenn Kommunikationstechnologien es ermöglichen, auf Geschäftsreisen zu verzichten. Insgesamt führt die Tertiärisierung zu einer Zunahme des Ressourcenverbrauchs.

Tertiarisierung heißt nicht, daß der Dienstleistungssektor zu Lasten der anderen Sektoren zunimmt, sondern daß der Anteil des tertiären Sektors an der gesamten Produktion zunimmt bei gleichzeitigem Wachstum aller Wirtschaftssektoren. Eine Zunahme des Dienstleistungssektors wäre gar nicht möglich bei gleichzeitiger absoluter Abnahme der anderen Sektoren. Der Grund dafür liegt in der Struktur der Dienstleistungen, die entweder als Vorleistungen⁴⁷ für die Produktion dienen oder als Endprodukt konsumiert werden. Daß die Produktion solcher Vorleistungen nur bei einer allgemeinen Expansion der Produktion ausgeweitet werden kann, ist wenig erstaunlich. Dienstleistungen als Konsumgut haben oft den Charakter von Luxusgütern, die man sich erst leistet, wenn eine gewisse materielle Grundversorgung (Lebensmittel, Wohnen, Kleidung) gewährleistet ist. Da Dienstleistungen selbst einer gewissen materiellen Infrastruktur bedürfen, liegt es in der Natur der Sache, daß die Tertiarisierung im Zuge wirtschaftlichen Wachstums keine Entlastung der Umwelt bringt.⁴⁸ Die Einkommensteile, die für (Luxus-)Dienstleistungen ausgegeben werden, müssen erst im produzierenden Gewerbe erwirtschaftet werden. Dienstleistungen ohne Produktion sind nicht möglich, umgekehrt ist dies schon eher der Fall.

Schließlich forciert das Wirtschaftswachstum Tendenzen, die einer ökologieorientierten Tertiarisierung entgegenwirken. So fördert z.B. die Verkürzung von Produktlebenszeiten und die Verschiebung der Faktorkosten zuungunsten des Faktors Arbeit den Neukauf von Produkten bei Schäden, da Reparaturleistungen zu teuer werden.

Insgesamt führt also dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu einem höheren Umwelt- und Ressourcenverbrauch. Wachstum und nachhaltige Entwicklung schließen einander grundsätzlich aus.

3.3.2 Die Entkopplungsthese

Die in den meisten Thematisierungen der Wachstumsproblematik vertretene Idee des qualitativen Wachstums, also einer Erhöhung des

Sozialprodukts bei gleichzeitiger Verringerung von Ressourcenverbrauch und Emissionen (Entkopplung des Wachstums vom Umwelt- und Ressourcenverbrauch) ist hier auf ihre Schlüssigkeit zu überprüfen. Es ist zu prüfen, ob qualitatives Wachstum als dauerhaftes Konzept für eine nachhaltige Wirtschaftsweise implementierbar ist.

Tatsächlich hat in verschiedenen Bereichen eine Entkopplung der Emissionen bzw. des Rohstoffverbrauchs vom Wirtschaftswachstum stattgefunden, insbesondere nach dem Ölpreisschock 1973. Eine solche Entkopplung ist beispielsweise bei der Emission von Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid oder Ruß eingetreten.⁴⁹ Eine Verbesserung hat zudem bei der Wasserqualität von Fließgewässern stattgefunden.⁵⁰ Aus einer selektiven Betrachtung einiger weniger Umweltindikatoren zu schließen, daß Wachstum generell nicht zu erhöhtem Umweltverbrauch führen muß, wie dies z.B. Grossman/Krüger⁵¹ tun, ist allerdings fragwürdig. Eine solche Argumentation unterstellt, daß durch technischen Fortschritt in allen umweltrelevanten Bereichen eine Entkopplung möglich sei.

Bei einer genaueren Betrachtung der Produktionsstruktur wird zudem deutlich, daß diese positiven Ergebnisse durch verschiedene Verlagerungsprozesse geschmälert werden. So findet beispielsweise eine intersektorale Verlagerung des Energieverbrauchs vom produzierenden Gewerbe hin zu Transportdienstleistungen statt. Diese aber stellen häufig Vorleistungen für das produzierende Gewerbe dar, so daß das positive Ergebnis der Entkopplung relativiert wird.⁵² Ein weiterer Verlagerungsprozeß ist die intermediale Verlagerung von Emissionen und Abfällen. Zu nennen wären beispielsweise Sonderabfälle aus Katalysatoren oder aus der Abwasser- und Abluftreinigung.⁵³ Nicht zuletzt findet in Zeiten der Globalisierung eine geographische Verlagerung von stark umweltverbrauchenden Industrien in Entwicklungs- und Schwellenländer statt.⁵⁴

In der Gesamtbetrachtung fällt das Urteil bezüglich der Entkopplungseffekte wesentlich negativer aus. Betrachtet man die Gesamtheit der möglichen Umweltschädigungen, so ist festzustellen, daß eine Entkopplung bislang nur in

wenigen Bereichen stattgefunden hat. Vor allem globale Umweltbeeinträchtigungen wie die Zerstörung der Ozonschicht, die Emission des Treibhausgases CO₂, die Abholzung der tropischen Regenwälder oder die Verschlechterung der Trinkwasserqualität (insbesondere in Entwicklungsländern) weisen keinerlei Entkopplungstendenzen auf. Binswanger folgert daraus, daß es "ein nachhaltiges Wachstum, welches diesen Namen auch verdienen würde, [...] bisher in keinem Land gegeben" hat.⁵⁵

Eine weltweite Reduzierung von Emissionen und Ressourcenverbrauch bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum ist angesichts der Industrialisierung weiter Teile der Welt wie z.B. Südostasien, China, Indien und Brasilien nicht realisierbar. In anderen Worten: Eine nachhaltige Wirtschaftsweise ist unmöglich bei einer Globalisierung des westlichen Lebensstandards, selbst bei einer (Ressourcen-)Effizienzsteigerung um den "Faktor vier", wie ihn von Weizsäcker/Lovins/Lovins propagieren.⁵⁶ Doch selbst wenn eine Effizienzsteigerung um den Faktor vier realisiert werden würde, wäre eine Verbesserung der Umweltsituation nur gegeben, wenn das Wirtschaftswachstum diese Effizienzsteigerung nicht kompensieren würde.⁵⁷ Je geringer das wirtschaftliche Wachstum, desto größere Mengeneffekte sind möglich. Entsprechend meint auch das Ifo-Institut, daß die "anhaltende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums" den wichtigsten Beitrag zur Umweltentlastung leistete.⁵⁸

Die Theorie vom qualitativen Wachstum geht davon aus, daß der technische Fortschritt eine unendliche Effizienzsteigerung bei gleichzeitigem Wachstum ermögliche.⁵⁹ Es ist jedoch davon auszugehen, daß es gewisse Effizienzgrenzen gibt, da Steigerungen der Effizienz nicht ohne Ressourceneinsatz (Humankapital, Geldkapital, materielle Ressourcen) zu realisieren sind.⁶⁰ Vielmehr nimmt der Ressourceneinsatz relativ zur Effizienzsteigerung überproportional zu. Insofern kann qualitatives Wachstum nur ein vorübergehendes wirtschaftspolitisches Konzept für eine Ökologisierung der Wirtschaft sein, keinesfalls aber dauerhaft im Sinne nachhaltiger Entwicklung.

3.3.3 Die Exklusionsthese

Die ökonomische Schlußfolgerung aus der Feststellung, daß wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit sich auf Dauer ausschließen (exkludieren), ist der Abschied vom Wachstumsparadigma bzw. das Ziel eines Nullwachstums. Was bedeutet nun dieses Nullwachstum, wie kann man es erreichen?

Nullwachstum ist der Zustand einer Ökonomie, die nicht unaufhörlich expandiert, in der die Wachstumsrate um den Wert Null pendelt: Phasen positiven Wachstums wechseln sich mit Phasen negativen Wachstums ab. Es geht dabei nicht um die genaue Höhe der Wachstumsraten, vielmehr geht es darum, die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für eine wachstumsfreie Wirtschaft zu schaffen, in welcher die Stoffströme (Energie, Material) konstant sind oder abnehmen.⁶¹ Daly hat den Begriff der "steady-state economy" geprägt, in welcher Bevölkerung und (physischer) Kapitalstock konstant bleiben.⁶² Die Konstanz des Kapitalstocks bezieht sich jedoch nur auf seine quantitative Ausprägung, nicht auf sein qualitatives Niveau. Letzteres soll in einer Nullwachstums-Ökonomie keineswegs konstant gehalten werden, da der technische Fortschritt weiterhin (ökologische) Effizienzsteigerungen schaffen soll. Ein solcher technischer Fortschritt könnte den vorwiegend produktivitätssteigernden technischen Fortschritt ablösen.⁶³

Ungeklärt bleibt das Niveau, auf dem sich eine "steady-state economy" einpendeln sollte. Außer Frage steht jedoch, daß das gegenwärtige Wohlstandsmodell der westlichen Welt nicht globalisiert werden kann, ohne gegen das Nachhaltigkeitspostulat zu verstoßen. Es geht also zunächst vor allem um eine entscheidende Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Wie ist jedoch eine wachstumsfreie Wirtschaft zu erreichen? Dalys Forderung nach einer (regulativen) Begrenzung des Durchsatzes von Energie und Material klingt wenig überzeugend und effizient.⁶⁴ Umweltschutz sollte möglichst wenig administrativ, sondern vorwiegend marktwirtschaftlich durchgesetzt werden. Das effizienteste und wirksamste Mittel für die Ökologisierung der Wirtschaft ist der Anreiz über

den Preis. Kaum eine Größe beeinflusst ökonomisches Verhalten stärker als der Güterpreis. Jedes Wirtschaftssubjekt wird (auch kleine) Preisänderungen wahrnehmen und sein ökonomisches Handeln danach ausrichten.

Das Ziel einer wachstumsfreien Wirtschaft bedeutet somit nicht die Hinwendung zu administrativen Ge- und Verbotsregelungen und damit eine zunehmende Regulierung ökonomischer Handlungsweisen. Vielmehr bedeutet es eine Abwendung vom wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Leitbild des Wirtschaftswachstums hin zu einer ökologieorientierten Wirtschaftspolitik im Sinne nachhaltiger Entwicklung. Der Abschied vom Wachstumsparadigma erleichtert die notwendige Verminderung von Energie- und Ressourcenverbrauch erheblich. Die Wachstumsbegrenzung bzw. -minderung erfolgt indirekt über die geänderte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Es bleibt die Frage, ob eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ausreicht, um das anspruchsvolle Ziel einer nachhaltigen und damit in der langen Frist wachstumsfreien Wirtschaft zu realisieren. Sollte das gegenwärtige Wirtschaftssystem nur unter der Bedingung permanenten Wirtschaftswachstums 'funktionieren', also ohne größere ökonomische Krisen aufrechtzuerhalten sein, so ist zu untersuchen, auf welche Ursachen ein systemischer Wachstumszwang zurückzuführen sein könnte. Einige heterodoxe Wirtschaftswissenschaftler führen den systemimmanenten Zwang zum Wirtschaftswachstum auf monetäre Ursachen zurück, so zum einen auf die nachfragewirksame Krediterschöpfung der Geschäftsbanken, zum anderen auf die zinsbedingte Erhöhung monetärer Verpflichtungen im Gläubiger-Schuldner-Verhältnis.⁶⁵ Neben solchen systemischen Wachstumsursachen gibt es noch andere, z.B. psychologische Ursachen: "Die Ansprüche der Bürger, die Erwartungen der Investoren, die Versprechungen der Politiker sind auf Wachstum ausgerichtet."⁶⁶

4. Schlußbemerkung

Zur Realisierung einer wachstumsfreien Wirtschaft reicht eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik nicht aus, darüberhinaus sind gegebenenfalls grundlegende Reformen unseres Wirtschaftssystems vonnöten, sicherlich aber eine Änderung in unserem Anspruchsdenken und in unserer Einstellung gegenüber unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Die Beseitigung systemischer Wachstumsursachen ist Voraussetzung für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung. Die Forderung nach grundlegenden ökonomischen Reformen richtet sich vor allem an die Wissenschaft, die die Wachstumsproblematik bislang fast völlig ausgeblendet hat. Erst ein breites theoretisches Fundament und eine breite gesellschaftspolitische Diskussion schaffen die Voraussetzungen für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

schaftspolitik nicht aus, darüberhinaus sind gegebenenfalls grundlegende Reformen unseres Wirtschaftssystems vonnöten, sicherlich aber eine Änderung in unserem Anspruchsdenken und in unserer Einstellung gegenüber unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Die Beseitigung systemischer Wachstumsursachen ist Voraussetzung für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung. Die Forderung nach grundlegenden ökonomischen Reformen richtet sich vor allem an die Wissenschaft, die die Wachstumsproblematik bislang fast völlig ausgeblendet hat. Erst ein breites theoretisches Fundament und eine breite gesellschaftspolitische Diskussion schaffen die Voraussetzungen für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Literatur

- Ayres, R. U. (1996): Limits to the Growth Paradigm, in: Ecological Economics, Nr. 19, 1996, S. 117-134.
- Binswanger, M. (1995): Sustainable Development: Utopie in einer wachsenden Wirtschaft?, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Nr. 1, 1995, S. 1-19.
- BIZ (1992): 62. Jahresbericht, Basel.
- BIZ (1999): 69. Jahresbericht, Basel.
- Blazejczak, J. (Hg.) (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?, DIW Diskussionspapier Nr. 168, Berlin.
- Bode, T. (1999): Welches Wachstum hat Zukunft?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1, 1999, S. 62-68.
- BUND, Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland, Basel, Boston, Berlin.
- Cansier, D. (1996): Umweltökonomie, Stuttgart, Jena.
- Daly, H. E. (1991): Steady State Economics, Washington.
- Fischer, W. (1998): Expansion, Integration, Globalisierung, Göttingen.
- Grossman, G. M. (1995): Pollution and Growth, What Do We Know?, in: Goldin, I., Winters, L. A. (1995): The Economies of Sustainable Development, Cambridge, S. 19-46.
- Grossman, G. M., Krueger, A. B. (1995): Economic Growth and the Environment, in: The Quarterly Journal of Economics, Nr. CX, 5, 1995, S. 354-377.
- Harvey, D. (1997): Betreff Globalisierung, in: Becker, S., Sablowski, T., Schumm, W. (Hg.) (1997): Jenseits der Nationalökonomie, Berlin, Hamburg.
- Hauchler, I. (Hg.) (1996): Globale Trends, 2. Auflage, Frankfurt am Main.
- Herr, H. (1996): Globalisierung der Ökonomie: Entkopplung der Geldsphäre und Ende nationaler Autonomie?, in: Eicher-Wolf, K. (Hg.) (1996): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum, Marburg, S. 251-272.
- Hickel, R. (1998): Ökologischer Umbau, Wachstumsschwäche und Verteilungskonflikte, in: Blazejczak, J. (Hg.) (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?, DIW Diskussionspapier Nr. 168, Berlin, S. 61-67.
- Hübner, K. (1998): Der Globalisierungskomplex, Berlin.
- Junkernheinrich, M. (1993): Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Strukturwandel - zur Harmonithese der "fünf

- Weisen", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Nr. 3, 1993, S. 412–418.
- Junkernheinrich, M., Klemmer, P. (Hg.) (1991): Ökologie und Wirtschaftswachstum, ZAU-Sonderheft, Berlin.
 - Kastenholz, H. G., Erdmann, K.-H., Wolff, M. (1996): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung – Eine Einführung, in: Kastenholz, H. G., Erdmann, K.-H., Wolff, M. (Hg.) (1996): Nachhaltige Entwicklung, Berlin, Heidelberg, S. 1–8.
 - Kessler, W. (1996): Wirtschaften im dritten Jahrtausend, Oberursel.
 - Kitson, M., Michie, J. (1995): Trade and Growth – A Historical Perspective, in: Michie, J., Grieve-Smith, J. (Hg.) (1995): Managing the Global Economy, Oxford, New York, S. 3–36.
 - Kurz, R. (1998): Nachhaltigkeit, Wachstum und Wirtschaftswachstum, in: Blazejczak, J. (Hg.) (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?, DIW Diskussionspapier Nr. 168, Berlin, S. 69–100.
 - Lang, T. (1998): Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums, Lütjenburg.
 - Löhr, D. (1997): Urmonopole, intertemporale soziale Kosten und nachhaltiges Wirtschaften, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 113, 1997, S. 13–27.
 - Löhr, D. (1998): Zum Mythos Globalisierung, in: <http://www.inwo.de/archiv/global.htm>, S. 1–12.
 - Loske, R. (1997): Mehr Mut zur Skepsis!, in: Wege aus der Wachstumsfalle, Politische Ökologie, Sonderheft 11, S. 21–25.
 - Mohr, H. (1995): Qualitatives Wachstum, Stuttgart, Wien.
 - Neumayer, E. (1998): Is Economic Growth the Environment's Best Friend?, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Nr. 2, 1998, S. 161–176.
 - Nutzinger, H. G. (1998): Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum, in: Blazejczak, J. (Hg.) (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?, DIW Diskussionspapier Nr. 168, Berlin, S. 101–109.
 - OECD (1994): International Direct Investment Statistic Yearbook, Paris.
 - OECD (1998): Financial Market Trends, Nr. 71, November 1998.
 - OECD (1999): Environmental Data, Compendium 1999, Paris.
 - Petschow, U. et al. (Hg.) (1998): Nachhaltigkeit und Globalisierung, Berlin, Heidelberg.
 - Priewe, J. (1997): Leitplanken statt Schranken, in: Wege aus der Wachstumsfalle, Politische Ökologie, Sonderheft 11, S. 30–37.
 - Priewe, J. (1998): Beschäftigungsprobleme in einer stationären Volkswirtschaft, in: Blazejczak, J. (Hg.) (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?, DIW Diskussionspapier Nr. 168, Berlin, S. 1–24.
 - Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg.
 - Ropke, I. (1997): Economic Growth and the Environment – or the Extinction of the GDP-Dinosaur, in: Tylecote, A., van der Straaten, J. (1997): Environment, Technology and Economic Growth, Cheltenham, Northampton, S. 55–72.
 - Schelkle, W. (1995): Motive ökonomischer Geldkritik, in: Schelkle, W., Nitsch, M. (Hg.) (1995): Rätsel Geld, Marburg, S. 11–44.
 - Scherhorn, G. (1997): Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache, Wuppertal Spezial 7, Wuppertal.
 - Seccareccia, M. (1997): Early Twentieth-Century Heterodox Monetary Thought, in: Cohen, A. J., Hagemann, H., Smithin, J. (Hg.) (1997): Money, Financial Institutions and Macroeconomics, Boston, Dordrecht, London, S. 125–139.
 - Senf, B. (1996): Der Nebel um das Geld, Lütjenburg.
 - Sitte, R. (1995): Wachstum mit umgekehrtem Vorzeichen, in: WSI Mitteilungen, Nr. 4, 1995, S. 235–243.
 - Sprenger, R.-U. (1994): Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 45, 1994, S. 534–542.
 - Von Weizsäcker, E. U., Lovins, A. B., Lovins, L. H. (1995): Faktor vier, München.
 - Wicke, L. (1993): Umweltökonomie, 4. Auflage, München.
 - Zinn, K. G. (1994): Die Wirtschaftskrise, Mannheim.

Anmerkungen

- 1 Für kritische Bemerkungen bedanke ich mich bei Heike Löffler, Rheinhard Niehaus, Arne Lucht und Steffen Grabisna.
- 2 Vgl. Kastenholz/Erdmann/Wolff (1996), S. 1.
- 3 Gemeint ist die Frage nach der Möglichkeit dauerhaften Wachstums, nicht die Analyse eines optimalen Wachstumspfades, die in der ökonomischen Wachstumstheorie einen breiten Raum einnimmt.
- 4 Wird hier von Globalisierung gesprochen, so ist immer die Globalisierung im ökonomischen Sinne gemeint.
- 5 Vgl. Fischer (1998), S. 7 und Harvey (1997), S. 29. In Harveys Augen ist der Globalisierungs- [und damit Expansions-]Prozeß ein "integraler Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung". Ebenda. Diese Auffassung wird vom Autor geteilt.
- 6 Herr spricht von "Globalisierungstendenzen", die während der letzten Jahrzehnte zu beobachten sind. Vgl. Herr (1996), S. 251.
- 7 Vgl. Ebenda.
- 8 Hübner (1998), S. 17.
- 9 Ebenda.
- 10 Diese Beschreibung gilt zumindest für die Entwicklung seit den achtziger Jahren.
- 11 Vgl. Kitson/Michie (1995), S. 8, 10.
- 12 In den achtziger Jahren lagen die jährlichen Wachstumsraten der Direktinvestitionen meist über 20 %. Vgl. OECD (1994), S. 12. In den neunziger Jahren schwächte sich diese Dynamik etwas ab. Vgl. OECD (1998), S. 188.
- 13 Vgl. Löhr (1998), S. 1, Hauchler (1996), S. 159f., Petschow et al. (1998), S. 44.
- 14 Vgl. BIZ (1992), S. 210, BIZ (1999), S. 148.
- 15 Scherhorn (1997), S. 7.
- 16 Siehe dazu auch Priewe (1997), S. 35 und Priewe (1998), S. 10 f.
- 17 Vgl. Scherhorn (1997), S. 12.
- 18 Vgl. Priewe (1998), S. 5.
- 19 Das Okunsche Gesetz ist eine empirisch beobachtete Regelmäßigkeit und somit kein Gesetz im eigentlichen Sinne.
- 20 SZ vom 19.06.1997.
- 21 Siehe dazu auch Reuter (1998), S. 15.
- 22 Scherhorn (1997), S. 21.
- 23 Vgl. Hickel (1998), S. 61 f.
- 24 Dies gilt nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Arbeitslosenquote.
- 25 Reuter stellt eine solche Entwicklung der Steuerbelastung in der Bundesrepublik für die letzten 20 Jahre fest. Vgl. Reuter (1998), S. 48.
- 26 Es gibt auch Haushalte, die nur Schuldner, nicht aber Gläubiger sind, da sie keine Mittel übrig haben, um diese anzulegen. Viele dieser Haushalte finanzieren sogar ihren Konsum durch Kredite, wodurch es immer häufiger zu Überschuldungen kommt. So sind in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile 7 % aller Haushalte nicht mehr in der Lage, ihre Schulden zu bezahlen. FAZ vom 14.01.1999. Siehe dazu auch Senf (1996), S. 99.
- 27 Auch Reuter meint, daß "Zins und Zinseszinsen auf Geldver-

- mögen [...] die [Verteilungs-]Situation kontinuierlich“ verschärft. Reuter (1998) S. 66.
- 28 Den Ländern Europas ist es in den letzten 20 Jahren nicht gelungen, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zu verringern. FAZ vom 28.04.1999.
- 29 Vgl. Binswanger (1995), S. 5.
- 30 Ebenda, S. 6.
- 31 Vgl. Cansier (1996), S. 59, Binswanger (1995), S. 2.
- 32 Siehe z.B. Grossman (1995), S. 21.
- 33 Vgl. Junkernheinrich (1993), S. 413.
- 34 Siehe hierzu auch Ayres (1996), S. 123.
- 35 Mohr (1995), S. 87.
- 36 Vgl. Junkernheinrich/Klemmer (1991), S. 65.
- 37 Vgl. Junkernheinrich (1993), S. 413.
- 38 'Positiver Mengeneffekt' meint eine geringere Menge an Ressourcenverbrauch und Emissionen. Entsprechendes gilt für den 'negativen Mengeneffekt'.
- 39 Vgl. Wicke (1993), S. 563.
- 40 Ähnliches gilt für den primären Sektor.
- 41 Vgl. Binswanger (1995), S. 14 f.
- 42 Der Anteil der materiellen Inputs geht zwar in die Bilanzen des sekundären und nicht des tertiären Sektors ein. Eine Expansion des tertiären Sektors bedeutet aber eine Erhöhung der Produktion im sekundären Sektor und nicht eine 'Dematerialisierung' derselben.
- 43 Lühr spricht sinngemäß vom Dienstleistungssektor als einem "Anhängsel" des sekundären Sektors. Vgl. Lühr (1997), S. 15.
- 44 Vgl. Röpke (1997), S. 58.
- 45 Röpke bemerkt zurecht, daß mit dieser geographischen Verlagerung der Produktion lediglich die Umweltstatistik eines Landes, nicht aber der Zustand der Umwelt verbessert wird. Aus diesem Grunde sei es sinnvoller, die Konsum- anstatt die Produktionseite eines Landes zu analysieren, um ein realistischeres Maß für die Umweltwirkungen dieses Landes zu erhalten. Vgl. Röpke (1997), S. 58.
- 46 Junkernheinrich (1993), S. 414.
- 47 Dies gilt auch für Dienstleistungen, die nicht direkt, aber im weitesten Sinne als Transport-Vorleistungen bezeichnet werden können.
- 48 Verwaltungsdienstleistungen werden hier nicht betrachtet, da ihre überproportionale Ausweitung aus Finanzierungsgründen wenig wünschenswert ist.
- 49 Es ist jedoch "zu berücksichtigen, daß der zu beobachtende umweltschonende Strukturwandel seit den siebziger Jahren zwar zu einer Entkopplung der Schadstoffemission vom wirtschaftlichen Wachstum, nicht aber zu einer absoluten Senkung der Emissionsmengen beigetragen hat." Junkernheinrich/Klemmer (1991), S. 82 f. Darüberhinaus ist zu bemerken, daß nach einer Phase der Entkopplung auch eine Wiederankopplung stattfinden kann, wie dies für die japanische Wirtschaft festgestellt wird. Vgl. Petschow et.al. (1998), S. 15.
- 50 Insgesamt bezieht sich die positive Statistik hauptsächlich auf räumlich begrenzte Verschmutzungen. Vgl. Ayres (1996), S. 131.
- 51 Siehe Grossman/Krüger (1995).
- 52 Vgl. Sitte (1995), S. 237 f.
- 53 Vgl. Sprenger (1994), S. 535.
- 54 Vgl. Neumayer (1998), S. 167.
- 55 Binswanger (1995), S. 13. Für einen Überblick über die Entwicklung verschiedener Umweltindikatoren siehe OECD (1999), oder auch Binswanger (1995), S. 13.
- 56 Von Weizsäcker/Lovins/Lovins (1995).
- 57 Siehe auch Loske (1997), S. 23.
- 58 Junkernheinrich/Klemmer (1991), S. 82.
- 59 Dabei wird vorausgesetzt, daß die Effizienzsteigerungen die Wachstumsraten noch übertreffen, da ja sonst keine Umweltentlastung möglich ist.
- 60 Siehe hierzu auch Bode (1999), S. 64 und BUND/Misereor (1996), S. 371.
- 61 Siehe auch Kurz (1994), S. 39.
- 62 Daly (1991), S. 16.
- 63 Die Problematik des produktivitätssteigernden technischen Fortschritts wird auch vom Ifo-Institut thematisiert. So wird behauptet, daß die "Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts durch die Nachfrageverschiebung zugunsten von Güterqualitäten" mit "der wichtigste Beitrag des autonomen Strukturwandels zur Begrenzung der Emissionsmengen gewesen" ist. Junkernheinrich/Klemmer (1991), S. 82. Für einen anderen technischen Fortschritt tritt auch Scherhorn ein. Vgl. Scherhorn (1997), S. 27.
- 64 Vgl. Daly (1991), S. 191.
- 65 Für einen Überblick über die Theorien monetärer Wachstumsursachen siehe Lang (1998). Siehe auch Kurz (1998), S. 74 ff. Eine kritisch-wohlwollende Würdigung der freiwirtschaftlichen Theorie der Wachstumsursachen erfolgt durch Nutzinger, dem zufolge die Freiwirtschaftstheorie nicht lediglich aufgrund einer mangelhaften Verknüpfung derselben mit der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie abgetan werden kann. Vgl. Nutzinger (1998), S. 103. Siehe hierzu auch Schelkle (1995), S. 17ff., Kessler (1996), S. 149ff. und Seccareccia (1997).
- 66 Kurz (1998), S. 73.

Unvereinbarkeit von Rechtsstaat und wirtschaftlicher Macht

"Der Rechtsstaat kann sich nur dort vollständig durchsetzen, wo zugleich mit seiner rechtlich-staatlichen Ordnung eine adäquate Wirtschaftsordnung verwirklicht ist. Monopole und Teilmonopole sind aber dem Rechtsstaat nicht adäquat, dürfen also nicht Bestandteile einer solchen Wirtschaftsordnung sein. ... Nicht in erster Linie gegen die Missbräuche vorhandener Machtkörper sollte sich die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt. ... Die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz ist das wesentliche Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme. ... Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip. ... Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbspolitik ein Primat."

Prof. Dr. Walter Eucken • Grundsätze der Wirtschaftspolitik • 3. Auflage Tübingen 1960, S. 52, 172 und 254 ff.

Thomas Betz:

Globalisierung des Geldes *

1 Ausgangspunkt: Zur Ist-Situation der globalen Ökonomie

Im September 1999 hat sich das "Wall Street Journal" darüber entsetzt, dass die französische Regierung die Belegschaft des Reifenherstellers Michelin zum Streik aufgerufen hat; und das bloß deshalb, weil Michelin in einem Atemzug für das laufende Jahr eine weitere Gewinnsteigerung von 17% und weitere Entlassungen von 7.500 Arbeitern angekündigt hat. Die französische Regierung, so Premierminister Jospin, könne nichts mehr gegen die Marktkräfte tun und wörtlich: "Wir können die Wirtschaft weder durch Gesetze noch durch den Staat noch durch die Verwaltung lenken!"¹ Noch vor wenigen Jahren wurde im Gemeinschaftskundeunterricht am Gymnasien gelehrt, dass die Politik in der sozialen Marktwirtschaft den Rahmen setzt, innerhalb dessen sich der Markt entfalten kann. Was wird den heutigen Schülern angesichts einer derartigen Geste politischer Hilflosigkeit vermittelt? Offenbar haben sich die Verhältnisse mittlerweile umgekehrt: Statt eines "Primats der Politik" setzt der sog. Markt die Rahmenbedingungen für die sog. Politik.

In der allseits bewunderten größten und stärksten Volkswirtschaft der Erde, der US-amerikanischen, ist heute der Durchschnittslohn niedriger als 1989.² Zwei Drittel der Amerikaner verdienen heute real weniger als ihre Eltern. Der führende Arbeitsmarktökonom Richard Freeman spricht von "Apartheid-Ökonomie" und davon, dass der gesamte wirtschaftliche Erfolg der sog. "Reagonomics" ausschließlich jenen 5% der Gesellschaft zugute gekommen ist, die ohnehin schon auf der Sonnenseite leben. Alle anderen hätten dabei verloren – je ärmer, desto mehr.³

Währenddessen wird in der exportstärksten Volkswirtschaft der Welt – nämlich der deut-

schon – darüber gejamert, dass Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Hierzulande wurde die soziale Ungleichheit per progressiver Besteuerung ehemals in Grenzen gehalten. Beim Antritt von Helmut Kohl als Bundeskanzler im Jahre 1983 trugen Unternehmen und Selbständige noch 13,1% der gesamten Steuerlast. 13 Jahre später hatte sich dieser Anteil um mehr als die Hälfte auf 5,7% vermindert.⁴ Schritt für Schritt wurde den Forderungen aus Industrie und Banken nach einem Umbau des Steuersystems nachgegeben und mehrfach wurde der Satz für die Körperschaftsteuer der Unternehmen gesenkt. Auch der Spitzensatz der Einkommensteuer wurde herabgesetzt, aber die Zahl der Abschreibungsvergünstigungen für Selbständige nahm zu. Alle zusätzlichen Belastungen aus der deutschen Einheit wurden steuerlicherseits (also abgesehen von der Finanzierung über den Kapitalmarkt) ausschließlich über die Massensteuern, vor allem die direkte Lohn- und die indirekte Mehrwertsteuer, aufgebracht, was beides (in der Fachsprache der Finanzwissenschaftler) regressiv wirkt, also zuungunsten der niedrigen Einkommenschichten und zugunsten der höheren. Nach der Einheit stiegen die Aktienkurse Jahr für Jahr. Die Gewinne der Unternehmen sind explodiert: Allein im Jahr 1998 sind die Gewinne deutscher Unternehmen im Durchschnitt um 30,5% gestiegen. Große Vermögen werden jährlich vererbt.

Die Reallöhne der Arbeitnehmer hingegen stagnieren oder sinken. "Leistung muss sich wieder lohnen!" So lautete das Motto, unter dem die konservativ-liberale Koalition einst angetreten ist. Hinterlassen hat sie allerdings eine Situation, in der sich Leistung, das heißt Arbeit, immer weniger lohnt, leistungsloses Einkommen aus Geldbesitz dagegen immer mehr. Aber: Ein halbes Jahr nach dem Antritt der neuen Bundesregierung erklärten die deutschen Sozialdemokraten im sog. Schröder-Blair-Papier

* Vortrag im Rahmen der 26. Mündener Gespräche der "Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft" am 30. Oktober 1999 in Hann.-Münden

den sog. "dritten Weg" zu ihrer Zukunftsaufgabe, der sich auf folgende vier Essentials reduzieren lässt:

- weitere Liberalisierung bzw. Deregulierung
- weitere Steuersenkung für Unternehmen
- Einrichtung eines Niedriglohnsektors
- weiterer Abbau der Sozialsysteme

Kann es da noch wundern, wenn sich immer mehr Menschen die Auffassung eines Berliner Theaterregisseurs und Gründers einer politischen Partei "Chance 2000" namens Christoph Schlingensief zu eigen machen, der die Situation auf die etwas sehr griffige Formel gebracht hat:

"Was man wählt, das ist egal:

Es regiert das Kapital!"

Und kann es da noch wundern, wenn diese Menschen diese Auffassung auch in ihrem Wahlverhalten bzw. besser Nichtwahl-Verhalten zum Ausdruck bringen? (Erinnert sei hier an die "Rekord"-Wahlbeteiligung bei der letzten Baden-Württembergischen Kommunalwahl am 24. Okt. 1999: die niedrigste aller Zeiten; in Mannheim lag sie sogar bei nur 38%. In den USA liegt die Wahlbeteiligung der Kongreßwahlen bereits seit Jahren bei nur rund 40%.)

Aber warum ist es so, wie es ist?

Globalisierung ist zuallererst eine Globalisierung des Geldes, d.h. des Kapitals, denn die Mobilisierungskosten sind hier vergleichsweise gering. Gewaltige Fortschritte in der Informationstechnologie innerhalb der letzten 30 Jahren haben es möglich gemacht, dass immer mehr Kapital immer schneller grenzüberschreitend transferiert werden kann. Dieses Kapital fließt nun bevorzugt dorthin, wo (echte oder auch nur vermeintliche) Renditechancen am höchsten, Kapitalverkehrskontrollen und -besteuerung hingegen am geringsten ausgeprägt sind. Dadurch entsteht ein Angleichungsprozess nationalstaatlicher Kapitalverkehrskontrollen und -besteuerung; und zwar nach unten: Die Nationalstaaten haben also tendenziell immer weniger Möglichkeiten einer Kapitalverkehrskontrolle und immer geringere Spielräume einer Kapitalbesteuerung betreffend globale Geldströme, die in ihr oder über ihr Territorium fließen. Widersetzen sie sich dieser Logik und

versuchen sie, zu kontrollieren, zu steuern oder zu besteuern, so sinkt die Attraktivität dieses Standortes und das Kapital fließt zu anderen, weniger regulierten und geringer besteuerten Standorten.⁵ Dieser Prozess wurde in den 80er Jahren auch noch durch eine von weltpolitischen Entscheidungen induzierte Liberalisierung der weltweiten Kapitalmärkte verstärkt, welche wiederum auf eine gewisse ideologische Lufttheit von Neoklassik, Monetarismus und Neoliberalismus zurückzuführen sind. Entsprechend dieser Lehren hat eine sog. "optimale Allokation der Ressourcen" – zu Deutsch: eine Zuführung von Ressourcen an die effektivste Verwendung – eine maximale Freiheit der Märkte, und somit eben auch der Kapitalmärkte, zur Voraussetzung.

Wie bereits angesprochen, führt die Konkurrenz der Volkswirtschaften um Kapital aber auch dazu, dass dessen Renditechancen überall möglichst hoch sein müssen. Um als "Standort für Kapital" attraktiv zu werden oder zu bleiben, sind die Staaten zunehmend gezwungen, entsprechende Vorleistungen zu erbringen, die die Renditechancen erhöhen, direkt durch aufwendige Infrastrukturmaßnahmen oder indirekt durch sinkende Steuern auf Unternehmensgewinne. Auch hier ist international ein Angleichungsprozess entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen festzustellen. Dazu gesellen sich die immer intensivere Steuerflucht (der IWF schätzt solche Fluchtgelder als aktuelle Bestandsgröße international auf ca. 8 Bio. US-Dollar) sowie ein Effekt namens "tax degradation"⁶, der umschreibt, dass die multinationalen Konzerne, die zwei Drittel des Welthandels bestreiten, immer mehr Möglichkeiten nutzen, Gewinne und Kosten "steueroptimal" so auf dem Globus zu verteilen, dass möglichst wenig und im Idealfall überhaupt keine Steuern mehr gezahlt werden.

Die globale Mobilisierung des Kapitals beeinträchtigt nun die soziale Leistungsfähigkeit aller Nationalstaaten, auch die der wirtschaftlich sehr erfolgreichen. Denn die Staaten sind nunmehr gezwungen, die weniger mobilen Produktionsfaktoren stärker zu besteuern, insbesondere die Arbeit. Folgerichtig hat der Anteil der Kapitalbesteuerung an den Steuereinnahmen der

EU-Staaten zwischen 1980 und 1994 um ca. 30% abgenommen und im gleichen Zeitraum der Steueranteil von Arbeit um ca. 14% zugenommen⁷ – mit entsprechenden Konsequenzen einerseits für die Arbeitslosigkeit und andererseits für die Realeinkommen. Damit nun Niedriglohneempfänger nicht schlechter gestellt werden als Sozialhilfeempfänger, wird immer mehr auch im sozialpolitischen Bereich und auch bei Programmen, die der sozialen Grundsicherung dienen, gekürzt. Kein Staat kann im Alleingang aus diesen Zugzwängen aussteigen.

In den USA, wo die Marktkräfte die Politik extrem dominieren, setzen sich die neuen Verteilungsrelationen gewissermaßen naturwüchsig durch: steigende Kapitaleinkommen, stagnierende oder rückläufige Arbeitseinkommen, zunehmende Lohndifferenzierung und sich ausbreitende Armut. Man spricht in den USA bereits von den sog. "working poor": Das sind die, die arbeiten und trotzdem arm sind. In Europa hingegen, wo jedenfalls Teile der Politik und die Gewerkschaften um Verteilungsgerechtigkeit wenigstens bemüht sind, steigt die Arbeitslosigkeit insbesondere bei den gering qualifizierten Arbeitskräften. Dies hat gemeinsam mit der dargestellten globalisierungsbedingten Ausdühlung der Steuerbasis zusätzlich zur Konsequenz, dass die hohen sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auch die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme bedrohen.⁸ Will sich die Politik hierzulande, aber auch anderswo in Europa, nicht die Verantwortung für einen weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zum Vorwurf machen lassen, so steht sie vor dem Dilemma, entweder das Kind beim Namen zu nennen⁹ oder durch aktives politisches Handeln die verteilungspolitischen Konsequenzen der neuen Lage selbst durchzusetzen. Das beste Beispiel für letztere Alternative ist das Schröder-Blair-Papier!

"Allgemeine Wohlfahrt" als sozialpolitisches Ziel wird also durch die Globalisierung des Geldes in Frage gestellt und aus der Unterwerfung unter das Regime der Finanzmärkte wird ein Anschlag auf die Demokratie: Zwar hat weiterhin jeder Bürger eine Stimme und Politiker sind weiterhin um Interessenausgleich

zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten bemüht, um Mehrheiten zu bekommen. Aber nach der Wahl entscheidet das monetäre Stimmrecht, demzufolge bei Renditeerwartungen von 15% für Lohnerhöhungen kein Platz ist. Auch ohne "Bimbos" und die immer augenscheinlichere Käuflichkeit politischer "Entscheidungen" verliert das Regierungssystem Demokratie dadurch an Glaubwürdigkeit und ... Legitimität: Demokratische Entscheidungen der Politik werden entweder unwidersprochen durch die Märkte ersetzt oder es entsteht zumindest der Ruf nach weniger Staat, der aber eigentlich meint: weniger Demokratie. Der bislang dreisteste (und keinesfalls letzte!) Versuch einer nunmehr auch formalen Infragestellung staatlicher Souveränität und demokratischer Legitimität ist auf globaler Ebene das MAI.

In Deutschland arbeiteten 1999 saisonbereinigt 27,7 Millionen Menschen in Vollzeitarbeitsverhältnissen; mit sinkender Tendenz. Der Anteil der zeitlich befristeten Verträge lag bei 3,9 Millionen; mit steigender Tendenz. Was ebenfalls "boomt", ist die Zeitarbeit: 1993 waren hierzulande noch 266.000 Leiharbeiter im Einsatz. 1998 waren es bereits 575.000. Dazu kommt die immer größer werdende Zahl der Scheinselbständigen, die weder durch ein Kündigungsschutzgesetz, noch durch Arbeitslosengeld, noch durch eine gesetzliche Rente abgesichert sind.¹⁰ Der Abbau der sozialen Sicherheit erzeugt bei den Menschen Angst. Die Art und Weise, wie Arbeit organisiert ist, hat aber auch mit Freiheit und Demokratie zu tun. Für zeitlich befristet Beschäftigte ist von hauptsächlichem Interesse die Beurteilung und Einschätzung ihrer Handlungen durch diejenigen, die über ihre Weiterbeschäftigung entscheiden. Schließlich wollen sie vor allem ihren Arbeitsplatz behalten. Auch wenn Zensurmechanismen offiziell nicht existieren und auf den ersten Blick nicht erkennbar sind, so muss doch klar sein, dass ungesicherte Arbeitsverhältnisse beispielsweise im Medienbereich dazu führen, dass die Mitarbeiter die Zensurschere schon im Kopf ansetzen. Ähnliche Effekte sind auch im Bildungsbereich zu beobachten: Nachwuchskräfte

werden zu unsicheren Bedingungen eingestellt und dadurch Konformismus forciert.¹¹

Eine Konsequenz der vielgeforderten Flexibilität und Mobilität ist auch die allmähliche Auflösung des Beziehungsgeflechtes der Individuen untereinander; deutlich erkennbar auf der Ebene der örtlichen Gemeinschaft, aber auch auf der sozialer Zusammenhänge insgesamt. Diese Entwicklung macht weder vor Freundschaften halt noch vor dem – insbesondere konservativerseits gerne gepriesenen – “Kern” der Gesellschaft: Familien sind der Inbegriff von Bindung. Flexibilität und Mobilität verlangen aber, in Bewegung zu bleiben, entsprechend Bindungen zu lockern, weniger ernst zu nehmen, weniger “eng zu sehen” oder gleich gar keine einzugehen.¹² Es ist deshalb auch kein Zufall, dass diese Entwicklungen im Eldorado von “Flexibilität und Mobilität”, in den USA, am offensichtlichsten sind.

Nicht erst seit den jüngsten Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien ist bekannt, dass eine entsolidarisierte Gesellschaft für autoritärere Formen von Gemeinschaft anfälliger wird. Bereits Alexis de Tocqueville – wohlgemerkt selbst ein Liberaler – wusste: “Der Despotismus kann sich seines Fortbestandes nie sicherer sein, als wenn es ihm gelingt, die Menschen voneinander abzusondern.”¹³ Ein sozialstaatlich ungebremster Wirtschaftsliberalismus untergräbt so das gesellschaftliche Fundament individueller Freiheit.

Die These, ein völlig deregulierter und “freier” Kapitalmarkt garantiere die “optimale Allokation der Ressourcen”, ist kein neoklassisches Märchen. Für die betroffenen Menschen der brachliegenden Ressource Arbeitskraft in den von der Asien-Krise geschüttelten Ländern ist sie ein neoklassischer Alptraum: Über Nacht hat diese Wirtschaftskrise die Erfolge einer Generation zunichte gemacht: Breite Bevölkerungsschichten bis in die städtische Mittelschicht hinein wurden betroffen und in absolute Armut zurückgeworfen. Allein in Indonesien ist die Zahl der unter Hunger bzw. Mangelernährung leidenden Menschen von 20 auf 100 Mio. gestiegen.¹⁴ Eine neu entstandene gesellschaftliche Mittelschicht, die auf 20-40 Mio. geschätzt

wurde, ist komplett weggebrochen. Arbeitslosigkeit, Verzweiflung, Hunger und Gewalt führten zu politischen Unruhen und massiver Gewalt. Wachstumseinbrüche und Auftragsrückgänge hatten Konkurse, Schließungen und Massenentlassungen zur Folge und resultierten schließlich in Wachstumsrückgängen von bis zu 20%.

George Soros, der erfolgreichste Spekulant der letzten 30 Jahre und einer, der die Weltfinanzmärkte kennt wie kein anderer, selbst studierter Ökonom und lange Jahre gläubiger Anhänger der herrschenden neoklassischen Lehre, kommt in seinem Buch “Die Krise des globalen Kapitalismus” zu dem Schluss, dass “der Stand der Dinge pathologisch und unhaltbar ist. Die Finanzmärkte sind ihrem Wesen nach instabil; und bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse lassen sich nicht befriedigen, indem man den Marktkräften freies Spiel gewährt.”¹⁵ Er wirft der Neoklassik vor, eine grundfalsche Vorstellung davon zu haben, wie Finanzmärkte funktionieren, da die Gleichgewichtstheorie in der Ökonomie einer völlig verfehlten Analogie zur Physik entspringe. Die Preisbildung auf den Finanzmärkten folgt insofern nicht im “klassischen” Sinne den Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage, sondern richtet sich hauptsächlich nach Zukunftserwartungen und psychologischen Faktoren. Finanzmärkte spiegeln demzufolge die Realität bzw. die sog. Realsphäre der Güter und Dienstleistungen nicht etwa passiv wieder, sondern sie erschaffen aktiv die Wirklichkeit, die sie ihrerseits reflektieren. Dadurch entsteht das Phänomen sich selbst verstärkender und eskalierender Prozesse, in denen die Erwartungen über die Zukunft wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Zukunft haben, die ihrerseits wiederum die künftigen Erwartungen prägt. Nicht Wissen, sondern Vorurteile liegen den Handlungen der Marktteilnehmer zugrunde. Die sog. reflexive Rückkopplung kann die Vorurteile so verstärken, dass die Märkte sich immer weiter vom Gleichgewichtszustand entfernen, ohne eine Tendenz zur Rückkehr zum Ausgangspunkt zu zeigen. Dabei spielt es längst keine Rolle mehr, dass sich die Einschätzungen der Marktteilnehmer immer weiter von den Fundamentaldaten entfernen. Selbst der Umstand, dass den Markt-

teilnehmern ihre eigenen "Fehleinschätzungen" zunehmend bewusst werden, kann daran nichts ändern. Ein vergleichsweise nichtiger Anlass sorgt nun für ein Umspringen der Boom- in eine Bust-Phase – die Seifenblase platzt – und der Markt bewegt sich ab sofort in der Gegenrichtung, typischerweise viel schneller als in der Boom-Phase, schießt weit über den Gleichgewichtspunkt hinaus und stürzt ins Bodenlose.

Soros konstatiert nun ein typisches Muster, demzufolge das Kapital sich zunächst in den Zentren des globalen Geldsystems sammelt, dann in die Peripherie – also in die dritte Welt – gepumpt wird und schließlich nach Platzen der Seifenblase in die Zentren zurückflutet. Er vergleicht solchermassen – in seinem Buch wie vor dem US-amerikanischen Kongress – das internationale Finanzsystem in seinen Auswirkungen auf ganze Volkswirtschaften mit einer Abrissbirne, die ein Gebäude nach dem anderen in Trümmer legt.¹⁶

Genau das ist in Asien passiert: Hohe Wachstumsraten, Zinsen, Gewinnerwartungen und die an den US-Dollar geknüpften Landeswährungen lockten Auslandsinvestitionen in bislang nicht gekanntem Umfang nach Ostasien: Im Zeitraum von 1990 bis 1996 stiegen sie um das 4,5-fache an und erreichten damit vorübergehend fast die Hälfte der gesamten Auslandsinvestitionen in der Welt. In diese Zeit fällt auch die rasante Entwicklung der jungen asiatischen Wertpapierbörsen.

Die Beteiligung der Staaten selbst war dabei vergleichsweise gering: Schuldner waren neben produzierenden Unternehmen typischerweise private Banken und Finanzierungsgesellschaften. Entsprechend sah es auf der Gläubigerseite aus: Dabei handelte es sich hauptsächlich um Versicherungen, Banken, Renten- und Investmentfonds aus Europa und Japan. Deren Interessenschwerpunkt lag von Anfang an nicht auf sehr langfristigen Engagements. Mit der Zeit wurde aber der Anteil kurzfristiger Kredite und flüchtiger, hochspekulativer Finanzierungsformen, die kaum noch investiven Charakter hatten, immer gewichtiger, und deshalb vor dem Hintergrund knapper Devisenreserven der Zentralbanken die Gefahr von Zahlungsunfähigkeit immer größer.

Obwohl die Sachverhalte bekannt waren oder sein mussten, hatte der IWF im Jahresbericht 1996 noch eine gute Prognose für das Jahr 1997 abgegeben.

Eine erste rückläufige Entwicklung setzte im Frühjahr 1997 ein, als asiatische Aktien und Währungen in signifikantem Umfang verkauft wurden. Insbesondere internationale Hedgefonds setzten den thailändischen Baht unter immer größer werdenden Druck. Am 2. Juli 1997 wurde die bis dahin gültige Bindung an den US-Dollar aufgehoben und der Baht verlor innerhalb weniger Stunden 20% seines Wertes. Damit waren sämtliche Dämme gebrochen: Über Nacht wurde nur noch von den hohen Risiken in Ostasien gesprochen und Panik breitete sich unter den Gläubigern aus. Ein Selbstverstärkungsprozeß setzte ein, der Kapitalflucht und Abwertungsspekulation in eine Abwärtsspirale zog. Innerhalb kürzester Zeit wurden Hunderte von Milliarden von US-Dollar durch internationale Gläubiger, aber auch durch inländische Vermögensbesitzer abgezogen. Der Schuldendienst für aufgenommene Fremdwährungskredite wurde immer schwieriger und schließlich unmöglich. Unternehmen wurden zahlungsunfähig und gingen in Konkurs, Banken brachen zusammen, die Landeswährungen wurden drastisch abgewertet und die Börsenkurse stürzten ab. Die gesamte Region wurde von einem Flächenbrand erfasst. Vor allem die Volkswirtschaften der ehemals blühenden "Tigerstaaten" brachen dramatisch ein. Aus der Region mit der höchsten wirtschaftlichen Wachstumsrate in der Welt wurde innerhalb von Monaten die Region mit dem stärksten Wachstumsrückgang.

Auf Bitten der von Staatsbankrott und völligem Zusammenbruch bedrohten Regierungen pumpete der IWF innerhalb kürzester Zeit Notkredite in Höhe von 100 Mio. US-Dollar in die Region. Die üblichen Auflagen, nämlich Kürzung von Staatsausgaben, Anhebung der Kreditzinsen und Aussetzung wichtiger Infrastrukturprojekte trieben jedoch die Volkswirtschaften weiter in die Rezession und die lokalen Börsen und Landeswährungen brachen noch stärker ein als zuvor.

2 Stufen eines möglichen Therapieplanes

2.1 Eine Reform des IWF

Wie bereits erwähnt, hatte der IWF die Lage 1996 völlig falsch eingeschätzt. Er gab eine positive Wachstumsprognose ab, sah weder die Gefahr einer Landeskrisis noch eines regionalen Flächenbrandes. Der IWF hat die hauptsächlich betroffenen Schwellenländer zu genau jenen Liberalisierungsmaßnahmen gedrängt, die wesentlich mitverantwortlich für die Asienkrise waren. Damit hat er nicht nur Unheil angerichtet, sondern auch eindeutig sein Mandat überschritten. Aus der Satzung des IWF lässt sich nur die ursprüngliche Aufgabe ableiten, Ländern mit kurzfristigen Zahlungsproblemen zu helfen, nicht aber, diese Länder in die globalen Finanzmärkte einzubinden, und auch nicht, Strukturreformen zu erzwingen.

Die umfangreichen IWF-Kredite wurden für Zins- und Tilgungszahlungen an internationale Gläubiger benutzt und die betroffenen Länder damit vor Zahlungsunfähigkeit, aber die privaten Gläubiger auch vor Verlusten bewahrt. Praktisch bedeutet das, dass der IWF die ihm zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder dazu verwendet bzw. missbraucht, spekulative Kapitalströme abzusichern, den ausländischen Gläubigerbanken und Investmentfonds das Risiko ihrer Kreditvergabe und ihrer hochspekulativen Geldgeschäfte abzunehmen und somit in Zukunft einer fortgesetzten Spekulation Vorschub zu leisten. Auch hier gilt offenbar: Gewinne werden privatisiert, Verluste hingegen sozialisiert.

Die mächtigste Organisation des 20. Jahrhunderts entscheidet über Wohl und Wehe eines Großteils der Menschheit auf Jahre und Generationen hinaus. Dabei unterliegt sie in ihrem Handeln keinerlei demokratischer Kontrolle. Außer einigen Pressemitteilungen werden der Öffentlichkeit grundsätzlich keine entscheidungsrelevanten Dokumente zur Kenntnis gebracht. Die internationale Gemeinschaft und die Weltöffentlichkeit warten geduldig ab, was der IWF den betroffenen Ländern verordnet, und akzeptieren jede Entscheidung völlig unabhängig davon, ob das Schicksal von Millionen von

Menschen betroffen ist. Mitarbeiter des IWF müssen über ihre Entscheidungen grundsätzlich keine Rechenschaft ablegen. 1000 Ökonomen in der 19. Straße in Washington, D.C. diktieren die Lebensbedingungen von 1,4 Mrd. Menschen in 75 Entwicklungsländern.¹⁷

Die verordneten Maßnahmen umfassen neben Importliberalisierung, Privatisierung, Zulassung von Auslandskapital in bis dahin Einheimischen vorbehaltenen Industriezweigen und Zulassung von ausländischen Banken im Finanzsektor regelmäßig die bereits erwähnte oft drastische Anhebung der Inlandszinsen sowie eine Kürzung der Staats- und hier insbesondere der Sozialausgaben. In Konsequenz dessen geben z.B. die afrikanischen HIPC-Länder (das sind die "High Indebted Poor Countries", also die hochverschuldeten armen Länder) im Schnitt nur 3-4 Dollar pro Kopf und Jahr für die Gesundheit, aber 8-9 Dollar für den Schuldendienst aus.¹⁸ In den HIPC-Ländern sind allein im Jahre 1999 vier Millionen Kinder unter 5 Jahren an vermeidbaren Krankheiten gestorben, weil sie keinen Zugang zu sauberem Wasser hatten oder weil ein Mindestmaß an Hygiene nicht gewährleistet werden konnte. Aber es gilt bereits als Fortschritt, dass die 1996 von Weltbank und IWF ins Leben gerufene HIPC-Initiative den Anteil der Exporteinkünfte, der für den Schuldendienst (also Zinsen und Tilgung) benötigt wird, auf 25% nach oben begrenzen will.

Zumindest aus der Perspektive der Betroffenen agiert der IWF als Gerichtsvollzieher der Gläubiger. Mit seinen Struktur-Anpassungs-Programmen passt er v.a. die Lebensbedingungen der unterernährten und unterversorgten Menschen in der Dritten Welt an die Dividendenforderungen der Bankaktionäre an.

Eine Reform des IWF sollte zumindest folgenden Änderungen umfassen:

2.1.1.: Transparenz: Der IWF verwaltet die Steuergelder der Weltöffentlichkeit und muß deshalb auch der Weltöffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Insbesondere Verhandlungen auf Regierungsebene dürfen nicht mehr hinter verschlossenen Türen stattfinden und die Betroffenen – und dazu gehören eben auch die Steuerzahler in den Industrieländern –

anschließend vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

2.1.2.: Mehr demokratische Kontrolle: Eine Kontrolle des IWF fand bisher allenfalls über die Regierungen und die Finanzministerien der G7-Länder und hier insbesondere durch die USA statt, weshalb dem IWF auch zum Vorwurf gemacht wird, vor allem ein Instrument zur Durchsetzung von G7-Interessen zu sein.

2.1.3.: Schaffung einer regionalen Organisationsstruktur des IWF, die regionalspezifischen Mentalitäten, Wirtschaftsstrukturen und Regierungsformen besser gerecht werden und deshalb kompetenter, flexibler und unmittelbarer auf Krisentendenzen reagieren kann.

2.1.4.: klare Definition und auch Beschränkung der Kompetenzen und konkretere Ausgestaltung der Handlungsgrundsätze

2.2 Einführung der Tobin-Steuer

Bereits in den 70er Jahren kam der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin zu dem Schluss, dass ein deregulierter Kapitalfluss mit seinen abrupten Richtungsänderungen und chaotischen Kursausschlägen der Entwicklung der sog. Realsphäre der Wirtschaft (also der Produktion von Gütern und Dienstleistungen) insgesamt schadet. Er schlug deshalb vor, auf alle Devisentransaktionen einen Steuersatz von einem Prozent zu erheben. Damit wäre die kurzfristige Devisenspekulation von einem Moment zum anderen erledigt, da in diesem Bereich nur winzige Arbitrage-Margen "erwirtschaftet" werden. Das u.a. zur Diskussion stehende Verbot von sog. Hedge-Fonds und anderweitigem Missbrauch von Finanzderivaten würde sich dadurch erübrigen. Aber auch das Geschäft mit den Zinsdifferenzen zwischen den verschiedenen Märkten und Ländern würde sich nur noch in Ausnahmefällen lohnen, weil ja bei einer derartigen Operation mindestens 2% an den Fiskus abzuführen wären. Berücksichtigt man, dass in diesem Bereich hauptsächlich auf extrem kurzfristige Papiere mit einer Laufzeit von drei Monaten spekuliert wird, so könnten sich die Nationalstaaten Abweichungen vom "herrschenden" Zinsniveau bis zu 8% "leisten",

ohne sich in (Spekulations)-Gefahr zu begeben.¹⁹ Insgesamt würden sich die spekulativen Umsätze drastisch vermindern und die Kursentwicklungen würden sich eher an realen und fundamentalen volkswirtschaftlichen Daten orientieren.

Die Notenbanken könnten wieder unabhängig voneinander das Zinsniveau auf nationalen Märkten steuern, so wie es der jeweiligen Wirtschaftslage ihrer Länder angemessen ist. Auch wenn in den USA die Konjunktur brummt, könnten die Europäer ihr Geld deutlich billiger ausleihen als die Fed (was in der gegenwärtigen Situation entweder nicht möglich ist oder dazu führt, dass der Euro fällt). Notenbankinterventionen gewinnen wieder an Gewicht und die Notenbanken hätten auch wieder bessere Möglichkeiten, Kurse zu stabilisieren. Die Unmenge auf der Suche nach kurzfristiger Rendite vagabundierenden Kapitals würde in klassische Rendite-Projekte zurückgezwungen und dadurch auch eine Absenkung des allgemeinen Zinsniveaus induzieren. Nicht zuletzt ist der mögliche fiskalische Ertrag zu nennen, der bei heutigen und unveränderten Umsätzen weltweit bei rund 4 Billionen US-Dollar jährlich liegen würde; allerdings geht man ja von dann geringeren Devisenumsätzen aus und schätzt entsprechend den fiskalischen Ertrag global auf ca. 1 Billion US-Dollar; immerhin 1.000 Mrd. US-Dollar, mit denen sich so manches Staatsbudgetdefizit ausgleichen ließe.

2.3 De-Deregulierung / Kapitalverkehrskontrollen

Den Nationalstaaten darf die Fähigkeit zur Durchsetzung individueller wirtschaftspolitischer Prioritäten nicht genommen und die diesbezügliche Entschlossenheit nicht ausgedreht werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit einer Regulation der grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen, sowohl hinsichtlich des hereinströmenden als auch des "auswandernden" Kapitals. Bedrohte Staaten sollten sogar politisch dazu ermutigt werden, sich durch Kapitalverkehrskontrollen auf nationaler Ebene gegen kurzfristigen hochspekulativen Geldzufluss aus dem Ausland abzuschirmen. Der Einsatz solcher Kontrollen ist ein legi-

times Instrument, allenfalls seine Stigmatisierung ist illegitim. Die jüngsten Erfahrungen Chiles und Malaysias, die Kapitalverkehrskontrollen wiedereingeführt, aber auch Chinas und Indiens, die sie nie abgeschafft und ihre Binnenmärkte nur sehr vorsichtig geöffnet haben, zeigen auch, wie durch Kapitalverkehrskontrollen die nationale Ökonomie vor den Ansteckungsgefahren internationaler Finanzkrisen geschützt werden kann.²⁰ Nicht zuletzt hat sich auch die Europäische Union im Vertrag von Maastricht den Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen vorbehalten.

2.4 Stabilisierung der Wechselkurse

Eine Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Leitwährungen US-Dollar, DM und japanischem Yen respektive die Schaffung eines Zielzonensystems würde dem internationalen Spekulationskapital eine wesentliche Geschäftsgrundlage entziehen.

3. Weitergehende Maßnahmen zur Depolarisierung der Weltwirtschaft

Würden diese genannten Reformvorschläge erst einmal realisiert, wäre die Welt zwar eine relativ bessere, aber noch keine ganz gute. Warum?

Der Anstieg des Geldvermögens, d.h. die Ansammlung von Einkommensüberschüssen und Ersparnisbildung über Zinsen und Renditen in den Industrieländern übersteigt die Wachstumsraten der sog. Realsphäre, also der Güter und Dienstleistungen gemessen im sog. Brutto-Inlands-Produkt BIP, bereits seit langem. Dies lässt sich z.B. für Deutschland leicht veranschaulichen, indem die sog. Umlaufrendite – d.i. die Durchschnittsrendite öffentlicher Anleihen, die eine Art Mindeststandard für Renditeerwartungen setzt – mit der deutschen Wachstumsrate des Brutto-Inlands-Produktes, kurz BIP, verglichen wird: So liegt die Umlaufrendite z. Zt. bei 5,2%, das Wachstum des BIP jedoch bei 2,2%. Selbst unter Berücksichtigung der Infla-

tion wird also das Wachstum der Geldvermögen nicht erreicht. Gemäß OECD-Statistik²¹ gilt auch global bereits seit Jahren, dass die realen Zinsen oberhalb der realen Wachstumsraten der BIPs bzw. der GDPs²² und sogar oberhalb der Wachstumsraten der Faktorproduktivität liegen. Die heimischen Vermögens- und Kapitalbesitzer (und auch die der anderen Industrieländer) sehen zu Hause keine ausreichenden Verwertungsmöglichkeiten für ihr Kapital. Zum einen unterbleiben dadurch in den heimischen Ländern gesellschaftlich wichtige Zukunftsinvestitionen wie in den Bereichen Umwelt, Soziales, Bildung, Kultur.

Zum anderen aber sucht das ständig schneller anwachsende Anlagekapital nunmehr auf den Weltmärkten nach höchstmöglicher Verwertung, d.h. Kapitalverzinsung. Dieses Anlagekapital wird für 1980 auf ca. 5, für 1992 bereits auf 35 und für die Gegenwart auf 80 Billionen US-Dollar geschätzt.²³ Langfristige Wachstumspotenziale in den bevölkerungsreichen Schwellen- und Entwicklungsländern sind höher als die in den Industrieländern und sorgen für entsprechende Anlageattraktivität, hohe Renditeerwartungen und hohe Zinssätze. Deshalb zahlen Entwicklungsländer zwangsläufig mehr für Zinsen und Tilgungen an die Gläubigerländer als sie an Krediten und Entwicklungshilfe von diesen erhalten. Die Nettokapitalströme verlaufen von Süd nach Nord und nicht etwa umgekehrt! Weil Geldvermögen und Geldschulden zwei Seiten ein und derselben Medaille sind, steht der Kapitalanhäufung der Gläubiger in den entwickelten Industrieländern ein immer größer werdender Schuldenberg in den Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber und entsprechende Krisen führen deshalb auch vorzugsweise dort zu Wirtschaftskatastrophen. Spätestens dann aber, wenn im Zuge einer solchen Katastrophe die dortigen Währungen dramatisch abgewertet wurden und sich die Auslandsschulden – in heimischer Währung denominiert – dadurch nochmals schlagartig vergrößert haben, wird deutlich, dass unter diesen Umständen Kapitalbildung und langfristig sicheres Wachstum in der Peripherie gar nicht möglich sind. Kapitalakkumulation und Wohlstandsmehrung in den Armutsländern wird ver-

hindert und fortgesetzte Abhängigkeit von Auslandskapital perpetuiert. Eine Eindämmung des Wachstums des Geldvermögens in den Industrieländern ist daher notwendige Voraussetzung dafür, eine Kapitalbildung in den Entwicklungsländern überhaupt erst zu ermöglichen. Um den dem Geldvermögen innewohnenden Selbstvermehrungsmechanismus abzubremsen, um die wachsende Ungleichverteilung zwischen Schuldnern und Geldvermögensbesitzern zu stoppen und die Explosivwirkung von Armut und Elend auf der einen, maßlosem Reichtum auf der anderen Seite zu entschärfen, müssen die realen Zinssätze global gegen Null gedrängt werden.

Wie sollte so etwas möglich sein? Und wer sollte für die konkrete Ausgestaltung einer solcherart neuen globalen Finanzordnung verantwortlich zeichnen?

Keynes' Bancor-Plan

Seit 55 Jahren (!) liegt ein entsprechender Plan bereits in der Schublade. Er wurde vom bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts auf der bedeutendsten Konferenz des 20. Jahrhunderts bereits vorgestellt. Von John Maynard Keynes in Bretton Woods im Jahre 1944, wo die Sieger des 2. Weltkrieges über die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit berieten und befanden.

Der sog. Keynes-Plan oder Bancor-Plan sah die Gründung einer Union für den internationalen Zahlungsverkehr, der sog. "International Clearing Union", vor, die auf einem internationalen, gewissermaßen virtuellen Bankgeld, dem sog. Bancor, beruht. Der Bancor sollte in einem festen (aber nicht für alle Zeit unveränderlichen) Austauschverhältnis zu den teilnehmenden Währungen stehen, dabei aber selbst nicht in Notengeldform oder anderweitig als Zahlungsmittel für die Wirtschaftssubjekte in Erscheinung treten. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollten bei der International Clearing Union Konten unterhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Leistungsbilanzen untereinander, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Für Länder mit einer positiven Leistungsbilanz (die also mehr Güter und Dienstleistungen exportieren) würde

bei der Clearing Union ein Bancor-Guthaben ausgewiesen werden, für solche mit einer negativen Bilanz ein entsprechendes Soll. (Im ehemaligen innerdeutschen Handel gab es auf bilateraler Ebene einmal etwas ganz Ähnliches: den sog. Swing, eine Art zinslosen Kontokorrent-Kredit für die DDR; die "Währung" war damals die VE [Verrechnungs-Einheit], welche jedoch wertmäßig der DM entsprach.)

Das Ganze würde von Maßnahmen begleitet sein, die einer unbegrenzten Anhäufung von Guthaben sowie von Schulden entgegenwirken: Für jeden Mitgliedstaat wird zunächst die Höhe seiner maximal erlaubten Verschuldung gegenüber der Union festgelegt; die sog. "Quote", welche jedoch in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst werden kann. Übersteigt nun der jährliche Durchschnitts-Saldo eines Mitgliedstaates ein Viertel seiner Quote, so soll vom entsprechenden Differenzbetrag eine Gebühr von 1% an den sog. Reserve-Fonds der Clearing Union gezahlt werden; und zwar unabhängig davon, ob es sich nun um einen Haben- oder Schuldensaldo handelt. Übersteigt der Saldo die Hälfte der Quote, so erhöht sich die Gebühr auf 2%. Mitgliedstaaten, die Schulden haben, können aber nunmehr auf Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen aus den Guthaben der Mitgliedstaaten, die über solche verfügen, Anleihen aufnehmen, wodurch beide, die Schuldner wie die Gläubiger, ihre Gebühren an die Clearing Union vermeiden können. Dabei ergibt es sich marktlogisch, dass die Konditionen für diese Anleihen bei Zinssätzen unter 1% bzw. unter 2% liegen werden, da die Schuldner selbstverständlich nicht bereit sein würden, mehr zu bezahlen als sie an Gebühren an die Clearing Union zu entrichten hätten. Auf der anderen Seite sind die Gläubiger ebenfalls froh, keine Gebühren entrichten zu müssen und geben sich im Idealfall mit einem Zinssatz nahe oder sogar gleich Null zufrieden. (Unter den gegebenen Bedingungen ist es sogar vorstellbar, dass sich Gläubiger – zumindest vorübergehend – mit leicht negativen Zinssätzen einverstanden erklären, da sich ihre Position dadurch immer noch günstiger darstellte, als wenn sie Gebühren entrichten würden.)

Bei Überschreiten des Schuldkontos um mehr als ein Viertel der Quote sind die Mitgliedstaaten zunächst nur berechtigt, den Kurs ihrer Währung gegenüber dem Bancor anzupassen. Bei Überschreitung um mehr als die Hälfte kann die Clearing Union eine bestimmte Abwertung der Währung des Mitgliedstaates verlangen sowie der Regierung des Mitgliedstaates "interne Maßnahmen empfehlen, die dessen inländische Wirtschaft beeinflussen und die zweckmäßig erscheinen, um seine internationale Bilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen"²⁴. Übersteigt das Schuldenkonto eines Mitgliedlandes schließlich mehr als drei Viertel seiner Quote, so kann die Clearing Union vom Mitgliedstaat noch weitergehende Maßnahmen verlangen.

Aber auch die Gläubiger(-staaten) sollen zur Rechenschaft gezogen werden können: Übersteigt bei einem Mitgliedstaat das Guthabenkonto die Hälfte seiner Quote, so "soll er mit dem Vorstand (der Clearing Union) besprechen, welche Maßnahmen zweckdienlich sein könnten, um das Gleichgewicht seiner Außenhandelsbilanz wiederherzustellen". Hierzu gehören

- a) Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage,
- b) Aufwertung seiner Landeswährung gegenüber dem Bancor oder aber – ergänzend bzw. alternativ – ein Anheben der Geldlöhne,
- c) die Reduzierung von Importzöllen und anderen Importhemmnissen,
- d) internationale Darlehen für die Entwicklung zurückgebliebener Länder.²⁵

Die besondere Fundamenteigenschaft der ICU ist also die einer Institution, die multilateral "barter trading" (z. Dt.: Kompensationsgeschäfte) organisiert und auf Basis eines "Geldes" verrechnet, das lediglich bei der Verbuchung gelieferter Leistungen auf der Aktivseite des Lieferanten und auf der Passivseite des Verbrauchers in Erscheinung tritt, auf Geldverkehr im üblichen Sinne also völlig verzichtet. Man könnte sie durchaus mit einem Tausch-Ring der Nationalstaaten vergleichen. In Bank-Termini ausgedrückt, handelt es sich also um eine "Bank", die sich einer nicht konvertiblen Währungseinheit bedient, kein Liquiditätsproblem kennt, immer zahlungsfähig ist, nicht zusammenbrechen und

dementsprechend auch auf Reserven verzichten kann. Insofern kann auch darauf verzichtet werden, dass einzelne Mitgliedstaaten Vermögenswerte zur Verfügung stellen, um einen Kapitalstock für einen Fond zu bilden, der Kredite vergibt (wie das bei IWF und Weltbank der Fall ist).

Keynes selbst betonte, dass ein weiterer bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen (insbesondere sollte auch die Konvertibilität des Bancor in Gold explizit ausgeschlossen werden) und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann. Keynes pries bei seinem System auch den multilateralen Charakter des Beziehungsgeflechts von Handelsströmen, denn ein Land wäre immer im Soll oder Haben mit der ICU als Ganzer und müsste nicht etwa warten, bis sein Gläubiger bzw. Schuldner seine Waren nachfragt bzw. ihm welche liefert. Dies war in der Tat zu Zeiten von Bretton Woods weniger selbstverständlich als dies heute der Fall ist: Zum einen war der Anteil des internationalen Handels am Handel insgesamt weit geringer; zum anderen war internationaler Handel oft bilateral gebunden und – soweit multilateraler Natur – häufig/typischerweise Gold-vermittelt.

Wir haben heute einen funktionierenden, wenn auch nicht gleichgewichtigen multilateralen Welthandel ohne Bancor, der auch nicht mehr durch Gold vermittelt ist. Aber an die Stelle des Goldes traten die sog. Leitwährungen, insbesondere der US-Dollar. Das war aber genau, was Keynes verhindern wollte: "Und damit Pfund Sterling und Dollar nicht als Konkurrenz zum Bancor in Zentralbankreserven auftreten können, müssten die Gründerstaaten übereinkommen, dass sie die Reserveguthaben anderer Zentralbanken ... nicht anerkennen werden ..."²⁶

Man muss kein Moralist sein, um das heutige System der Leitwährungen für ungerecht zu halten: Ökonomischen Disparitäten wird dadurch nicht etwa entgegengewirkt, sondern sie werden im Gegenteil verstärkt. Dazu einige Zusammenhänge: Die Unternehmen und Banken im Leitwährungsland können in der heimischen Währung kalkulieren, Kosten für Kurssicherungsgeschäfte

und Wechselkurs-Provisionen entfallen für sie völlig und werden auf das Ausland abgewälzt. Der übrige Welthandel muss – auch für den Handel untereinander – in der Leitwährung liquide sein, denn 90% des gesamten Welthandels werden in den drei Leitwährungen US-Dollar, DM und Yen abgewickelt. Die Leitwährungen setzen sich schließlich auch als internationales Wertaufbewahrungsmittel durch: Nicht nur werden 60% der Hartwährungsvorräte aller Notenbanken in US-Dollar gehalten, sondern auch beinahe die Hälfte der gesamten privaten Ersparnisse. Selbst chinesische Bauern sammeln Überschüsse in Dollar-Noten. (Deshalb weiß die Fed bei ihrer Stabilitätspolitik stets die halbe Welt auf ihrer Seite, auch wenn sie dadurch den Rest der Welt zu einer restriktiven Geldpolitik zwingt, die dem selben Rest der Welt gar nicht so zuträglich ist.)

Durch die genannten Zusammenhänge wird ein Nachfrageschub nach Leitwährung induziert, der bequem mit einer Ausweitung der Geldmenge in Leitwährung beantwortet werden kann, ohne dass dadurch unmittelbare Inflationsgefahren für das Leitwährungsland drohen. Denn das Geld wird ja "draußen" gebraucht und ist insofern im Inland nicht nachfragewirksam. Der dadurch entstandene zusätzliche Notenbankgewinn kommt aber natürlich dem Leitwährungsland zugute. Als Leitwährungsland lässt es sich schließlich auch dann noch gut leben, wenn man vom internationalen Gläubiger zum internationalen Schuldner mutiert ist (wie im Falle der USA geschehen). Denn die Verschuldung in der eigenen Währung gestaltet sich vergleichsweise problemlos: "We just print the money!"; z. Dt.: "Wir drucken einfach das Geld!"

Keynes konnte sich mit seinem Plan in Bretton Woods nicht durchsetzen. Statt dessen kam der amerikanische "White-Plan" zum Zuge, ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar im Mittelpunkt, indirekter Goldbindung (über den Dollar) und selbstverständlich einer positiven Verzinsung der Überschüsse. Keynes äußerte sich inoffiziell zum White-Plan mit den Worten: "Das ist kein Währungssystem mehr, sondern eine Kneipe, in der der bezechte Wirt seine Gäste verführt mitzuhalten. Wer unangemessen nüchtern bleiben will, fliegt raus. Der

beschwipste Wirt setzt ihn eigenhändig vor die Tür."²⁷

Die USA waren nicht nur die wirtschaftliche Siegermacht des 2. Weltkrieges, sondern auch seit 1917 in der Position eines Weltgläubigerlandes. Somit entsprach der "White-Plan" den ökonomischen und politischen Interessen insbesondere der USA.²⁸ Deshalb – und nicht etwa, weil er nicht praktikabel gewesen wäre – wurde der Keynes-Plan in Bretton Woods verworfen. Keynes selbst hat immer betont, dass sein System nicht nur eine schöne Idee sein soll, sondern auch in der Praxis anwendbar ist. Und zwar unabhängig von der jeweiligen Regierungsform und den Prinzipien der Wirtschaftspolitik der betreffenden Mitgliedstaaten. In diametralem Gegensatz dazu steht die heutige Praxis der obligatorischen Einflussnahme des IWF auf die Verwendung der Kredite, die die notleidenden Empfängerländer erhalten.

Genau um der Gefahr einer Praxis wie der heutigen des IWF entgegenzuwirken, wollte Keynes eine epochale Änderung und "... nicht nur dem Schuldnerland, sondern auch dem Gläubigerland eine Mitverantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung auferlegen. ... Die Absicht ist, dass es dem Gläubiger nicht erlaubt sein sollte, vollkommen passiv zu bleiben. Denn wenn er das ist, wird dem Schuldnerland, das aus diesem Grund sowieso schon in der schwächeren Position ist, eine nicht zu verantwortende Last aufgebürdet."²⁹

Was könnte eine an Keynes orientierte Weltwährungsordnung für die Welt leisten?

- Eigenständige Einzelstaaten mit eigenen, binnenwirtschaftlich stabilisierten Währungen, die mit einem neutralen Bindeglied verkoppelt werden.
- Gerechtere und ausgleichendere Währungsverhältnisse in den einzelnen Ländern, die für langfristig stabile und friedfertige Verhältnisse als notwendig vorausgesetzt werden müssen.
- Gute währungspolitische Voraussetzungen für eine echte realwirtschaftliche Konvergenz. An die Stelle der bisherigen Polarisationsprozesse treten Angleichungsprozesse.
- Ein System, das sich offen zeigt für die freiwillige Teilnahme von Ländern aus allen Erd-

teilen, die Stück für Stück unter Zuhilfenahme der ihnen gewährten zinslosen Darlehen (s.o.) ihr Wirtschaftspotenzial allmählich und behutsam ausbauen, ohne über Schuldenspiralen in wirtschafts-imperialistische Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten.

Es grenzt an Blasphemie, wenn heute – teilweise sogar an Universitäten – so getan wird, als seien die Institutionen Weltbank und IWF in ihrer gegenwärtigen Form irgendwie auf Keynes zurückzuführen. Einer, der es besser weiß, ist der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel, der die Auffassung vertritt, dass die Umsetzung des Keynes-Planes heute aktueller ist denn je. „Der Finanz-Globalismus“ – wie Hankel ihn nennt – „wäre unter Kontrolle gestellt. Er wäre gezähmt und betriebssicher ..., denn Währungsschwankungen fänden kaum noch statt, und mit dem Währungsrisiko gingen sowohl die Spekulationsgeschäfte wie die Crash-Gefahren zurück. Die internationale banking community käme wieder an die Leine eines zur Weltzentralbank aufgewerteten IWF. Die internationalen Finanzmärkte hörten auf, ein Jagdrevier für Kredithäie und Hasardeure zu sein.“³⁰

Der letzte deutsche Bundeskanzler, dessen wirtschaftspolitische und auch weltwirtschaftspolitische Kompetenz nicht in Zweifel zu ziehen war und auch nicht gezogen wurde, nämlich Helmut Schmidt, kommentierte die Problematik in der „Zeit“ wie folgt:

„So wie der Luftverkehr selbstverständlich weltweit akzeptierte Regeln und Kontrollen braucht, so brauchen wir dringend Regeln für den internationalen Geldverkehr. Denn die Funktionstüchtigkeit eines freien Welthandels und eine gut funktionierende Weltwirtschaft sind für 6 Mrd. Menschen wichtiger als die exzessive Freiheit einiger zehntausend habgieriger Dealer, die auf den Finanzmärkten herumtoben.“³¹

Wir sollten zumindest wieder zu einem Konsens darüber zurückfinden, dass die Marktwirtschaft nicht Selbstzweck sein darf, sondern auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung im Dienste der Bedürfnisse der Menschen stehen muss. Und dass deshalb auch nicht der Mensch um des Weltmarkts willen, sondern allenfalls

der Weltmarkt um der Menschen willen da sein muss. Wer den globalen Markt will, muss auch eine globale Rahmenordnung des globalen Marktes wollen – oder wenigstens akzeptieren.

Anmerkungen

- 1 „Die neuen Jakobiner“, in: ‚Der Tagesspiegel‘ am 27.09.1999 (vom Wall Street Journal übernommene Editorials)
- 2 gem. Robert B. Reich, ehemaliger Arbeitsminister und Chefberater der Regierung Clinton (siehe „Die Bedürfnisse sind grenzenlos“, Interview in: ‚Der Spiegel‘ No. 31/1998)
- 3 vgl. Lafontaine, S. 298
- 4 nach einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums in einer Antwort auf eine Bundestagsanfrage der SPD, zit. nach Martin/Schumann, S. 101
- 5 vgl. Brozus, S. 62
- 6 vgl. Wachtel, Howard M.: „Steuern im globalen Zeitalter“ in ‚Der Tagesspiegel‘ vom 26.09.1999; Wachtel ist Professor an der „American University“ in Wash., D.C. sowie Direktor des Bereichs Steuerangelegenheiten des IWF und hat sich im Rahmen seines Forschungsaufenthalts an der FU im WS 99/00 mit nachteiligen Effekten der Globalisierung befasst.
- 7 vgl. ebd.
- 8 vgl. Scharpf, S. 243 ff.
- 9 Das hat neben dem bereits erwähnten französischen Premierminister Jospin z.B. auch Oskar Lafontaine bereits während seiner Amtszeit zumindest ansatzweise, deutlich, ausführlich und unmissverständlich aber vor allem in seinem Buch getan, wo er u.a. schreibt: „Sozialdemokratische Politik wird in Zukunft nur noch möglich sein, so erkannte ich, wenn sich die Funktionsweise der Weltfinanzmärkte ändert.“ (S. 201)
- 10 vgl. Lafontaine, S. 270
- 11 vgl. ebd., S. 272
- 12 vgl. ebd., S. 269
- 13 zit. nach Lafontaine, S. 281
- 14 siehe Kränzle, S. 19
- 15 Soros, S. 19
- 16 vgl. Soros, S. 178
- 17 vgl. Sachs
- 18 gem. Informationen von WEED; siehe Literatur
- 19 vgl. Martin, S. 119
- 20 vgl. dazu auch Falk
- 21 vgl. OECD Historical Statistics, IMF May 1999, 93; zit. nach Altwater, Elmar: „Den Mechanismus der Globalisierung regulieren“, Eröffnungsvortrag zum Alternativen Weltwirtschaftsgipfel am 17.06.99 in Köln, S.7 (Manuskript beim WEED gegen Kosten-erstattung erhältlich)
- 22 GrossDomesticProduct (GDP), das angelsächsische Pendant zum BIP
- 23 gem. BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich), Basel
- 24 Keynes, S. 330
- 25 ebda., S. 331
- 26 ebda., S. 338
- 27 zit. nach Hankel 1986, S. 75
- 28 vgl. Suhr, S. 123 ff
- 29 Keynes, S. 335
- 30 siehe Hankel 1998
- 31 Helmut Schmidt: „Der globale Irrsinn“ in Die Zeit Nr. 37/1998, S. 1

Literatur:

- Brozus, Lars / Zürn, Michael: "Globalisierung – Herausforderung des Regierens" in: Informationen zur politischen Bildung No. 263 "Globalisierung", 2. Quartal 1999
- Falk, Rainer: WEED-Kurzmemorandum zum G7/G8-Gipfeltreffen in Köln, <http://www.weedbonn.org/>
- Fischer, Malte: "Wenig wirksam – Immer mehr Ökonomen fürchten, dass die Liberalisierung der Finanzmärkte zu weit gegangen ist" in Wirtschaftswoche Nr. 39/1999, S. 43-47
- Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie, München 1998
- Godschalk, Hugo / Suhr, Dieter: Optimale Liquidität, 1986
- Hankel, Wilhelm: "Euro – Ende des Sozialstaates, Schach dem Globalismus?" Vortragsveranstaltung im Rahmen des Studium-Generale-Zyklus "Energie – Umwelt – Gesellschaft" im WS 1989/99 an der Freien Universität Berlin am 28.10.1998; dokumentiert im 4-seitigen Handout zu dieser Veranstaltung
- Hankel, Wilhelm: John Maynard Keynes – Die Entschlüsselung des Kapitalismus, München 1986
- Keynes, John Maynard: Vorschläge für eine Union für den internationalen Zahlungsverkehr (International Clearing Union), in: Wesen und Funktion des Geldes, Stuttgart 1989
- Kränzle, Karl: "Der Abschwung in Asien beschleunigt sich / Turbulenzen noch lange nicht vorbei" in: Der Tagesspiegel No. 16.425, 13.08.1999, S. 19
- Lafontaine, Oscar: Das Herz schlägt links, München 1999
- Martin, Hans-Peter / Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle, Hamburg 1996
- O.V.: "Die Bedürfnisse sind grenzenlos", Interview mit Robert B. Reich in: 'Der Spiegel' No. 31/1998
- O.V.: "Die neuen Jakobiner" in 'Der Tagesspiegel' am 27.09.1999 (vom Wall Street Journal übernommene Editorials)
- Plate, Bernhard v.: "Grundelemente der Globalisierung" in: Informationen zur politischen Bildung No. 263 "Globalisierung", 2. Quartal 1999
- Sachs, Jeffrey, Direktor des Instituts für internationale Entwicklung an der Harvard University: "IWF – Machtinstanz ohne öffentliche Kontrolle", ursprünglich veröffentlicht in der Financial Times, in einer deutschen Übersetzung unter <http://www.weedbonn.org/>
- Scharpf, Fritz W.: "Demokratie in der transnationalen Politik" in Beck, Ulrich: Politik der Globalisierung, Frankfurt/M 1998
- Schmidt, Helmut: "Der globale Irrsinn" in 'Die Zeit' Nr.37/1998, S. 1
- Soros, George: Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998
- Trabold, Harald: "Gesellschaftliche Auswirkungen internationaler Wirtschaftsentwicklungen" in: Informationen zur politischen Bildung No. 263 "Globalisierung", 2. Quartal 1999
- Wachtel, Howard M.: "Steuern im globalen Zeitalter" in Der Tagesspiegel vom 26.09.1999
- WEED Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Berthavon-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn: diverse Informationen insbesondere betreffend aktuelle Entwicklungen der IWF-Politik und der Entschuldungs-Initiative; abrufbar über das Internet unter <http://www.weedbonn.org/>
- Welter, Patrick: "Guter Kapitalismus, schlechter Kapitalismus – John Gray wettet gegen Laissez-faire und freie Märkte" in: Der Tagesspiegel Nr. 16.842 vom 13.10.1999

"Keynes' Vision einer Weltordnungspolitik" bei den Vereinten Nationen im Gespräch

"Die Architektur der internationalen politischen Strukturen nach dem Zweiten Weltkrieg war in mehrfacher Hinsicht fortschrittlicher als die heutige. Es gab eine integrierte Sichtweise der Vereinten Nationen und der Bretton Woods-Institutionen, die als Teile des gesamten UN-Systems zusammenarbeiten sollten.

Keynes ging noch viel weiter als es die Regierungen damals bereit waren, zu akzeptieren. ... Keynes stellte sich den IWF als eine Weltzentralbank vor, die eine eigene Reservewährung (Bancor) herausgeben sollte. ... Keynes wollte, dass die Last der Strukturanpassung sowohl von Ländern, die Überschüsse, als auch von solchen, die Defizite erwirtschaften, gemeinsam getragen werden.

Er stellte sich sogar eine Strafzinsrate von 1% monatlich auf besonders hohe Handelsüberschüsse vor. In der Praxis haben die Länder, die Defizite erwirtschaften (meistens Entwicklungsländer), die Hauptlast der Anpassung tragen müssen – mit Ausnahme der USA, die eine Strukturanpassung umgehen können, weil durch ihr Defizit Dollars für die Liquidität des globalen Systems bereitgestellt werden."

*aus: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.)
Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 (UNDP) Bonn 1999, S. 122.*

Jörg Gude:

Globalisierung und/oder Integration ?

Im ersten Buch Moses überliefert die Bibel die Geschichte vom Turmbau zu Babel. Darin hinderte Gott die Menschen an der Fortsetzung des Turmbaus, indem er ihnen verschiedene Sprachen gab und sie in alle Himmelsrichtungen verstreute. Ihre Verstreuung scheint im gegenwärtigen Zeitalter der Globalisierung überwindbar zu sein. Coca-Cola wirbt zum Beispiel mit dem Slogan "Erfrischung ohne Grenzen", womit ein sowohl geografisch als auch mengenmäßig unbegrenzter Konsum gemeint ist. Und die Citibank empfiehlt sich mit dem Slogan "The Citi never sleeps". Die Citibank schläft nicht, d.h. sie ist immer beschäftigt, arbeitend, spekulierend, immer im Geschäft. Weil irgendwo auf der Welt immer mindestens eine Börse geöffnet hat, muß die Bank immer mithalten und mithandeln. Die Citibank hat übrigens eine ganz bedeutende Position bei der Emission von Optionen und Derivaten. Diese zeitlich unbegrenzte Geschäftigkeit auf den globalisierten Finanzmärkten missachtet die Unterschiede zwischen Tag und Nacht, Werktag und Sonntag und sie ebnet die zu allem Leben gehörenden Rythmen ein.

Ist also das, was gegenwärtig im Zeichen der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung vielfach Globalisierung genannt wird, tatsächlich ein Zusammenwachsen aller Menschen der Erde zu einer Welt(bürger)gesellschaft? Angesichts der sich weiter öffnenden Kluft zwischen Reichtum und Armut innerhalb der Industrieländer sowie zwischen Nord und Süd bedeutet Globalisierung bislang offensichtlich gerade nicht Integration im Sinne einer Vielfalt in der Einheit. Stattdessen führt sie aufgrund der Konzentration von Unternehmen zu multinationalen Firmen zum Verlust von Vielfalt und zu einer Uniformierung der Welt (McDonaldisierung). Eine wirkliche weltwirtschaftliche Integration erfordert offensichtlich andere als die bisherigen Formen.

Integration bedeutet "die (Wieder-)Herstellung einer Einheit; Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes".¹ Daneben gibt es

spezielle, auf bestimmte Wissensgebiete, z.B. auch die Wirtschaft oder die Mathematik bezogene Integrationsbegriffe.

Laut Brockhaus² bezeichnet Integration in wirtschaftlicher Hinsicht den Zustand und den Prozeß der Verschmelzung wirtschaftlicher Einheiten zu größeren Einheiten, im binnenwirtschaftlichen Bereich u.a. die Unternehmenskonzentration und die Vereinigung von regionalen zu überregionalen Märkten. In der Integration der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist vor allem der Freihandel zu nennen, ebenso die Aufgabe nationaler Souveränität und Übertragung auf internationale Organisationen.

Globalisierung versus Integration

Integration mehr verstanden als Verhältnis von Austausch, Berührung, Gegenseitigkeit in den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen kann auch in einen Gegensatz zur Globalisierung gestellt werden. Globalisierung erscheint dann als ein bewußtes Ausbrechen der Wirtschaft oder der Investoren und Unternehmer aus der Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Integrationsaufgabe im regionalen, nationalen oder kontinentalen Raum.

Warum dieses Ausbrechen? Die intensivere Beackerung des ursprünglichen heimischen Marktes bedeutet Intensivierung des Wettbewerbes, Verminderung der Preissteigerungspotentiale auf den Absatzmärkten oder gar zurückgehende Preise und Erlöse, Verringerung der Kapitalrenditen. Globalisierung bedeutet deshalb ein Ausweichen von Investitionen und Absatz in unternehmerisches Neuland, die dem Renditeverfall entwickelter und reifer Märkte in den bereits durchindustrialisierten Ländern weitgehend entzogen werden sollen. Zugleich werden Arbeitnehmer unterschiedlicher Betriebsstätten und Länder gegeneinander ausgespielt.³ Aus dem Gesichtspunkt einer von Keynes und Gesell her erwarteten Situation der Senkung des langfristig erzielbaren Habenzinses gegen Null, "des sanft-

ten Todes des Rentners“⁴ ist dies zweifelsohne eine Gegenbewegung oder ein Rückschlag.

Zur Dialektik von Globalisierung und Integration gehört andererseits aber auch eine teilweise verständliche Nachfrage nach Globalisierung und auch Integration in den Ländern und Volkswirtschaften, die jetzt Ziel der Globalisierungsbemühungen sind. Sie wollen über ausländische Direktinvestitionen, Unternehmenskooperationen oder schlicht über die Einfuhr von im Ausland produzierten Investitions- oder Konsumgütern Anschluß an eine weltweite Entwicklung finden. Global produzierte Güter werden zumeist auch zu festen Preisen angeboten. Der Preis für Coca-Cola in den USA beispielsweise schwankt kaum, differenziert nach unterschiedlichen Regionen. Preiseinheitlichkeit ist in vielen Ländern, gerade des Orients, ein Fremdwort. Handeln auf dem Basar ist angesagt. Was dies bedeutet, auch an Ausbeutungspotenzialen der Händler und Handelsstufen, kann kaum überschätzt werden. Was nützt es, wenn in islamisch geprägten Ländern zwar ein Zinsverbot gilt, aber im Handel große Gewinnmargen erzielbar sind und bezahlt werden müssen vom Verbraucher? In Vietnam gab es bis zu 10 verschiedene Handelsstufen, bis die Ware vom Bauern zum Letztverbraucher gelangte. Dass dies die Zustimmung der Arbeiter und Bauern für ihr System in Südvietnam nicht gerade beförderte, dürfte auch in der Bewertung des Systems im Vergleich zum kommunistischen Systems Nordvietnams nicht ohne Bedeutung gewesen sein.

Die Tendenz zur Preiseinheitlichkeit wird besonders deutlich in der EU mit ihrem einheitlichen Eurogeld. Die Außenpolitik der Nationen wird europäisiert und vereinheitlicht. Ein europäischer Staat ist in Sicht. Die Erweiterung der EU nach Osten zeigt deutlich diese Dynamik, die auch für andere Staaten- und Wirtschaftsblöcke, etwa im amerikanischen und vor allem südamerikanischen Bereich kennzeichnend ist. Die Dominanz des Wirtschaftlichen gegenüber nationalen oder regionalen Besonderheiten wird nirgends deutlicher.

Dies erscheint einerseits als eine neue imperiale Seite der Globalisierung. Andererseits machen sich die Menschen als politische Wesen

wie als Wirtschaftssubjekte in der Kommunikationsgesellschaft über Fernsehen und zunehmend das Internet selbst ein Bild von der sie umgebenden Umwelt und den verschiedenen Möglichkeiten ihrer Gestaltung sowie von Problembewältigungen. Nationale Machthaber, gleich ob demokratisch gewählt oder autoritär an die Macht gelangt, unterliegen damit einer Alternativbeschau durch die Regierten. Und die Menschen wollen zu ihrem Besten regiert oder wirtschaftlich versorgt werden. Was aber ist das jeweils Beste? In den Augen der Menschen das, was andere im eigenen oder fremden Land oder Wirtschaftsraum bereits haben, sie selbst jedoch noch entbehren müssen. Wenn die Regierung in der Türkei unfähig ist, auf eine Erdbebenkatastrophe auch unter Einsatz einer vorhandenen starken Armee die Probleme zu bewältigen, dann wird der Einsatz amerikanischer, deutscher oder israelischer Helfer gewünscht und das türkische Regime tut auch gut daran, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Katastrophenhilfe und Korruptionsbekämpfung sind nun also geeignete Exportartikel der Staaten, die diese Probleme besser in den Griff bekommen haben.

Die Nachfrage nach den – kurzfristig gesehen – besseren Lösungen und Versorgungsstandards erleichtert auch Liberalisierungsbestrebungen auf zuvor staatlich geregelten Märkten, wie Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung, Post und Telekommunikation sowie Bahnverkehr. Deutlich zugenommen hat die Ausgliederung einfacher Tätigkeiten oder hochspezifischer Arbeiten im EDV-Bereich. Reinigungskräfte werden kaum mehr bei den Firmen angestellt, deren Räume sie pflegen. Auch bei den öffentlichen Körperschaften findet man sie kaum noch, ein Ergebnis der dauerhaften Tariffucht vor hohen ÖTV-Tarifen.

Desintegration auf dem Arbeitsmarkt

Die Kehrseite dieser Entwicklung findet sich in der Struktur der Arbeitsverhältnisse. Die Neubegründung existenzsichernder Normalarbeitsverhältnisse mit Krankenversicherung und Rentenanspruch wird immer seltener. Der Anteil

der Zeitarbeitsverhältnisse, Arbeitnehmerüberlassungen, 630-DM-Arbeitsverhältnisse sowie der Scheinselbständigen wächst. Es muß den hiervon Betroffenen geradezu wie Hohn vorkommen, dass die Bundesregierung mit ihrer Gesetzgebung zu den Scheinselbständigen und 630-DM-Arbeitsverhältnissen jene in die Solidarpflicht für die immerhin normal gesicherten Arbeitnehmer einbezieht, denen sie als Belastete umgekehrt aber keine Solidarität durch Leistungen im Krankheits- oder Altersfall zukommen läßt. Die historische Fixierung der Sozialdemokraten auf das gewerkschaftlich abgesicherte Normalarbeitsverhältnis müßte angesichts der tatsächlich feststellbaren neuen Formen von Beschäftigungsverhältnissen, die weitgehend ungesichert sind, aufgegeben werden. Das Gesetz zur Eindämmung der Scheinarbeitsverhältnisse hat bisher auch nicht zu einer nennenswerten Neubegründung von Normalarbeitsverhältnissen geführt.

Gewerkschaftliche und tarifliche Errungenschaften werden unter den Vorzeichen der Globalisierung weitgehend abgebaut oder unterlaufen zugunsten einer Maximierung der Rendite des in die Unternehmen investierten Kapitals. VW beschäftigte in den Semesterferien Studenten. Von der IG Metall wurden diese Studenten bei oder nach Abschluß des Arbeitsvertrages aufgefordert, der Gewerkschaft beizutreten (wie berichtet, ohne eigentliche Rechte als Gewerkschaftsmitglied zu erhalten). Die Studenten erhielten geringeren Lohn als vergleichbar dauerhaft beschäftigte Arbeiter auch in ihrer Anfangszeit. Ein Student klagte daraufhin, nachdem er mehrere Jahre lang in den Semesterferien bei VW gearbeitet hatte, die Lohndifferenz ein. Vor dem Arbeitsgericht verteidigte sich VW mit dem Argument, es handele sich um sog. Werksstudenten, denen man in erster Linie einen Einblick in die Arbeitswelt geben wolle. Das Arbeitsgericht sprach nach dem Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" dem Kläger die Lohndifferenz zu. Heute stellt VW selbst keine Studenten mehr ein; ein Tochterunternehmen wurde gegründet, welches die Studenten einstellt und an VW verleiht. Die den Studenten gezahlten Lohnsätze je Stunde sind noch deutlich unterhalb des Lohnsatzes, der zuvor einem

Studenten zugebilligt wurde. Gegen diesen Trick und die Umgehung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gibt es derzeit wohl keine arbeitsrechtliche Handhabe mehr.

Bei den Arbeitgebern und ihren Verbänden ist nur noch von Tariffucht und Tariföffnungsklauseln – natürlich nach unten hin – die Rede. Tariftreue als grundlegende Rechtspflicht, die sich aus dem vorangegangenen Tun ergibt, nämlich dem Abschluß einer tariflichen Vereinbarung mit der Gewerkschaft als Vertragspartner, wird allmählich zu einem Fremdwort für Arbeitgeber. Insbesondere in der ostdeutschen Bauindustrie sind die Tarifverträge in der betrieblichen Praxis Makulatur und die untertarifliche Bezahlung ist die Wirklichkeit. Die Integration nicht nur der Arbeitslosen in das Beschäftigungssystem, sondern auch von arbeitenden Geringverdienern, Zeitarbeitern, Scheinselbständigen und Leiharbeitern in die dauerhafte soziale und Existenssicherung geht immer mehr verloren.

Alterssicherungssysteme

Die modern gewordenen Forderungen nach Übernahme eigener Lebensrisiken und privater Vorsorge für Alter und Krankheit gehen selbst in der Bundesrepublik Deutschland für weite Kreise der Bevölkerung an jeder nachvollziehbaren Wirklichkeit vorbei. Die Alterssicherung durch das 3-Säulen-Modell aus gesetzlicher Altersrente, Betriebsrente und Eigenvorsorge kommt wohl nur für die wenigsten in Betracht. Betriebsrenten oder vergleichbare betriebliche Altersversorgungen werden heute in den von der Globalisierung erfaßten und auch von ihr profitierenden Großkonzernen kaum noch für neu eingestellte Mitarbeiter gewährt. Hier fordert der Shareholder-Value-Gedanke Tribut in Form ständig steigender Unternehmensgewinne und Ausschüttungen an die Anteilseigner. Für den Arbeitnehmer als dem eigentlich wertschaffenden Faktor bleibt es immer mehr bei dem soziokulturellen Existenzminimum.. Dieses liegt in der Bundesrepublik Deutschland natürlich höher als in Bangladesch. Aber ausländische Arbeitskräfte, vor allem im Baubereich wie Türken oder Portugiesen mit einem Lebens- und Familien-

mittelpunkt in ihrem Heimatland können natürlich das bundesdeutsche Existenzminimum bei weitem unterbieten und tun dies auch.

Die derzeit vielfach propagierte Idee, die Alterssicherung über Aktien und Aktienfonds vorzunehmen, ist nur vordergründig reizvoll. Dabei werden meist Äpfel mit Birnen verglichen. Verzinsungen des in Börsenwerten eingesetzten Kapitals wie bestimmte Aktien, Fonds oder Aktienindices werden errechnet. Das Ergebnis lautet, dann lohnt sich die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren langjährigen Beiträgen nicht für die Arbeitenden. Also her mit der kapitalgedeckten Alterssicherung? – Nein. Schon Mackenroth hat in den fünfziger Jahren erkannt und ausformuliert, dass die Alterssicherung aus dem jeweiligen Sozialprodukt erbracht wird. Staat und Gesellschaft können sich den eingegangenen Verpflichtungen der Rentenversicherung nicht entziehen. Diese werden zugunsten der Anspruchsberechtigten auch dann zu erbringen sein, wenn die jüngere Generation auf ein Kapitaldeckungsverfahren umstellt. Und aus dem von dieser jüngeren Generation erwirtschafteten Sozialprodukt werden die Altansprüche erwirtschaftet werden müssen. Für die Erwirtschaftung von Kapitalerträgen der kapitalgedeckten Altersversorgung oder für den Erwerb dann im Altersfall veräußerter Aktien oder Fondsanteile müssen dann Jüngere als Käufer bereitstehen und einen werthaltigen Preis zahlen wollen und können. Ob sich schließlich die Aktienmärkte in der Zukunft so entwickeln werden wie in der Vergangenheit oder ob sie sogar möglicherweise wie in der Weltwirtschaftskrise zusammenbrechen werden, ist auch nicht sicher.

Die Integration des Verhältnisses der Generationen wird so nicht gefördert. Integrationsfördernd wäre dagegen eine Altersversorgung aus der Bodenrente nach der Verwirklichung einer freiwirtschaftlichen Bodenreform. Alle Menschen müssen nach gleichen Voraussetzungen Zugang zur Bodennutzung sowie Anteil an der Bodenrente haben, die als Alterssicherung, insbesondere auch für Mütter- und Erziehungsleistungen ausgestaltbar ist. Warum könnte diese Form der Alterssicherung integrationsfördernd sein? Ganz einfach deshalb, weil die Höhe der Bodenrente

vor allem in den besiedelten Bereichen der Städte und Innenstädte sowie der Gewerbegebiete vom Ausmaß gelungener Integration der Menschen und Wirtschaftssubjekte abhängt. Nur wo Menschen leben, bauen, Miete zahlen, einkaufen und ihre wirtschaftliche Aktivität entfalten, fallen Bodenrenten in nennenswerter Höhe an, die über die Besteuerung, Abschöpfung und Verpachtung als Mittel der Altersversorgung zur Verfügung gestellt werden.

Nationale und internationale Stabilisierung des Wirtschaftssystems

Es ist viel die Rede vom Casinokapitalismus, dem großen täglichen Spiel um die Devisenkurse. Dabei drohen langfristig m.E. noch größere Gefahren auf den Aktien-, Renten-⁵ und Immobilienmärkten, die sich bei einer Korrektur von Übertreibungen einstellen könnten und auf die reale Sphäre von Beschäftigung und Wachstum durchschlagen könnten.

Auf dem Devisenmarkt werden Währungen im Verhältnis zueinander gehandelt. Dem Gewinn der einen Seite stehen Verluste der anderen Seite in der Regel gegenüber. Das darf beim Erschrecken über die hohen täglichen Umsätze auf den Devisenmärkten nicht vergessen werden. Die Devisenpositionen werden zumeist nur kurzfristig gehalten in der sich nicht immer realisierenden Erwartung schnellen Kursgewinns. Keineswegs ist diese Art der Spekulation risikolos. Nahezu risikolos wird sie nur dann, wenn eine oder mehrere Notenbanken zur sogenannten Verteidigung einer irgendwie politisch gewollten Wechselkurslinie intervenieren, obgleich diese Linie aus Sicht der übrigen Marktteilnehmer unrealistisch ist. Nur so konnte auch Soros seine Milliarden Gewinne einstecken. Die Politik der Staaten und Notenbanken muß sich im globalisierten Kapitalmarkt der Beurteilung und Bewertung durch die Marktteilnehmer an den Devisenmärkten stellen. Kein auch noch so mächtiger und reicher Spekulant kann nach eigenem Gusto eine Währung in die Knie zwingen, wenn sich genügend andere Marktteilnehmer finden, die gegenhalten. Im Falle der Spekulation

gegen den französischen Franc hat Soros aufgeben und erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Denn die überwiegende Zahl der Marktteilnehmer sah eine Franc-Schwäche nicht gerechtfertigt. Gleichwohl soll allerdings auch die Spekulation in ihrer Wirkung auf die Realwirtschaft vor allem in den industriellen Schwellenländern nicht verharmlost werden. Dies erklärt auch die mit der Einführung des Euro noch nicht abgeschlossene Entwicklung zu Gemeinschaftswährungen oder Bindungen einzelner nationaler Währungen an eine andere Währung als Leitwährung.

Die Realisierung einer Tobin-Steuer von 1 % auf den Devisenhandelsumsatz zugunsten einer internationalen Gemeinschaft würde deshalb die Spekulation einschränken und deren Wirkungen dämpfen. Zugleich würde sie die chronische Abhängigkeit internationaler Organisationen von nationalen Zuwendungen ganz oder doch weitgehend beheben.

Im Bereich der Aktienmärkte sind spekulative Übertreibungen noch gefährlicher als im Devisenbereich. Vielleicht nimmt heute Alan Greenspan, der Chef der amerikanischen Notenbank, die Rolle als Warner und Mahner wahr. Warnungen vor Überhitzungen an der Wall Street sind sein dauerhaftes Thema. Zugleich ist er als Verantwortlicher der Geld- und Zinspolitik der Federal Reserve Bank bemüht, eine Krise nicht eintreten zu lassen.

Eine international erhobene Steuer auf Flugbenzin würde ökologisch positiv wirken und die ständige Steigerung des Flugverkehrs bei Güter- und Passagierbeförderung eindämmen.⁶ Eine stärkere regionale Integration wäre die Folge, da wegen der höheren Transportkosten die regionalen Anbauten von landwirtschaftlichen Produkten, Gewinnung von Rohstoffen und Produktionen sich besser vermarkten ließen.

Auch die Vereinheitlichung der Steuersysteme zumindest EU-weit wäre erforderlich, um ein finanzielles Ausbluten der Staatsfinanzen und einen ruinösen Steuerwettbewerb um die Gunst der Unternehmen und der Reichen zu vermeiden. Dabei sollte die Diskussion nicht nur auf die Einkommensteuer beschränkt bleiben. Gerade über eine unterschiedliche Ausgestaltung der Mehrwertsteuersätze, ihre Variation zur gezielten

Konjunktursteuerung und ihre Senkung zugunsten der Minderbelastung der sozial Schwächeren müßte gesprochen werden. In Frankreich hat man jüngst die Mehrwertsteuer für Handwerksleistungen drastisch gesenkt.

Die Vorschläge, die insbesondere der ehemaligen Bundesbankpräsident Tietmeyer zur verstärkten internationalen Frühwarnung und Aufsicht über Banken, Staaten und Devisenmärkte gemacht hat, sind sicherlich bedenkenswert. Hervorzuheben ist, dass Tietmeyer bei der Bewältigung von Schuldenkrisen einzelner Staaten und Volkswirtschaften auch einen Beitrag der privaten Gläubiger, insbesondere der Banken eingefordert hat. Was das Frühwarnsystem angeht, so darf aber auch nicht vergessen werden, daß ausgesprochene Warnungen oder ein negatives Rating eine Krise erst auslösen könnten.

In Deutschland ist viel die Rede von einer Förderung der Aktienkultur, also der Förderung der Bereitschaft von Geldbesitzern, ihr Vermögen in Form von Aktien zu halten oder von Unternehmern und Unternehmen, an die Börse zu gehen und sich über die Ausgabe von Aktien zu finanzieren. In der Tendenz ist aber auch Bedenkliches sichtbar geworden. Die in ihrer spekulationshemmenden Wirkung einer Tobin-Steuer auf dem Devisenmarkt ähnelnde Börsenumsatzsteuer, die bei wenigen Promille auf dem Kurswert lag, ist seit Jahren abgeschafft. Die EU-Richtlinie für die Altaxoverwertung durch die Kfz-Hersteller ließ Bundeskanzler Schröder durch Anweisung an seinen Umweltminister Trittin torpedieren – auf Geheiß der Lobby der Automobilindustrie. Schröder begründete dies ausdrücklich damit, daß die Aktienkurse der betroffenen Unternehmen Schaden nehmen könnten. Wo kommen wir eigentlich hin, wenn die Höhe der jeweiligen Aktienkurse durch staatliche Politik gerechtfertigt werden müssen und Politiker gegenüber dem Shareholder-Value-Ansatz keine Distanz einnehmen?! Wem im übrigen wirklich die Förderung der "Aktienkultur" am Herzen liegt, der sollte nicht auf die möglichst große Höhe der aktuellen Börsenkurse oder den Gewinn der gegenwärtigen Aktienbesitzer schauen, sondern auch auf günstige Einstiegsbedingungen für diejenigen, die sich

erst engagieren, also in Aktien einkaufen wollen.

Weiterhin bedenklich ist der auch in Deutschland wieder zugelassene Kauf oder Rückkauf eigener Aktien durch die sie ausgebende Aktiengesellschaft selbst. Dies war in Deutschland lange Zeit untersagt mit Rücksicht darauf, dass gerade in den 20er Jahren und in der Weltwirtschaftskrise Aktiengesellschaften Finanzmittel für den Aufkauf eigener Aktien zur Schönung des Börsenkurses aufwendeten statt für eigene unternehmerische Aufgaben. Auch wurden damit Mittel zur Sicherung oder Befriedigung von Drittgläubigern entzogen. Die Dominanz des Shareholder-Value führt zu einer immer stärker kurzfristig angelegten Orientierung des Managements, das den Börsenkurs ggfs. durch Rückkauf eigener Aktien durch die Gesellschaft stabilisieren muß.

Das Wesen des Casinokapitalismus ist die Zufälligkeit von Gewinn und Verlust, so wie er auch beim Spielen von Roulette im Casino eintritt. Eine Börsenanlage sollte sich dagegen von der Marktlogik her oder von einer subjektiven Beurteilung der Entwicklung von Märkten und Unternehmen her begründen lassen. Gut gemeinte Informationspflichten für das Management gegenüber der Öffentlichkeit, wie sie heute bestehen, aber m.E. besser entfallen würden, verpflichten zur sofortigen Meldung kursrelevanter Informationen. Gewinneinbrüche, gestiegene Gewinnerwartungen, die Hereinnahme von Großaufträgen, Unternehmenskooperationen und –zusammenschlüsse müssen sofort der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden und lösen fast automatisch Kursreaktionen aus, die sonst durch unterschiedliche Einschätzungen der Marktteilnehmer (Spekulationen) ausgeglichen und nicht eskomptiert wären. Eine scheinbare Objektivierung nimmt den Marktteilnehmern die Phantasie aus dem Spiel und macht die Börse zum Nachrichtenroulette. Gerade eine unterschiedliche Bewertung durch verschiedene Marktteilnehmer aber macht den Reiz und die dauerhafte Fortsetzung des Spiels um Kurse und Gewinne aus. Marktteilnehmer, die alle über die gleichen Informationen und Einschätzungen verfügen, verhalten sich wie die Lemminge. Die Gefahr

von Übertreibungen in die eine oder andere Richtung wächst, und damit auch die Gefahr der Instabilität.

Leistungslose Einkommen

Leistungslose Einkommen gibt es nicht nur in Gestalt des Zinses in Form des Liquiditätsvorteils des Geldes (gegenüber der Ware oder Dienstleistung) und des Bodenzinses. Neue Formen von Einkommen oder Einkommensbestandteilen, die möglicherweise leistungslos sind, sollten nicht übersehen werden. Die Ausbeutungsproblematik stellt sich über den Geld- und Bodenzins hinaus in anderen Bereichen. Zum Beispiel zählen Patente, Marken und Schutzrechte zu den Quellen dauerhaften Reichtums und dauernder Umverteilung. Mit einer Hitliste von Markenwerten kam die "Wirtschaftswoche" kürzlich heraus. Bauern müssen eine Lizenzgebühr entrichten, wenn sie bei Dritten Saatgut ankaufen, anbauen, ernten und aus der Ernte einen Teil dieser wieder als selbstgezogenes Saatgut verwenden. Die Landwirte insbesondere der Dritten Welt müssen befürchten, künftig über keinen Zugang zu heimischen Saaten zu verfügen, wenn Neuzüchtungen und genmanipulierte Arten auf den Markt kommen! Die Patentierung pflanzlicher, tierischer und menschlicher Eigenschaften oder Eigenheiten wird eine Quelle weitreichender Umverteilung und Umwertung aller Werte darstellen. Auf die mahnende Frage nach den menschlichen Grenzen, von denen die Bibel in der Erzählung im Zusammenhang mit dem Turmbau zu Babel spricht, sei erinnert. Die Dominanz einer Sprache im globalisierten Zeitalter, nämlich des Englisch-Amerikanischen, ist nebenbei bemerkt eine Bedrohung für eine Vielzahl von Sprachen und unterschiedlichen Ausdrucksformen der Völkernkulturen. Urvölker, Sprachen, Pflanzen und Tiere sterben immer schneller aus. So wie ein neutrales Geld als Kunstgeld wie die IVA bei Gesell oder der Bancor von Keynes in einem Weltwährungssystem statt des Dollars oder des Euro Vermittlung von Gegenseitigkeit im Austausch und Ausgleich von Salden darstellen sollte, sollte auch eine neutrale Sprache wie Ido oder Esperanto für den kommunikativen Ausgleich im

globalisierten System Welt sorgen, um einen kulturellen Imperialismus gar nicht erst entstehen zu lassen.

In der Arbeitswelt gibt es Ausbeutung in verschiedensten Formen. Eine häufig anzutreffende Form ist die Differenzierung zwischen Stammbelagschaft und angemieteten Leiharbeitern, Teilzeitkräften, Subunternehmern, Scheinselbständigen usw.. Das läuft auch auf eine Ausbeutung der Randbelagschaft durch die Stammbelagschaft hinaus, ein Punkt, der von den Gewerkschaften nicht gern zur Kenntnis genommen wird. Auch bei den jährlichen Tarifrunden mit ihrem Ritual geht es im Grunde darum, welche Arbeitnehmer in welcher Branche relativ mehr als die Arbeitnehmer anderer Branchen verdienen. Bereits zu der Zeit, als unter Tito das jugoslawische Modell des Genossenschaftssozialismus scheinbar blühte, gab es die Differenzierung zwischen den Genossen der Produktivgenossenschaft und bloßen beschäftigten Arbeitern oder Angestellten. In Japan hatten bis vor kurzem auch nur die Arbeiter und Angestellten großer Konzerne eine starke soziale Sicherheit; große Teile der Arbeiterschaft waren und sind unge sichert bei Zulieferern tätig. Die ständig steigende Differenzierung der Gehälter zwischen Arbeitnehmern und den als Agenten des Shareholder-Value-Ansatzes fungierenden Vorständen ist ebenfalls zu problematisieren, gleichfalls die gezahlten Abfindungen nach Unternehmenszusammenschlüssen und -aufkäufen. Zu nennen sind auch Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Preisstabilität darf auch nicht nur als Frage der Geldumlaufsicherung und Aufgabe der Notenbank oder eines Währungsamtes gesehen werden, sondern auch als Befassung mit den das Angebot und die Nachfrage sowie die Kosten bestimmenden Faktoren. Der Geldpreis (Zins) spielt dabei eine wesentliche Rolle. Aber auch das Nachfrager- und Verbraucherverhalten und die Markttransparenz sind von Bedeutung, wenn es gilt, das Einkommen möglichst effizient in Güterkäufe umzusetzen. Der Abbau der öffentlichen Bezuschussung der Länder für die Verbraucherzentralen, die die Qualität der Angebote vergleichen, ist vor diesem Hintergrund bedenklich.

Soziale Mehrgliederung als Gegengewicht zur wirtschaftlichen Eindimensionalität

Der unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus stehenden Dominanz des Ökonomischen könnte von politischer und gesellschaftlicher Seite eine soziale Mehrgliederung entgegengesetzt werden – etwa im Sinne der anthroposophischen sozialen Dreigliederung oder der von Johannes Heinrichs konzipierten sozialen Viergliederung.⁷ Wichtig ist letztlich, dass auch Verfechter der Geld- und Bodenreformgedanken die eindimensionale Betrachtung des Wirtschaftlichen überwinden und die Gesellschaft komplexer betrachten als der Neoliberalismus.

Globalisierung und Integration: Ein Ausblick

Die Globalisierung stellt in ihrer bisherigen Form eine Entfesselung der Kräfte des Kapitalismus dar, die lieber bis ans Ende der Welt gehen, als sich der Beschränkung der Renditen durch nationale Märkte zu unterwerfen. Globalisierung ist insoweit auch eine Ausweicherscheinung und eine Aufweicherscheinung gegenüber den nationalen politischen Instanzen, deren Ohnmacht immer deutlicher wird. Internationale Behörden und Einrichtungen werden erst noch wachsen müssen, um die Desintegrationswirkungen der Globalisierung zu bändigen. Andererseits darf nicht verkannt werden, dass auf ausländischen Märkten auch ein latentes Interesse an der Einbeziehung und Integration in den Weltmarkt besteht. Auf lange Sicht wird eine Reduktion der weltweit erzielbaren Renditen auch durch Globalisierung nicht zu verhindern sein. Dafür dürfte der Wettbewerb sorgen. Die Frage wird sein, wie das globalisierte anlagesuchende Kapital reagiert, wenn es weltweit keine neuen rentablen, ausbeutbaren 'Wachstumsmärkte' mehr erschließen kann. Aber schon jetzt offenbart die Schnelligkeit, mit der sich Unternehmenskonzentrationen heute weltweit vollziehen, auch die steigende Anfälligkeit für weltweite Krisen. Es ist Zeit für eine Umkehr vom Neoliberalismus zu verstärkter staatlicher, überstaat-

Ingeborg Wick:

Die Ausnahme und die Regel

Zum Verhältnis von formeller und informeller Arbeit in der Weltwirtschaft

Seitdem in der Entwicklungspolitik der 1970er Jahre der Begriff "Informeller Sektor" geprägt wurde, gab es eine Reihe unterschiedlicher Sichtweisen über dessen Definition, Merkmale, Entstehungsgründe und Perspektiven. Da der informelle Sektor eine wachsende internationale arbeitsmarktspezifische und ökonomische Bedeutung hat, wächst die Notwendigkeit einer begrifflichen Klärung, um angemessene Handlungsschritte entwickeln zu können.

Den Begriff "Informeller Sektor" hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Anfang der 70er Jahre geprägt. Inzwischen hat die ILO ihre Aussagen dazu grundlegend weiterentwickelt. Ursprünglich hatte sie den 'nicht-modernen' Arbeitssektor in den städtischen Gebieten der Entwicklungsländer im Blick. Dazu zählte sie zum Beispiel den Straßenhandel, kleine Gewerbebetriebe oder Heimarbeit, in denen die Beschäftigten geringe und unregelmäßige Einkünfte hatten, wenig qualifiziert waren, kaum Technologie einsetzen und vor allem keinen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz genossen. Informelle Arbeitskräfte wurden einem anderen Arbeitsmarkt zugeordnet als die im formellen Sektor Beschäftigten. Sie

sicherten vornehmlich ihre Reproduktion und ihre Subsistenz ab, während formell Beschäftigte der Logik des Marktmechanismus folgten.

Trügerische Hoffnung auf nachholende Entwicklung

Durch gezielte Ausbildung und Förderung – so die Hoffnung der ILO – könnte Informalität als eine Übergangerscheinung von einer ländlich-agrarischen zu einer städtisch-industriellen Gesellschaft betrachtet werden. Hier zeigte sich deutlich der Einfluss der Modernisierungstheorie, nach der den Ländern der Dritten Welt eine zeitverschobene Neuauflage der Entwicklung der westeuropäischen Wirtschaftsgeschichte vorausgesagt wurde. Gleichzeitig war die ILO auch von der Dependenztheorie beeinflusst, die die Abhängigkeit der Dritten Welt von den kapitalistischen Zentren beklagte und aufzulösen suchte. Der formelle und der informelle Sektor wurden einer hierarchisch strukturierten Weltwirtschaft zugeordnet, die es zu überwinden galt.

Die ILO empfahl, den informellen Sektor anzuerkennen und in staatliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu integrieren (Lizenzvergabe, Kreditzugang, Zugang zur städtischen Infrastruktur u.ä.). Ziel war die allmähliche Einbindung des informellen Sektors in die offizielle Wirtschaft. Heute jedoch hat sich aus der Sicht

Schluss von Seite 33:

licher und NGO-Kontrolle über die Weltmärkte, um mehr Raum für ihre wirkliche Integration zu schaffen.

Anmerkungen

- 1 Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bänden, 19. A., Stichwort Integration, 1 allg.).
- 2 Ebenda, 7) Wirtschaft.
- 3 Vgl. bereits Jörg Gude, Nach der Entscheidung für den Euro: Risiken und Perspektiven für Europa, Der Dritte Weg, 29. Jg./Nr. 10 (Okt. 1998), S. 13ff, hier S. 16 lSp..

- 4 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 7. A., Bertin 1994 (1. A. 1936) S. 317.
- 5 Für den Rentenmarkt vgl. Peter Warburton, Die Schuldenmaschine. Kapital außer Kontrolle, Stuttgart 1999.
- 6 Die EU-Kommission beabsichtigt zwar keine Flugbenzinsteuern, jedoch eine nach Lärm und Umweltverschmutzung der einzelnen Flugzeuge gestaffelte Abgabe für alle EU-weit einfliegen den Flugzeuge einzuführen.
- 7 Siehe Johannes Heinrichs, Sprung aus dem Teufelskreis. Logik des Sozialen und Natürliche Wirtschaftslehre, Wien 1997, S. 104ff mit besonderer Betonung der Integrationswirkungen.

der ILO das Problem der informellen Arbeit quantitativ und qualitativ drastisch verschärft. Von einem Übergangsphänomen oder einer Verbesserung der sozialen Lage der informell arbeitenden Menschen kann nicht mehr gesprochen werden. Der informelle Sektor beschäftigt inzwischen weltweit über 500 Millionen Menschen. Das entspricht einem Viertel der Welterwerbsbevölkerung. Der Anteil dieses Sektors am weltweiten Bruttosozialprodukt wird auf ca. 35 Prozent geschätzt.¹ In Lateinamerika wurden zwischen 1990 und 1994 mehr als 80 Prozent der neuen Jobs im informellen Sektor geschaffen. Die Beschäftigung wuchs hier pro Jahr um ca. fünf Prozent, während sie im formellen, also gesetzlich geschützten Sektor jährlich nur um ein Prozent anstieg. In Afrika sind 60 Prozent der städtischen Arbeitskräfte im informellen Sektor tätig. Neun von zehn neugeschaffenen Arbeitsplätzen entstehen in den Städten des schwarzen Kontinents außerhalb des formellen Sektors. In Asien stellten die informell Arbeitenden schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 1997 einen Anteil von 40 bis 50 Prozent aller städtischen Arbeitskräfte. Allein in Indonesien ist nach Schätzungen der ILO die Arbeitslosigkeit im Zuge der Asienkrise in den zwei Jahren von 1996 bis 1998 von 4 auf 20 Prozent gestiegen.²

Selbst in den Industrieländern schützt der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) den Anteil des informellen Sektors auf ein Drittel des Bruttosozialprodukts. Auch in Deutschland haben in den 90er Jahren die verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung wie Scheinselbstständigkeit, Heimarbeit, befristete Jobs, Leiharbeit, Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung (bis 1998) drastisch zugenommen. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks wächst seit 1989 die informelle 'zweite' Wirtschaft, in die Beschäftigte aus ehemals sozial abgesicherten Berufen abgedrängt werden, besonders stark an.

Informalisierung ist weiblich

Ein auffallendes Kennzeichen des informellen Sektors ist sein hoher Frauenanteil. Parallel zu

ihrem Anteil an den Armen und Analphabetinnen der Welt stellen Frauen in vielen Ländern etwa zwei Drittel der informell Beschäftigten. In den über 2000 'Freien Exportzonen' in etwa siebenzig Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beträgt der Frauenanteil an den ca. 27 Millionen Beschäftigten (nicht eingerechnet die 40 bis 70 Millionen Menschen, die in den chinesischen Sonderwirtschaftszonen arbeiten) zwischen 70 und 90 Prozent. Im Zuge nationaler und internationaler Migrationsströme haben in den letzten Jahrzehnten Millionen Frauen in fremden Ländern ein besseres wirtschaftliches Auskommen gesucht – als Hausangestellte, Fabrikarbeiterinnen oder auch Prostituierte. Aus den Philippinen wandern zwölfmal mehr Frauen als Männer auf der Suche nach Arbeit in andere Länder aus. Parallel zu den internationalen Migrationsströmen hat sich seit den 60er Jahren die Binnenwanderung vom Land in die Stadt weltweit intensiviert. Mit Ausnahme Afrikas betrifft auch dies mehr Frauen als Männer. Die meisten dieser Frauen sind unter 25 Jahre alt; 40 Prozent sind sogar jünger als 15 Jahre. In Deutschland betrug der Frauenanteil an den geringfügig Beschäftigten 1996 60 Prozent. Von den ausschließlich geringfügig Beschäftigten waren sogar 90 Prozent Frauen.³

Geschützte Arbeit: Produkt einer auslaufenden Epoche ?

Im Unterschied zu den 70er Jahren finden sich in der ILO heute Einschätzungen, die die Zunahme des informellen Sektors als Folge einer Strategie sehen, mit der die Weltwirtschaft seit den 80er Jahren umstrukturiert wird. Im Zuge der Flexibilisierung von Arbeit wird diese zunehmend auch informalisiert und sozialem Schutz entzogen, um Kosten einzusparen, die die formelle Beschäftigung mit sich bringt. Als wesentliche Ursachen für diesen Informalisierungsprozess werden die Reorganisation der Unternehmenspolitik mit weltweiten Auslagerungen an kostengünstigere Standorte, der Rückgang der industriellen Massenproduktion bei gleichzeitig wachsender Bedeutung des Dienstleistungssektors sowie die rasante technologische Ent-

wicklung angesehen. Das fordistische Wirtschaftsmodell, das sich bis in die 70er Jahre hinein durch stetiges Wirtschaftswachstum, hohe Gewinne und Lohnzuwächse, niedrige Arbeitslosigkeit und steigende Massenkaukraft auszeichnete und das ausgehend von den USA die westliche Wirtschaftspolitik der Zwischen- und Nachkriegszeit prägte, scheint aus historischer Perspektive eine Ausnahmeerscheinung gewesen zu sein. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann in den westlichen Industrieländern ein Prozess, der die informelle zugunsten der formellen, geregelten Lohnarbeit in den Hintergrund drängte. Dabei wurde die ungeschützte Arbeit in beträchtlichem Umfang in andere Weltregionen bzw. innerhalb der Industriegesellschaften in die Sphäre der Reproduktion und der Subsistenzwirtschaft verschoben. Nach der 'Weltssystemtheorie' von Immanuel Wallerstein⁴ haben sich in den letzten Jahrhunderten immer wieder neue Formen von Ungleichheit entwickelt, die stets Ausbeutung für die eine Seite und Wertschöpfung für die andere bedeuteten. Die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse sind Teil dieses Differenzierungsprozesses. Es besteht demnach ein Wechselverhältnis zwischen dem formellen und informellen Sektor, in dessen Ergebnis Ungleichheit produziert wird.

Heute werden durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik die formelle und informelle Arbeit neu verbunden, sei es durch direkte Auslagerungen in den informellen Bereich, sei es über Subunternehmer, die Aufträge an den informellen Bereich weiterreichen. Auf der Strecke bleiben dabei die sozialen Rechte der Beschäftigten, die seit dem 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung erstritten wurden. Vor diesem historischen Hintergrund wird die Anwendung des Begriffs 'informelle' Arbeit bzw. 'Informalisierung' problematisch. Denn er setzt eine Norm voraus, die eine historische Ausnahmeerscheinung ist. Die formelle, d.h. arbeits- und sozialrechtlich geschützte Arbeit ist das Produkt einer bestimmten Epoche, und sie ist international weit stärker in den klassischen Industrieländern verbreitet als in Entwicklungs- und Schwellenländern. Zudem ist die formelle Arbeit auch nur

ein Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, denn zu dieser zählen ebenso die heute unbezahlte Haus- und Familienarbeit (die sog. Reproduktionsarbeit), die Arbeit in der Subsistenzwirtschaft – und eben die informelle Arbeit.

Soll die Diskriminierung bekämpft werden, die über die Zuordnung zu einem dieser Arbeitsbereiche ausgeübt wird, dann müssen neben den wirtschaftlichen auch patriarchale und rassen-diskriminierende Strukturen aufgebrochen werden. Eine 'nachholende Entwicklung', durch die die informell arbeitenden Menschen in den formellen Arbeitsmarkt integriert werden, scheint angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr realistisch.

Anmerkungen

- 1 ILO (Hg.), World Labour Report 1997–1998, Industrial Relations, Democracy and Social Stability. Geneva 1998.
- 2 ILO (Hg.), wie Anm. 1. – DGB-Bildungswerk, Evangelische Akademien in Deutschland und Afrika-Süd-Aktionsbündnis (Hg.), Schattenwirtschaft und Gewerkschaften, Düsseldorf 1999.
- 3 Natascha David, Zwei Welten: Frauen und die Weltwirtschaft (hrsg. vom Bund Freier Gewerkschaften), Brüssel 1996. – Ingeborg Wick, Frauenarbeit in Freien Exportzonen, in: Christof Parnreiter et al. (Hg.), Globalisierung und Peripherie – Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien, Wien 1999. – Ingeborg Wick, Indonesische Billigproduktion für deutsche Modemultis – Ansätze für Alternativen, Südwind-Materialien Nr. 7, Siegburg 1999. – Ingeborg Wick, Das Kreuz mit dem Faden – Indonesierinnen nähen für deutsche Modemultis, Südwind-Texte Nr. 11, Siegburg 2000. – Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, Bonn. 1999, S. 93–101.
- 4 Immanuel Wallerstein, The Modern World System I, II und III, New York 1974, 1980 und 1989.

Globalisierung der Frauen

"Das Herzstück der Globalisierung ist abstrakt: der Finanzmarkt mit Aktien, Devisen und Derivaten. ... Doch für die Frauen rund um die Welt ist Globalisierung kein abstrakter Vorgang. Sie ist konkret und gegenwärtig: Textilarbeiterinnen aus der Oberlausitz verlieren ihre Arbeitsplätze an Frauen in Bangladesch. Philippinas putzen Gemüse und Küchen in Kuwait. Brasilianische Prostituierte bieten sich im Bahnhofsviertel von Frankfurt an. Frauen in der Karibik tippen die Buchungen US-amerikanischer Banken in den Computer. Und was gegessen wird, entscheiden Agrarmultis mit Novel food und Genmanipulationen und nicht mehr die Frauen."

Dr. Christa Wichterich, Die globalisierte Frau – Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek bei Hamburg 1998, S. 10–11.

B E R I C H T E

50 Jahre Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (SG)

50 Jahre sind noch kein Alter für eine historische Selbstdarstellung, sie sind wohl ein Anlass innezuhalten und sich im Rückblick wie in der Gegenwartsschau des Erreichten und des gegenwärtigen Standorts zu vergewissern. Wenn auch die Namen der Gründerväter nur noch den 'Alten' unter uns etwas sagen, sie zu nennen bleibt Chronistenpflicht: Dipl.-Ing. Kurt Seidler, Dr. phil. Friedrich August Ventker, Johannes Schumann, Dr. med. Wilfried Staubert, Dr. phil. Carl Gerdts – alle Hamburg. Als einziger noch Lebender der Gründergeneration konnte Dr. Staubert auf der Mitgliederversammlung der SG am 31. 3. 2000 und den nachfolgenden 27. Müндener Gesprächen begrüßt werden.

Es waren noch keine festumrissenen Aufgaben, die die ersten Jahre der SG bestimmten, bis sie in den 60er Jahren ein eigenständiges Gesicht suchte. Dazu hatten sich regionale Zweige gebildet, von denen der Rhein-Ruhr-Zweig und der Rhein-Main-Zweig besonders hervortraten. Unter Karl Walker hatte sich der Rhein-Main-Zweig durch wissenschaftliche Arbeiten zu tagespolitischen Fragen einen Namen gemacht, die in den SG-Kommentaren veröffentlicht wurden. Der Rhein-Ruhr-Zweig mit Dipl.-Vw. Bernd Hasecke, Albert Möllers und Karlheinz Jetzke trat durch die Gründung der "Akademie für Freie und Soziale Ordnung" hervor, die einmal jährlich eine Seminartagung in Dortmund anbot und dafür eine Finanzierung durch die Bundeszentrale für Politische Bildung erhalten konnte. Dieses Geld diente dann der Finanzierung der Zeitschrift "mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie", deren erste Folge im Dezember 1964 erschien. Die Redaktion bildeten damals Heinz-Peter Neumann, Claas-Hermann Jannssen alias Elimar Rosenbohm, Bernd Hasecke und Kurt Th. Richter. Der Verlust der finanziellen Förderung durch die Bundeszentrale brachte das Ende für die Akademietagungen und schließlich auch für die hoffnungsvoll begonnene Zeitschrift. Die

Aktiven des Rhein-Ruhr-Zweiges zogen sich aus der praktischen Arbeit zurück.

Desto stärker trat im Rhein-Main-Zweig Karl Walker in Erscheinung, der durch Bücher ("Das Geld in der Geschichte", "Geist und Weltgestaltung", "Konjunkturpolitische Betrachtungen" und "Neue Europäische Währungsordnung"), Vorträge, Schriften und Denkschriften sowie ein volkswirtschaftliches Planspiel für die SG nach außen wirkte. Wissenschaftliches Arbeiten bedarf der Unabhängigkeit, und es war deshalb Karl Walker, der daran arbeitete, der SG ein eigenständiges Profil zu geben. Nietzsche soll einmal sinngemäß gesagt haben: "Ich suchte große Menschen, fand aber immer nur Schauspieler ihres Ideals." Walker war ein großer Mensch. Erich Fromm hätte ihn eine authentische Persönlichkeit genannt, die den Mut hat, Sicherheiten aufzugeben, den Mut, sich von den anderen zu unterscheiden und die Isolierung zu ertragen, wenn er "an morschen Zäunen rüttelte". Die von ihm in Gang gesetzte Grundsatzdiskussion "Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Vorstellungen" hält über seinen Tod im Jahre 1975 hinaus an.

Mit der Übernahme des Vorsizes durch Dr. jur. Hans Doerner 1972, dem ich als 2. Vorsitzender zuarbeiten durfte, erhielt die SG nicht nur eine zeitgemäße Satzung, sondern die Zeitschrift "mensch-technik-gesellschaft" konnte zu neuem Leben erweckt werden, da die von Johannes Schumann 1973 in Hamburg gegründete Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit die Finanzierung von vier Folgen im Jahr garantierte. Dipl.-Sozialwirt Elimar Rosenbohm übernahm die Redaktion. Lange nach dem Erlöschen des Sitzmann Verlags in Lauf bei Nürnberg, wurde der Verlag von Christoph und Gabriele Gauke, damals noch in Hann.-Münden ansässig, als Fachverlag für Sozialökonomie gewonnen, in dem schließlich auch die Zeitschrift erschien.

Als Prof. Dr. Felix G. Binn zur SG stieß, trat ein Mann in den Mittelpunkt der Gesellschaft, der durch sein Exterieur, durch Beredsamkeit und sicheres Auftreten wie geschaffen schien, das freiwirtschaftliche Gedankengut nun auch überzeugend in die Wissenschaft zu tragen. 1976 trat Dr. Doerner als 1. Vorsitzender zurück und überließ Prof. Binn die Leitung der SG, damit dieser

uneingeschränkt agieren konnte. 1982 ging die Redaktion der "Zeitschrift für Sozialökonomie", wie sie sich von nun an nannte, von Elimar Rosenbohm auf Werner Onken über. Es folgten bedeutende Tagungen und Diskussionen, von denen hier nur der Internationale Wirtschaftspolitische Kongress in Wörgl vom 12.–15. Mai 1983 zur Erinnerung an das Freigeldexperiment in den Jahren 1932/33 genannt sei, an dem die SG mitwirkte. Die Aufarbeitung der Tagungsergebnisse brachte Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten freiwirtschaftlichen Organisationen, die schließlich zum Austritt von Prof. Binn führten. Wie immer, wenn sich alles der Strahlkraft einer Person unterordnet, wirkt der Verlust lähmend. Die SG musste wieder selbst laufen lernen.

Sie überstand den Sturz ins Ungewisse. Die Mitgliederversammlung 1984 in Osnabrück stellte die Weichen neu und wählte einen arbeitsfähigen Vorstand. Schon wurde der Gedanke an zwei repräsentative Vortragsveranstaltungen im Jahr geboren. Die Mündener Gespräche kündigten sich an. Die Frage wurde damit dringend: Wie sollte die nicht mehr personengebundene Außenwirkung organisiert werden, wie konnte aus Fehlern gelernt und Neues möglichst erfolversprechend in Szene gesetzt werden? Warum könnten wir nicht diejenigen, die uns nicht zur Kenntnis nehmen wollen, kontinuierlich als unsere Gäste einladen, denen wir zuhören, mit denen wir diskutieren, ohne sie unbedingt von unseren Ansichten überzeugen zu wollen? Gewinnen wir damit nicht eher Sympathie und Vertrauen als durch ständiges Besserwissen? Im Frühjahr 1986 starteten die ersten Mündener Gespräche, atmosphärisch noch ganz im alten Stil freiwirtschaftlicher Überzeugungsveranstaltungen.

Das hat sich bald gewandelt. Im letzten Neujahrsbrief konnte ich schreiben: "Mit dem Jahr 2000 gehen wir ins 15. Jahr der Mündener Gespräche, die nun schon längst das Stadium des Experiments hinter sich gelassen haben und zu einer Einrichtung geworden sind, die akzeptiert wird und zunehmend mehr Zuspruch findet. Von 25–30 Teilnehmern der Anfangsjahre hat sich die Besucherzahl auf 40–50 eingependelt, wobei die Tagung zum Euro mit 80 Teilnehmern herausragt. Die praktizierte Offenheit und der gewollte Wettbewerb der Meinungen sowie die ständig geübte

Praxis, die freiwirtschaftliche Theorie als gleichberechtigten Wettbewerber in den Diskurs mit einzubringen, sind zum Markenzeichen der Mündener Gespräche geworden.

Man kann also durchaus der Freiwirtschaftsidee auf zweierlei Weise dienen: Man glaubt unerschütterlich an sie, indem man sie gegen alle anderen Meinungen standhaft behauptet und durchzusetzen versucht, oder man fühlt sich mehr als Anbieter eines guten, ja ausgezeichneten Produkts und setzt sich den Wettbewerbsbedingungen des Meinungsmarktes aus, der keine guten oder schlechten Meinungen kennt, sondern nur erfolgreiche oder weniger bis gar nicht erfolgreiche, was dann gar nicht von der Qualität der Meinungen abzuhängen braucht, sondern gleichviel auch von der Art und Weise, wie die Meinung vertreten wird: rechthaberisch, andere Meinungen ausgrenzend, unsympathisch oder verbindlich, andere Meinungen einbeziehend, sympathisch. Die Mündener Gespräche sind heute bereits, so unvollkommen sie auch noch ihrem Anspruch genügen, zur tragenden Säule der Arbeit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft geworden. Von ihnen gehen Impulse aus, die als Rückkopplungseffekte über die Tagungen hinaus wirken.

Damit ist der Standort der SG beschrieben. Die Sozialreformen von Silvio Gesell sind die Basis der Arbeit, die konkrete Utopie. Aber die Gegenwart, ihre Probleme und Krisen immer nur an einem Idealzustand zu messen und ihren Zusammenbruch vorauszusagen, ist letztlich unfruchtbar. Diese Haltung hindert weitgehend daran, eine fehlerhafte Gegenwart und ihre Teilprobleme aktiv im freiwirtschaftlichen Sinne für den entscheidenden Wandel zu präformieren. Die Anschlussfähigkeit an das aktuelle politische Geschehen muss gewahrt und gefördert werden. Der Kapitalismus ist wandlungsfähiger geworden. Wir müssen ihm darin folgen.

Ekkehard Lindner

27. Mündener Gespräche am 1. und 2. April 2000

Als Ekkehard Lindner die Tagung eröffnete, gab er seiner Befriedigung über die wieder einmal hohe Teilnehmerzahl Ausdruck, die angesichts des "trockenen, profanen Themas" umso überraschender

sei. Daß das deutsche Steuersystem seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht werde, ist nach Ansicht des Tagungsleiters schon an dem hohen Anteil der Schattenwirtschaft am Marktvolumen (ca. 16 v.H.) erkennbar. Somit sei Steuerhinterziehung nur der illegale Versuch, Steuergerechtigkeit wieder herzustellen. Für Freiwirtschaftler läge natürlich der Gedanke nahe, die Steuern für "fundierte" Einkommen müßten erhöht, wogegen Arbeitseinkünfte weniger besteuert werden sollten. Die Frage nach Steuergerechtigkeit stand bei den meisten Referenten und Referentinnen auch im Vordergrund.

Der Vortrag von Dr. Sabine Seibold (Universität Göttingen) war eine fundierte Analyse deutschen Steuerrechts und damit zur Einführung in die Materie hilfreich. Unter dem Fokus der Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit und -transparenz stellte sie fest, daß die deutschen Steuergesetze weniger systematisch als historisch gewachsen sind. Verändert wurden sie im Lauf der Geschichte nur partiell. Ein Extrembeispiel ist die Sektsteuer, welche im Kaiserreich zur Finanzierung des Schlachtschiffbaus eingeführt, aber bis heute nicht abgeschafft wurde. Das deutsche Steuerrecht habe unter den Industrieländern zwar noch nicht die umfangreichsten Gesetze. Wegen der Unklarheit dieser Gesetze sei es aber eines der kompliziertesten. Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, Steuern müßten für den Zahler berechenbar sein, werde in der Praxis oft nicht realisiert. Ein weiteres gravierendes Defizit sei die fehlende Neutralität: gleiche Einkunftsarten werden, je nach Rechtsform, unterschiedlich besteuert. Seibold resümierte, gerechte Besteuerung sei grundsätzlich möglich, aber im vielschichtigen, komplexen deutschen Steuerrecht nur schwer realisierbar. Ansätze zu einer Besserung seien rechtlich z.B. im EU-Diskriminierungsverbot zu sehen, wirtschaftlich im internationalen Wettbewerb zwischen den Steuersystemen.

Der Beitrag von Helmut Creutz aus Aachen zeichnete sich durch gewohnte Souveränität und Praxisnähe aus. Er stellte das deutsche Steuersystem vor den Hintergrund des kapitalistischen Zinssystems und merkte einleitend an, daß die Entwicklung der Steuererträge seit 1960 weit hinter denen der Zinserträge zurückgeblieben sei. Und die Steuerbelastung der Arbeitnehmer ist seit 1950 wesentlich stärker angestiegen als die der Unternehmen. Daß

dies nicht notwendig so sein müsse, sei am Beispiel Japan erkennbar, wo die Unternehmen deutlich höher besteuert würden als die Beschäftigten. Weitere Indizien für eine fehlgeleitete Steuer- und Finanzpolitik seien der Anstieg der Sozialausgaben trotz Wirtschaftswachstum sowie das Sinken der Nettolöhne trotz wachsender Bruttoeinkommen. Ein alternatives Steuersystem müßte viel mehr als bisher beim Verursacher sozialer und ökologischer Kosten ansetzen. Das heißt, Steuern sollten sich künftig mehr am Verbrauch – also an den Ausgaben – orientieren denn am Einkommen. Dadurch würden zudem neue Anreize zu umweltfreundlichem Konsum- und Investitionsverhalten geschaffen. Creutz versteht seine Ansätze zu einer Steuerreform mehr als Vorentwurf. Sie waren sicher nicht nur für die freiwirtschaftlich eingestellten Zuhörer interessant, zumal sie auch mit herkömmlichen Formen der Marktwirtschaft vereinbar erscheinen, zumindest auf den ersten Blick.

Professor Johannes Jenetzky von der Fachhochschule für Finanzen in Ludwigsburg hält Steuern gegenwärtig für gänzlich reformunfähig. Er stellte das kommunistische, das herrschende finanzkapitalistische und das freiwirtschaftliche Steuermodell nebeneinander. Kommunistische Steuersysteme seien lediglich primitive Geldbeschaffungsmechanismen, weshalb sie im Vortrag auch nicht weiter behandelt wurden. Das finanzkapitalistische würde nur funktionieren, solange die Rendite des Sachkapitals die des Geldkapitals nicht übersteigt. Ähnlich wie Creutz wies Jenetzky darauf hin, daß eine am Einkommen orientierte Steuer kontraproduktiv zu umweltpolitischen Zielen sei, weil die Lenkungselemente Einkommen und Ökologie sich gegenseitig hemmten. Eine noch so konstruktive Steuerreform würde im Kapitalismus das Grundproblem nur abschwächen, jedoch nicht lösen. In einer freiwirtschaftlichen Ordnung dagegen müsse sich Geld nicht mehr rentieren, weshalb dann u.a. keine Kapitalertragsteuer mehr erforderlich sei. Ohne den Zinseszineffekt würde auch eine progressive Besteuerung überflüssig werden. Staatsausgaben wie auch der öffentliche Finanzbedarf würden ohnehin drastisch zurückgehen. Denn die weitgehende Selbststeuerung der Wirtschaft ließe eine Reduzierung staatlicher Korrekturen in hohem Maße zu.

Bernhard Zentgraf vom niedersächsischen Bund der Steuerzahler befaßte sich mit dem stets aktuellen Thema Steuerverschwendung und stellte dies in anschaulicher, praxisorientierter Weise dar. Ausgehend von Milton Friedmans These, der Mensch sei beim Geldausgeben schrankenlos, wenn es um fremdes Geld für fremde Zwecke ginge, nannte er reale Beispiele kommunaler Geldverschwendung. Verstöße gegen den Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit sind nach Ansicht von Zentgraf weit verbreitet. Gründe seien u.a. kollektive Unverantwortlichkeit, undurchsichtige Gesetze, Prestigestreben und das Jahresausgleichsprinzip. Ohne Steuerverschwendung ließen sich Steuersätze erheblich senken, etwa die Umsatzsteuer von 16 auf 12,5 v.H. Rechnungshöfe hätten wenig Einfluß, weil deren Einsprüche in den Parlamenten oft verschleppt würden. Das stärkste Schwert des Steuerzahlerbundes sei die Öffentlichkeit. Daneben stellten straf- und disziplinarrechtliche Normen nicht zu unterschätzende Hilfsmittel dar.

Die Analogie zwischen vielen Vorgängen in der Volkswirtschaft einerseits und in der Natur andererseits wurde im folgenden Vortrag wieder einmal mehr illustriert. Hier durch Dr. Josef Richter, ehemals Leiter der Landesanstalt für Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Einerseits hat Wachstum in der Natur gesündere Ausmaße als in der Wirtschaft. Radikale Naturschützer sind nach Richter aber nicht unbedingt im Recht, weil Pflanzen und Tiere sich oft gut mit menschlichen Eingriffen in die Landschaft arrangieren können. Richter zog eine Parallele zwischen freiwirtschaftlicher Wachstumsskepsis und der Forstwirtschaft: eine ständige Steigerung des Waldwachstums wäre ökologisch wie forstwirtschaftlich schädlich. Auch volkswirtschaftliche Umsätze könnten nicht in gleichem Maße ansteigen wie die Arbeitsproduktivität. Deshalb müsse ein Weg von quantitativem zu qualitativem Wachstum gefunden werden, was jedoch sehr schwer sei. Arbeitszeitverkürzung sei in diesem Falle kein Königsweg. Der gegenwärtige Trend sei, künstlich immer mehr Nachfrage zu erzeugen. Diese Tendenz begünstige einen Ressourcenraub, welcher sich nur durch eine Umorientierung der Wirtschaft am Grundsatz der Nachhaltigkeit aufhalten ließe. Dieser Begriff entstammt ursprünglich der Forstwirtschaft. Danach dürfen in einer Periode nur so

viel Bäume gefällt werden, wie hinzuwachsen. Wenn das Thema Steuern in dem Referat auch nur am Rande zur Sprache kam, so befindet sich Richter doch im Einklang mit Creutz, indem er eine Umlenkung der Finanzströme durch Ökosteuern für notwendig hält.

Am folgenden Sonntagvormittag schloß Professor Dirk Löhr (Fachhochschule Trier) den thematischen Kreis, indem er noch einmal die Steuergerechtigkeit in den Mittelpunkt stellte. Obwohl die Diskussion in der Öffentlichkeit hauptsächlich um Steuersätze ging, sei die Bemessungsgrundlage von viel größerer Bedeutung zur Beurteilung von Gerechtigkeit. Daß die bundesrepublikanischen Steuern hauptsächlich einkommensabhängig sind anstatt konsum- und investitionsbezogen, sei nicht nur volkswirtschaftlich fragwürdig, sondern auch für die hohe Komplexität des Steuerrechts verantwortlich. Löhr schlägt deshalb eine Trennung der Bemessungsgrundlagen nach Investitionen einerseits und nach Konsum andererseits vor. Die Konsumausgaben eines Unternehmens sollten demnach progressiv besteuert werden, die Investitionsausgaben dagegen nur proportional. Auf diese Weise würde das Eigenkapital steuerlich weniger belastet als bisher und es sei weniger Fremdkapital notwendig. Ein solches System sei marktkonform, weil es den Steuergrundsatz der Entscheidungsneutralität besser berücksichtige und sich, wie es schon andere Referenten gefordert hatten, am Konsum orientiere.

Im abschließenden Rundgespräch wurde von den Zuhörern wie von den Referenten der Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und Wachstum erörtert. Jenetzky sprach sich gegen Verbrauchssteuern aus, weil Umweltbelastung nicht Folge von Gewinnstreben, sondern von ungehemmtem Wachstum sei. Creutz hielt ein Wachstum ohne Umweltverbrauch für unmöglich. Fritz Andres wies auf einen Widerspruch in freiwirtschaftlichen Kreisen hin: einerseits seien Freiwirtschaftler Wachstumsskeptiker, andererseits bemängelten sie den Zins mitunter wegen seiner wachstumsbremsenden Eigenschaften.

Erfreulich an den 27. Müндener Gesprächen war neben dem großen Zuspruch die Tatsache, daß Freiwirtschaftler nicht nur Grundlagenkritik üben können, sondern auch zu konkreten Partialanalysen imstande beziehungsweise für diese offen sind. Wieder einmal zu wünschen ist, daß die externen

Referentinnen und Referenten langfristig als Interessenten für alternative Wirtschaftsmodelle gewonnen werden konnten. *Christian Böttcher*

B Ü C H E R

Otfried Höffe Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

München, Verlag C.H. Beck, 1999, 476 Seiten.

Etwas anderes ist es, "Demokratie" als Schlagwort im Munde zu führen, als sie zu denken, gar weiterzudenken – was heute Voraussetzung dafür ist, sie zu praktizieren und institutionell weiterzuentwickeln. Das Denken und Weiterdenken von Demokratie geschieht derzeit allzu selten – in dem vorliegenden Werk des Tübinger Philosophen aber umso gründlicher. Zwar bemerkt er, daß die Fachliteratur dazu unüberschaubar sei, doch es ist nochmals etwas anderes, innerfachliche Spezialistenkontroversen zu führen als wirkliche, öffentlich diskutierbare Alternativen aufzuzeigen. Im letzteren Sinn haben wir m.E. ein ausgesprochenes und durchaus skandalöses Defizit an Demokratiebewußtsein und -diskussion. Dieses Defizit überwindet Höffe vor allem im Hinblick auf die Globalisierung, nämlich für die Demokratie auf Weltebene, in hervorragender Weise. Seine zentrale Aussage besteht im Postulat von Weltstaatlichkeit im Sinne einer föderativen Weltrepublik, welche die Nationalstaaten gemäß dem Subsidiaritätsprinzip (wozu der Autor einen seiner gekonnten Überblicke liefert: 126 ff) keineswegs obsolet macht. Mit dieser Position setzt er sich von "Globalisten", sprich einseitigen Internationalisten, wie J. Habermas, aber auch U. Beck, die mehr oder weniger stark das Ende der Nationen einläuten wollen, ebenso ab wie von Kommunitaristen, die weniger Sinn für die Notwendigkeit übergreifender weltstaatlicher Institutionen haben. Es ist schwer möglich, den reichen Inhalt dieses umfangreichen Demokratie-Kompandiums in seinen differenzierten, komprimiert lehrbuchartigen Unterscheidungen nochmals zusammenzufassen. Höffe stellt sich mit diesem Werk an die Spitze der universitären Demokratie- und Sozialtheorie in deutscher Sprache.

Ein Grundproblem wird gleich am Anfang – im Anschluß an eine wohlbegründete Kritik an S. Huntington's "Clash of Civilizations" – mutig angegangen: Es geht um Erklärung und Stellungnahme zum "Siegeszug der globalen Zivilisationsform", die wir meist die westliche nennen. "Weil sie, gegen Glaubens- und Heilsfragen indifferent, sich mit den verschiedensten Religionen verträgt, ist sie sowohl globalisierungsfähig als auch globalisierungsberechtigt: Wegen ihrer ‚multireligiösen Verträglichkeit‘ mutet sie keiner Religion eine Demütigung zu" (31). Hiermit ist die Unterscheidung zwischen wirtschaftlich-politischer Zivilisation und Religion getroffen. Es tritt – zumindest implizit – die im deutschen Sprachraum einst geläufige, heute wohl zu Unrecht diskreditierte Unterscheidung von Zivilisation und Kultur hinzu: "Zugunsten der genannten Zivilisationsform spricht auch der Umstand, daß die regionale Herkunft nicht wesentlich ist", nämlich nicht wesentlich für eine normative Modernität: "als Entfaltung eines allgemeinschlichen Potentials zu seiner vollen Wirklichkeit und Blüte"(31). Dieser Gedanke einer normativen Modernität/Modernisierung würde sicher eine ausführlichere Darstellung verdienen, auch ihre prinzipielle Abgrenzung von "spezifisch europäischen und spezifisch neuzeitlichen Elementen"(32). Schon die Unterscheidung von Religion, regionaler Kultur und allgemeinschlicher Rationalität der Zivilisation macht offenbar selbst diese normative Modernisierung aus, einschließlich der Aufklärung im Sinne reflexiver Selbstkritik und der Fähigkeit, Fehlentwicklungen der globalen Zivilisation entgegenzusteuern (34). Die Philosophie sei seit ihren Anfängen Anwalt eines solchen rationalen Universalitätsanspruchs. "Gewohnt, sich nicht auf gewisse Traditionen oder Konventionen zu stützen, auch nicht auf heilige Texte oder eine Offenbarung, verläßt sich die Philosophie lediglich auf allgemeinschliche Vernunft und auf allgemeinschliche Erfahrungen. Auf diese Weise gewinnt sie, was sich als normativer Kern weltöffentlicher Debatten eignet: kulturübergreifend gültige Begriffe und Aussagen"(36). Gegenüber einem denkerischen Skeptizismus, einem einseitigen Empirismus (der den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht) sowie einem religiösen Dogmatismus (der – bis hin zu Huntington – z.B. die aufs Unbedingte gehende

Religion von den regional und geschichtlich vielfältig bedingten Kulturen nicht zu unterscheiden willens ist) kann ich dieser universalistischen philosophischen Grundhaltung nur lebhaft zustimmen. – Nachdem diese grundsätzliche und bewundernde Zustimmung geäußert ist, seien einige kritische Einwände erlaubt, die zugleich das ganze Unternehmen näher charakterisieren mögen.

1. Die Theorie der Gerechtigkeit wird (wie schon in Höffes Werk "Politische Gerechtigkeit" von 1987) als rechtliches und "rechtsmoralisches" Problem behandelt. Hierin wie in fast allen Grundpositionen folgt der Autor seinem großen Lehrer Kant. Eine Lehre von sozialer Gerechtigkeit ist jedoch umfassender als eine Lehre vom Recht als der Regel der Freiheiten, wo sie sich gegenseitig begrenzen (Kant, *Metaphysik der Sitten*, § B). Menschliche Sozialität ist jedoch mehr als Regelung und Begrenzung durch das Recht, mehr als "zwangsbefugte Sozialordnung"(94). Sie ist auch dialogische Entgrenzung der Freiheiten, z.B. im gemeinsamen Gebrauch der Sprache. Der juristische, d.h. an Begrenzungsregeln orientierte Zug und die ihm entsprechende Diktion begründet Stärke wie auch eine Schwäche des Werkes. Dies und somit die Abwesenheit eines dialogischen und solidarischen Freiheitsbegriffs zeigt sich z.B. in Höffes Schwierigkeiten mit dem Begriff "Solidarität" und dem unangemessen kasuistischen Ton, in dem über "Globale Solidarität und Menschenliebe" gehandelt wird (413 ff). Wenn richtig von "Sprache als Lebenselement der Demokratie" (185) die Rede ist, dann wäre eine noch grundsätzlichere Absetzung von Habermas' rationalistisch-lebensfremder Verengung der Sprachgemeinschaft auf Diskursgemeinschaft wünschenswert. Ein Satz wie "Eine moralische Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit in Form von (aufgeklärten) Nationalstaaten zu sorgen, besteht nicht" (189), stellt eine Konzession an jenen Rationalismus dar, der für das Spezifische von Sprach- und Kulturgemeinschaften wenig Sinn hat. Allgemein verläuft Höffes "rechtsmoralische" Argumentation zwischen Recht und Moralität (samt moralischer Verpflichtung zur Rechtlichkeit), ohne daß er eine Sozialontologie, also Seins-Strukturen von Sozialität, herausarbeitet, die vormoralisch sind, aber unmittelbare sozialethische Konsequenzen haben. Wie schon in seinem früheren Werk "Politische Gerechtigkeit"

von 1987 befürchtet Höffe bei einer ontologischen Grundlegung von Sozialethik einen Seins-Sollens-Fehlschluß und meint, eine "politische Fundamentalphilosophie" auf der Grundlage eines Seins-Sollens-Dualismus, also bloß als Moralphilosophie, aufbauen zu können. Erst nachträglich heißt es: "Wie jede Gesellschaft, so ist auch die Weltgesellschaft nicht bloß Rechtsgesellschaft, weshalb die Weltordnung sich nicht in einer Weltstaatsordnung erschöpft"(423). Doch hat es nicht Folgen für das fundamentale Verständnis von Staat, daß er zwar menschliche Vergemeinschaftung rechtlich reguliert, diese Vergemeinschaftung aber weit über das Rechtliche hinausgeht – z.B. in der Dimension Kulturgemeinschaft und damit auch Kulturstaat, worin die künftige Legitimität von Nationalstaaten (über die formale Subsidiarität hinaus) eigentlich begründet sein dürfte.

2. Mit der fehlenden Sozialontologie (als Handlungs-Systemtheorie des Sozialen) hängt die öfter wiederkehrende, doch nicht argumentativ eingeholte Versicherung zusammen, einzige Legitimationsgrundlage für soziale Strukturen sei das natürliche Individuum (389), es allein sei Zweck alles Politischen (296 u. ö.). Ein solcher Individualismus entspricht zwar gängigem juristischen Denken, ist aber sozialontologisch und demnach auch sozial-ethisch nicht zu rechtfertigen – und sicher nicht universalisierungsfähig. Man braucht zur Anerkennung der spezifischen Gemeinschaftswerte keineswegs in die gegenteilige kollektivistische Ideologie "Du bist nichts, dein Volk ist alles" zu verfallen. Mit dieser scheinbar bloß theoretischen Frage hängt Höffes bedenklich schwache Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zusammen (390 ff). Hierbei müßte Volk als (im formalen Medium gemeinsamer Sprache konstituierte) Kulturgemeinschaft in Theorie und Praxis viel größere Berücksichtigung finden.

3. Mangels der postulierten Sozialontologie (als Handlungs-Systemtheorie) hält der Autor die klassische Gewaltenteilungstheorie für ausreichend. Abgesehen davon, daß schon phänomenologisch, erst recht in den Augen einer Reflexions-Systemtheorie (Heinrichs ab 1976) die Exekutive in eine Verwaltungsexekutive und eine politische Exekutive unterschieden werden muß, abgesehen ferner davon, daß die theoretisch akzeptierte Gewalten-

teilung derzeit miserabel (unmoralisch!) praktiziert wird, – was Höffe nicht problematisiert! – führt jene (nicht bloß moralische und juristische) Sozialtheorie auf die Unterscheidung der Subsysteme Wirtschaft, Politik, Kultur, religiös-ethisches Legitimationssystem und von daher zum Postulat einer erweiterten Gewaltenteilung, nämlich der Unterscheidung aller vier Gewalten (Administrative, politische Exekutive, Legislative, Judikative) für jede der genannten Ebenen des sozialen Systems. Selbst wenn die hier angedeutete Theorie einer fundamental erweiterten Gewaltenteilung nicht tragfähig oder praktikabel wäre oder dem Autor einfach unbekannt blieb, vermißt man in dieser für die Demokratie zentral wichtigen Sache das sonstige Problembewußtsein.

4. Folgt der soeben genannte Kritikpunkt aus dem nun einmal hinzunehmenden Fehlen einer Theorie von "Sein" und Gliederung der Gesellschaft, so verwundert eins auch vom Standpunkt eines rechtsmoralischen Gedankengangs: das beinahe völlige Fehlen einer Kritik unserer gegenwärtigen Parteiendemokratie bzw. einer konstruktiven Parteientheorie. Im Vergleich zu den jüngeren Büchern etwa eines H. H. von Arnim verbleibt der Autor diesbezüglich leider doch in einem akademischen Elfenbeinturm.

5. Das vorletzte Kapitel "15: Ein sozialer und ökologischer Weltmarkt" (399-421) wird vom Autor so zusammengefaßt (399): "Auch im Weltmaßstab braucht es eine Wettbewerbsordnung, die für einen freien Markt sorgt (Kap. 15.1.). Auch im Weltmaßstab gibt es Marktschwächen, derentwegen sich eine Welt-Wirtschaftspolitik aufdrängt (Kap. 15.2) und gewisse Formen von Marktversagen, denen eine globale Gerechtigkeit entgegentritt (15.3). Für den Kampf gegen Hunger, Armut und (Unter-)Entwicklung ist zusätzlich eine verdienstliche Mehrleistung, eine Hilfsbereitschaft im Sinn globaler Solidarität und globaler Menschenliebe, angesagt (Kap. 15.4). Nicht zuletzt bedarf es einer globalen Regelung des Umweltschutzes (Kap. 15.5)." Daß "freier Markt" keine für sich allein funktionierende, rein wirtschaftliche Institution ist, sondern ein solcher politisch hergestellt werden muß (müßte!), dafür zeigt Höffe ein waches Bewußtsein. Daß allerdings eine scheinbar wirtschaftsimmanente Institution, der Zins (zumindest als Liquiditätsprämie und

Produktivitätsanteil), selbst die stärkste, heillosste Verzerrung des "freien" Marktes bewirkt, davon findet sich – trotz reicher Kenntnisse über vorhandene Körperschaftliche Institutionen der Weltwirtschaft – in diesem Wirtschafts-Kapitel des Buches kein Wort. Obwohl doch der Zins spätestens seit Aristoteles ein klassisches sozialetisches sowie moraltheologisches Thema darstellt! Vielleicht darf man dies von der angekündigten "gründlicheren Behandlung dieser Themen" (399) erhoffen? Andernfalls müßte auch eine ausführlichere Darstellung merkwürdig harmonistisch bleiben und ans Almosengeben durch eine zu spät kommende, moralisch scheinbar nicht geschuldete "Menschenliebe" appellieren (Kap. 15.4). Auch der globale Umweltschutz (Kap. 15.5) hat keine Chancen allein vermittelt des Mediums Recht (das im politischen Subsystem zuhause ist), wenn nicht das Medium Geld (im wirtschaftlichen Subsystem) grundsätzlich und durchaus rechtlich neu geregelt wird: Ein Geld unter formalem Wachstumszwang setzt die gesamte Weltwirtschaft unter solchen Zwang, über alle moralischen Umwelt-, Ernährungs- und Beschäftigungsfragen hinweg!

Wenn der Autor abschließend von einer anstehenden "dritten demokratischen Revolution" spricht, so ist nach der ersten im antiken Griechenland und der zweiten in der europäischen Neuzeit die Etablierung einer "subsidiären und föderalen Weltrepublik" gemeint (428). Als Zielbestimmung ist dieses Postulat durchaus realistisch, wie überhaupt das ganze Werk einen juristisch-realistischen, leider nicht gleichermaßen wirtschaftlich-realistischen Geist atmet. Die vorgebrachten Einwände laufen in der Frage zusammen: Ob diese "dritte demokratische Revolution" nicht doch größere theoretische wie praktisch-politische Umwälzungen erforderlich macht, als sie der harmonie- und synthesebedachte Gedankengang erkennen läßt? Demokratie denken, das heißt heute – allen offiziellen wie akademischen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz – äußerst heiße Eisen anfassen! *Johannes Heinrichs*

**Karl Betz und Tobias Roy (Hg.)
Privateigentum und Geld –
Kontroversen um den Ansatz von
Heinsohn und Steiger**

Marburg: Metropolis Verlag, 1999. 358 Seiten.

Das 1996 erschienene Buch von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger "Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft" löste innerhalb der Fachökonomie eine Kontroverse aus, die Karl Betz und Tobias Roy in diesem Buch ausführlich dokumentieren. Zunächst fassen Heinsohn und Steiger die Quintessenz ihres Buches in einem sehr übersichtlich strukturierten und präzise formulierten Beitrag zusammen (S. 17–54), ergänzt um einen Beitrag von Hans-Joachim Stadermann. Sodann kritisieren Walter Heering aus neoklassischer Sicht und Hajo Riese sowie Tobias Roy die – wie Riese sie nennt – "Apokryphen des Gunnar Heinsohn und Otto Steiger" (S. 145) aus monetär-keynesianischer Sicht.

Mit Hinweisen auf unterschiedliche Ansichten über die historische und institutionelle Geldentstehung sowie über Geldmengendefinitionen kritisiert Heering sowohl den 'Berliner' Monetärkeynesianismus als auch die 'Bremer' Eigentumstheorie von Heinsohn und Steiger. Letztere bieten ihm zufolge eine "in vielem durchaus durchdachte Theorie des Kredits, aber eben keine Geldtheorie". (136) Heering konzidiert, dass die orthodoxe Neoklassik das Geld bislang nicht in ausreichendem Maße in ihre Modelle integriert hat. Aber er ist zuversichtlich, dass sie in der Lage sein wird, die Rätsel des Geldes ausgehend von realwirtschaftlichen Phänomenen innerhalb ihrer Modelle noch zu entschlüsseln. (100) Fraglich bleibt aber, ob Heering die Schwierigkeiten genügend beachtet, die sich aus der bisherigen Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel ergeben.

Nach Ansicht von Riese hätte es sinnvoll sein können, die Rolle von Geld und Kredit in einer Eigentumsgesellschaft theoretisch neu zu durchdenken. Aber Heinsohn und Steiger hätten sich einer solchen Aufgabe "bestenfalls gestellt, sie aber nicht in Angriff genommen geschweige denn gelöst". (145) Aus seinem monetärkeynesianischen Blickwinkel hält Riese die Verknüpfung von Geldzins und Eigentumsprämie für "schlicht falsch" und

mehrmals entgegnet er Heinsohn und Steiger, sie würden Geld und Kredit miteinander verwechseln. (145–149) Tobias Roy spricht die "ambivalente Rolle des Geldes in Wirtschaft und Gesellschaft" als einerseits integrierende und andererseits "zersetzende und kriseninduzierende Kraft" wohl an (157), weist aber "monetäre Verheißungen" einer Überwindung von störenden Einflüssen des Geldes wie die von Silvio Gesell von sich. Am Ende seiner Auseinandersetzung mit Heinsohn und Steiger attestiert Roy ihnen, dass sie "bezüglich der Erklärung des Zinssatzes mit leeren Händen dastehen." Roy empfiehlt deshalb sogar, "auf der Suche nach neuen monetären Verheißungen auf die Eigentumstheorie des Geldes zu verzichten." (170, 174)

Die weiteren Beiträge von Hans-Jörg Herr und anderen setzen die Kontroverse fort, indem sie zu theoretischen und methodologischen Details weitere Pro- und Contraargumente beitragen. Darin wird aber ebenso wenig wie im Schussplädoyer von Heinsohn und Steiger eine wirkliche Annäherung der Positionen erreicht. Das Problem bei dieser ganzen Kontroverse scheint mir das allseitige Beharren auf Standpunkten und das Streben jeder Schule zu sein, gegenüber den anderen Schulen zu dominieren oder sie gar auszugrenzen. "Was als wissenschaftliche Revolution gedacht war", schreibt Riese, "katapultiert die Autoren aus der scientific community. ... Heinsohn und Steiger werden zu typischen cranks, die beispielsweise analog zu den Gesellianern zwar beachtet werden, die die Profession aber nicht ernst nimmt und nicht ernst nehmen kann." (146) In dieses Bild passt schließlich, dass sich auch die als 'cranks' Stigmatisierten nicht gegenseitig wahrnehmen. Die Arbeiten von Hugo Godschalk und Bernd Senf, die sich aus der Sicht Gesells mit der Eigentumstheorie beschäftigen (vgl. die Folgen 111 und 119 der Zeitschrift für Sozialökonomie), wurden weder von Heinsohn und Steiger noch von den Herausgebern dieser Dokumentation registriert.

Welchen Sinn macht es, sich gegenseitig geringzuschätzen oder gar aus der Gemeinschaft derer zu exkommunizieren, die ernsthaft über die Rätsel des Geldes nachdenken? Wäre es nicht richtiger, wenn sich die einzelnen Schulen bemühten, sich im Spiegel der anderen ihrer jeweiligen eigenen Stärken und Schwächen bewusst zu werden? Eine gute

Basis für einen offeneren Dialog könnte das ehrliche Wort von Bernd Niquet sein, wonach alle wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen der Neoklassik, des Monetärkeynesianismus und der Eigentumstheorie "mehr oder weniger Schwierigkeiten bei der Erklärung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben". (247) Von solchen Schwierigkeiten ist der unorthodoxe Theorieansatz von Silvio Gesell sicherlich auch noch nicht frei. Aber wenn Gesells Grundgedanke einer Neutralisierung des Geldes mit Hilfe "künstlicher Durchhaltekosten" (Keynes) im Dialog mit Neoklassikern, Monetärkeynesianern und Eigentumstheoretikern kritisch rezipiert und weiterentwickelt würde, könnte er sich ähnlich wie der Ring in Lessings "Nathan der Weise" als ein Schlüssel zu einer Synthese der sich derzeit noch bekämpfenden Schulen erweisen. Damit könnte Gesells Geld-, Kredit- und Zinstheorie vielleicht etwas zu einem neuen Paradigma beitragen, in dem richtige Teilaspekte aller Schulen zusammenfließen.

Werner Onken

Martin Held, Hans Georg Nutzinger (Hg.) Eigentumsrechte verpflichten – Individuum, Gesellschaft und die Institution Eigentum

Frankfurt/M.: Campus Verlag, 1998. 260 Seiten.

Mit ihren seit 1987 jährlich stattfindenden Tagungen "Normative Grundfragen der Ökonomik" ist die Evangelische Akademie Tutzing zu einem 'think tank' geworden, in dem über den neoklassischen mainstream hinausweisende Blickwinkel für die ökonomische Theoriebildung geöffnet werden. Begründet wurde diese Tagungsreihe von dem inzwischen leider verstorbenen Bernd Biervert und dem Studienleiter Martin Held. 1996 ging es erstmals um eine Annäherung an die "Dynamik des Geldes" und ihren Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum.

1998 luden Martin Held und Hans Georg Nutzinger dazu ein, von neuem über die Institution des individuellen Privateigentums und ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit nachzudenken. Im gegenwärtigen Zeitalter der Privatisierung von öffentlichem Eigentum, der globalen Deregulierung der Wirtschaft, der Megafusionen von Banken und Unternehmen und des Spekulationsfiebers ist es

in der Tat etwas Besonderes daran zu erinnern, dass mit dem Eigentum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verbunden sind. Die auch in der Institutionenökonomik noch anzutreffende Tendenz zur Pflichtvergessenheit der Inhaber von Eigentumsrechten wollten Held und Nutzinger umkehren, indem sie zunächst einen kritischen Blick darauf warfen, "dass die Institution Eigentum nicht mehr als das erscheint, was sie seit jeher ist: nämlich eine grundlegende Norm zur Regelung konkurrierender Nutzungsansprüche von Menschen in der Gesellschaft." Stattdessen verhilft die Institution Eigentum gegenwärtig zur "prinzipiell unbeschränkten Herrschaft des und der einzelnen über die ihm und ihr gehörenden 'Sachen.'" (S. 9) Dadurch wird die "Wechselbezüglichkeit von Individuum, Gesellschaft und der Institution Eigentum" (12) gestört oder gar aufgebrochen. Ungleiche Ausstattungen der wirtschaftenden Menschen mit Eigentum machen die für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft unerlässliche "Voraussetzung wechselseitig anerkannter Eigentumsrechte" unerfüllbar (7). Held und Nutzinger zögerten auch nicht darauf hinzuweisen, dass das "Recht auf Gewährleistung des Eigentums ... ein grundlegender Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte ist" (11) – was im Klartext bedeutet, dass die gegenwärtige Verteilung von Eigentumsrechten menschenrechtswidrig ist. Ergänzen ließe sich in diesem Zusammenhang noch, dass die fortschreitende Entblößung unterer und auch mittlerer Bevölkerungsschichten vom (Produktionsmittel-)Eigentum auch mit einer Zunahme von kriminellen Eigentumsdelikten und vielfältigen Formen der Wirtschaftskriminalität einhergeht.

In den Beiträgen von Held und Nutzinger sowie von den anderen Mitwirkenden zu diesem Tagungsband fehlt freilich (noch) ein kritischer Blick auf die Rolle des Geldes bei der Entstehung und Perpetuierung der Asymmetrien in den mit dem Eigentum verbundenen Rechten und Pflichten, was ein Ausdruck der immer noch mehr realwirtschaftlichen als monetären Forschungsperspektiven der Ökonomie sein könnte. Die 'monetäre Lücke' in der Institutionenökonomik schließen bislang nur Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, die von einer "Eigentumsgebundenheit des Geldes" (99) ausgehen. Sie betrachten das Eigentum als die Wurzel von Zins

und Geld, ohne auch umgekehrt den Zins vom Geld und das Realkapital vom Geldkapital abzuleiten. (106) In seiner bisherigen Form weist das Geld auch bislang wenig beachtete strukturelle "Reziprozitätsdefizite" (Dieter Suhr, in: "Gleiche Freiheit") auf, die zu Asymmetrien in den Tausch- und Kreditsphären führen und entsprechende Asymmetrien der Eigentumsverteilung und der Eigentumsrechte und -pflichten nach sich ziehen.

Unabhängig davon enthält dieser Tagungsband eine Reihe von wegweisenden Denkanstößen. Vor allem hinsichtlich des Eigentums am Boden rütteln Held und Nutzinger an dem seit David Hume, John Locke und Immanuel Kant als unumstößlich geltenden Axiom, wonach das Eigeninteresse von Privateigentümern die effizienteste Verwendung des Eigentums gewährleiste. Besonders beim Abbau von erschöpfbaren Ressourcen sei eher das Gegenteil der Fall. "Es lässt sich deutlich belegen, dass gerade bei der Nutzung von Naturgütern Privateigentum oftmals gegenläufig zur vorherrschenden Argumentation zu einer nicht-pfleglichen Behandlung natürlicher Ressourcen führen kann und auch tatsächlich führt." (19) Höchst bemerkenswert ist im Zusammenhang mit der Frage nach der Erstausrüstung mit Eigentum die Erinnerung an das Unrecht, das europäische Kolonialherren in anderen Erdteilen bei der Aneignung von vermeintlich 'herrenlosem' Land begingen. Und die Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in Europa ist für Held und Nutzinger zugleich auch eine "Geschichte von Vorrechten im Geschlechterverhältnis". Ausdrücklich verweisen sie auf die "Machtasymmetrie zu Gunsten der Eigentumsrechte von Männern". (26)

Ziel der Tutzinger Tagung war es, eine "Evolution der Institution Eigentum" anzuregen, die die Eigentumsverhältnisse innerhalb einer Zivilgesellschaft mit einem "Mix" von verschiedenen Eigentumsformen so gestaltet, dass die Eigentumsrechte und -pflichten generell symmetrisch werden – sowohl in den Verhältnissen der menschlichen Individuen zu Sachen und zur Natur, als auch in ihren Verhältnissen zu ihren Mitmenschen und sozialen Bezügen und schließlich noch in ihren Verhältnissen zwischen den Geschlechtern und Generationen. (30) Den von der Ökonomie häufig gegen solche Vorstellungen vorgebrachten Hinweisen auf die "Tragödie der Allmende" (Hardin u.a.) stellen Held und

Nutzinger ebenso wie Thomas Eger und Gerhard Scherhorn in ihren Beiträgen den Gedanken einer "Wiederkehr der Commons" entgegen; sie können sich durchaus "auch wieder ältere, überholt geglaubte Rechtsformen wie die 'Allmende' oder 'Genossenschaften' in weiterentwickelten Formen" vorstellen. (33; Eger 46 ff und Scherhorn 200). Thomas Maissen und Richard Sturn rekapitulieren deshalb noch einmal die Ideengeschichte der Eigentumsbegriffe und der Gedanken zur Sozialbindung des Eigentums von der griechischen Antike über die katholische Soziallehre bis zu so unterschiedlichen Denkern wie Hobbes, Locke, Kant, Stirner, Marx, Schumpeter und Hayek oder Böckenförde.

In den insgesamt elf Beiträgen dieses Tagungsbandes wird die Eigentumsproblematik in vielversprechender Weise neu aufgeworfen und um die neuen Bereiche der Informationen, der Ozonschicht und des Erdklimas sowie der Biodiversität (Stichwort: Patentierung der Gene) zeitgemäß erweitert. Achim Lerch beklagt dabei einerseits die "Tragödie fehlender Eigentumsrechte". Andererseits befürwortet er aber sinnvollerweise 'nur' Verfügungsrechte an Naturgütern in Form eines "eingeschränkten Patrimoniums" statt eines "umfassenden Dominiums". (171 und 181)

Auch wenn die "Ko-Evolution von Geld und Eigentum" (21) in diesem Buch noch zu kurz kommt, verdient es dennoch die große Aufmerksamkeit vonseiten derer, die eine noch weitergehende Reform der Geld- und Bodenordnung anstreben, denn hinsichtlich der Eigentumsproblematik weisen auch sie noch mancherlei Defizite auf. Es weckt zudem den Eindruck, dass sich die Institutionenökonomik zu einem Theoriegebäude fortentwickelt, in deren Systematik sich die unorthodoxen Theorieansätze einer Geld- und Bodenreform in Zukunft einfügen lassen werden. Vielleicht bedarf es noch etwas Zeit, bis beide Seiten sich wie zwei Raumschiffe im All ankoppeln können, aber sie bewegen sich offenbar langsam aufeinander zu. Gemeinsam könnten sie zu einem noch tieferen Verständnis auch der monetären Antriebskräfte der Mono- und Oligopolbildung und der Kapitalkonzentrationsprozesse gelangen und das bereits einmal vom Ordoliberalismus der Freiburger Schule angedachte Zukunftsbild einer Zivilgesellschaft entwerfen, in der das Eigentum in ver-

schiedenen Rechtsformen und in mittleren und kleineren Unternehmensgrößen breiter gestreut ist. Erfahrungen mit hochgradig konzentriertem Produktionsmitteleigentum in westlichen Konzernen und ehemals östlichen 'volkseigenen' Kombinatendebuten jedenfalls darauf hin, dass der Weg zur Sozial- und Umweltverträglichkeit des Eigentums auch über seine Dezentralisierung führt.

In diese Richtung weist ganz besonders der Beitrag von Hans Christoph Binswanger, der anhand von Goethes "Faust" eine klare Unterscheidung zwischen den Eigentumsbegriffen des herrschaftlichen "Dominiums" und des haushälterischen "Patrimoniums" vornimmt. (126–131) Nach der französischen Revolution ging das Dominium in den Code Napoleon ein, es erlangte einen weltweit prägenden Einfluss auf bürgerlich-kapitalistische Rechtsvorstellungen und wurde damit gleichsam zur 'juristischen' Basis des Wirtschaftswachstums in der modernen Industriegesellschaft. Angesichts der natürlichen Grenzen dieses Wachstums empfiehlt Binswanger eine "gewisse Rückbesinnung auf das patrimoniale Eigentumsrecht, um Anhaltspunkte für eine Weiterentwicklung des Eigentumsrechts im Sinne seiner Unterordnung unter die Idee der Nachhaltigkeit zu gewinnen." (132) Regalrechte, Waldeigentum und Allmende sind für ihn im schweizerischen Recht "noch vorhandene Bestandteile des Patrimoniums, die nicht eins zu eins auf die heutige Welt übertragen werden können. Aber wir können uns daran (wieder) orientieren." (135) Darüberhinaus gibt Binswanger sehr wertvolle Anregungen für eine Umgestaltung des Gesellschaftsrechts im Sinne der Nachhaltigkeit. (137–141) Zunächst erinnert er daran, dass haftungsbeschränkte Kapitalgesellschaften viel mehr dem Merkantilismus als dem klassischen Liberalismus entstammen. Besonders die Aktiengesellschaften boten "ideale Voraussetzungen für die Reinvestition der Gewinne" und schufen ein Feld für wirtschaftliches Wachstum und für die "Auswucherung der Großkonzerne", welche die liberale Wettbewerbsordnung aushöhlen. Der gegenseitige Erwerb von Aktienmehrheiten stellt nach Binswanger eine "Sklavenhaltung von juristischen Personen" dar und es ist für ihn sehr fraglich, ob sie auch in Zukunft möglich bleiben soll. "Im Sinne einer Durchbrechung des Wachstumszwangs sollte daher auch im Gesellschaftsrecht

eine teilweise Repersonalisierung der Wirtschaft angestrebt werden." Auch die zum Beispiel schon einmal von Carl Zeiss und Ernst Abbé angestrebte Aufnahme von stiftungsähnlichen Elementen in die Unternehmensverfassungen wäre zu überlegen. In seinen "Sozialpolitischen Schriften" äußerte sich Abbé übrigens schon sehr bodenrechts- und zinskritisch.

Gisela Kubon-Gilke rundet diesen Tagungsband ab, indem sie seinem Titel entsprechend noch einmal die Funktion von Eigentumsrechten als sozialem Regelwerk betont. Abschließend regt sie eine Erweiterung des Forschungsspektrums um psychologische Aspekte an, da auch "Anrechts- und Verpflichtungsgefühle" (256) zur gesamten Eigentumsproblematik gehören.

Werner Onken

Extreme Natur- und Sozialferne der Aktiengesellschaften

"Das Privateigentum hat viele kleine Herrscher geschaffen, aber um den Preis, dass es die Natur- und Sozialferne verallgemeinert hat. Auf die Spitze getrieben erscheint das in der Unternehmensform der Aktiengesellschaft, in der das Privateigentum im Grunde überhaupt keinem Menschen Autonomie verleiht, sondern die gesellschaftliche Funktion hat, das Kapital zu verewigen und sein unbegrenztes Wachstum zu sichern. Denn die Aktiengesellschaft ist diejenige Institution, die verhindern soll, dass das Kapital wie die beiden anderen Produktionsfaktoren Natur und Arbeit in einem zyklischen Verlauf aufsteigt und wieder vergeht. Mit Hilfe dieser Institution und der Zinseszinsen kann das Kapital immer weiter wachsen, ohne an das natürliche Sterb und Werde gebunden zu sein."

Prof. Dr. Gerhard Scherhorn • Der Mythos des Privateigentums und die Wiederkehr der Commons • in: Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner, Klaus Grenzdörffer (Hg.), Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden – Erweiterte Stakeholder-Prozesse. Pfaffenweiler 1998, S. 36.

VERANSTALTUNGEN

Forderung nach der konkreten Utopie

Symposium der Singener Werkstätten mit Beiträgen von Peter Kafka, Prof. Rolf Kreibich, Prof. Johannes Heinrichs, Dr. Hermann Scheer, Dr. Michael Müller, Prof. Bernd Senf und Fritz Andres und anderen am 31. Mai – 4. Juni 2000 in Singen.

Auskunft und Anmeldung:

Singener Werkstätten,
Postfach 1146, 78120 Singen.
Tel.: 07731 – 54 161. Fax: 07731 – 22 075.
E-Mail: box@utopie2000.com
Internet: www.utopie2000.com

Für einen neuen Geld-Pluralismus – Bietet eine Vielfalt von komplementären Währungen einen Weg aus der Krise ?

Symposium mit Bernard Lietaer, Helmut Creutz, Prof. Eugen Drewermann, Prof. Wolfgang Gebauer, Dr. Erhard Glötzl, Dr. Hugo Godschalk, Prof. Wilhelm Hankel, Dr. Gero Jenner, Prof. Declan Kennedy, Prof. Margrit Kennedy, Prof. Bernd Senf und anderen am 15.–18. Juni 2000 im Lebensgarten Steyerberg.

Auskunft und Anmeldung:

Inge Floors, Ginsterweg 3, 31595 Steyerberg
Tel.: 05764 – 2370. Fax: 05764 – 2578.
E-Mail: lebensgarten_ev@t-online.de

Wege aus der 2/3-Gesellschaft

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Dipl.-Kfm. Thomas Betz am 1.–2. Juli 2000 im Tagungsgebäude des Seminars in Boll bei Göppingen.

Weitere Tagungen des Seminars:

- "Soziale Kälte – Preis der Freiheit?" am 7.–8. Oktober 2000 in Boll.
- "Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen?" am 28.–29. Oktober 2000 in Boll und am 11.–12. November in der Privaten Universität Witten-Herdecke.
- "Ordnungspolitische Wege zur Verhinderung einer Klimakatastrophe" am 25. – 26. November 2000 in Boll.

Auskunft und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll.
Tel.: 07164 – 3573. Fax: 07164 – 7034.
Internet: www.sffo.de

Freiwirtschaftliche Reformen gegen Kasino-Kapitalismus

Gemeinsame Tagung der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung und des Freiwirtschaftlichen Jugendverbands mit Beiträgen von Helmut Creutz, Prof. Dr. Johannes Heinrichs und Fritz Andres am 2.–3. September 2000 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal-Nevinges, Schanzenweg 86.

Auskunft und Anmeldung:

Wera Wendnagel, Max-Bock-Str. 55,
60320 Frankfurt/M. • Tel./Fax: 069 – 563 168.
Internet: www.inwo.de

Zukunftsfähige Währungen – Nachdenken über alternative bzw. komplementäre Geldsysteme

28. Mündender Gespräche mit Beiträgen von Helmut Becker, Dr. Hugo Godschalk (angefragt), Prof. Bernard Lietaer, Dipl.-Vw. Jörg Gude, Dipl.-Vw. Norman Ehrentreich und Dipl.-Physiker Norbert Olah am 4. – 5. November 2000 in den Werratal-Hotels in Hann.-Münden, OT Laubach.

Auskunft und Anmeldung:

Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18,
37186 Moringen • Tel./Fax: 05503 – 3205.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Dipl.-Pol. Christian Böttcher

Baroper Str. 446, 44227 Dortmund

Dipl.-Vw. ass.jur. Jörg Gude

Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Prof. Dr. Johannes Heinrichs

Philippstr. 14, 10115 Berlin

Dipl.-Vw. Thomas Lang

Habsburger Str. 80, 79104 Freiburg

Ekkehard Lindner

Behrensener Str. 18, 37186 Moringen.

Ingeborg Wick

c/o Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58 – 60, 53721 Siegburg

ISSN 0721-0752

Zeitschrift für Sozialökonomie

erscheint vierteljährlich

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH - Verlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-24319 Lütjeburg
Telefon: 0 43 81-70 12
Telefax: 0 43 81-70 13
E-Mail: versand@gauke.de
Internet: www.sozialoekonomie.de

Bezugskonditionen:

Jahresabonnement

DM 34,00 / ÖS 270,00 / SFR 35,00 incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement

für Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis DM 24,00 / ÖS 195,00 / SFR 25,00 incl. MWSt. und Porto.

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Einzelhefte

Aktuelles Einzelheft DM 8,50 / ÖS 76,00 / SFR 9,50.

Ältere Einzelhefte je Folge: bis Folge 99 = DM 5,00 / Folge 100-115 = DM 7,00 / ab Folge 116 = DM 8,50.

Einzelheftbestellungen unter DM 50,00 zzgl. Versandkosten, mindestens jedoch DM 4,00.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken

— verantwortlich —

Steenkamp 7, D-26316 Varel 2

Telefon: 0 44 51-95 64 80

Telefax: 0 44 51-95 64 81

E-Mail: redaktion@gauke.de

Redaktionsschluß: Ende des Quartals für die im folgenden Quartal erscheinende Ausgabe.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum. Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche
Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany



"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"



1. Vorsitzender: Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, D-55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27

2. Vorsitzender: Helmut Creutz
Monheimsallee 99, D-52062 Aachen

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet:

"Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Lühr

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Ekkehard Lindner

Geschäftsstelle:

Postfach 1550, D-37145 Northeim

Telefon & Telefax: 0 55 03-32 05

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch Ideologien und mächtige Gruppeninteressen fehlgeleitet. Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" hat sich deshalb das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten.

Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" bekennt sich zu der Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen,
- der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung des Einzelnen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Mitwelt,
- der Völkerverständigung,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.